

Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZHZ) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZHZ, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZHZ. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>



Uwe Lohalm

»... anständig und aufopferungsbereit«

Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus
in Hamburg 1933 bis 1945

Uwe Lohalm

»... anständig und aufopferungsbereit«

**Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus
in Hamburg 1933 bis 1945**

**Veröffentlichung der Forschungsstelle
für Zeitgeschichte in Hamburg**

Redaktion: Joachim Szodrzynski

Uwe Lohalm

»... anständig und aufopferungsbereit«

**Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus
in Hamburg 1933 bis 1945**

Ergebnisse

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Lohalm, Uwe:
» ... anständig und aufopferungsbereit« : öffentlicher Dienst und
Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945 / Uwe Lohalm. – Hamburg :
Ergebnisse-Verl., 2001
ISBN 3-87916-060-0

Hamburg 2001
© Ergebnisse Verlag. Alle Rechte vorbehalten
Umschlag und Satz:
Michael Herold, Itzehoe
Satz aus der Sabon und Frutiger
Druck: Runge, Cloppenburg
Titelfoto: Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann spricht am 2. Juli 1933
vor Vertretern der Hamburger Beamtenschaft (Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz)
ISBN 3-87916-060-0

Inhalt

| | |
|---|----|
| Einleitung: Der öffentliche Dienst in Hamburg | 7 |
| 1. Die nationalsozialistische Säuberung auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums | 11 |
| 2. Einstieg und Aufstieg nationalsozialistischer Kräfte und die Praxis der politischen Beurteilung | 26 |
| 3. Arbeitskräftemangel und Arbeitskräftemobilisierung seit 1937 | 39 |
| 4. Die nationalsozialistische Formierung des öffentlichen Dienstes | 45 |
| Schluß: Der öffentliche Dienst als Mittäterschaft? | 63 |
| Tabellenanhang | 71 |
| Anmerkungen | 76 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 95 |

*»Jede Verwaltung bedarf irgendwie der Herrschaft,
denn immer müssen zu ihrer Führung irgendwelche
Befehlsgewalten in irgend jemandes Hand gelegt sein.«*

(Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 1976, S. 545.)

Einleitung:

Der öffentliche Dienst in Hamburg

»Ein wesentliches Merkmal des Staatsdieners war das Treueverhältnis, das den Staat und den Beamten verbunden hielt. Ich habe die Treue unter den verschiedenen Regierungsformen seit 1905 gehalten.«¹ Diese Worte eines hamburgischen Stadtmrats aus dem Jahre 1946 werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf den öffentlichen Dienst. Zum einen verweisen sie auf eine Kontinuität des öffentlichen Dienstes in Hamburg über alle politischen Umbrüche hinweg, wie sie im übrigen auch für Verwaltungen anderer Länder zu verzeichnen war;² zum anderen offenbart sich darin ein besonderes vielen Beamten eigenes Staatsverständnis, das auf einen von allen gesellschaftlichen und politischen Grundlagen losgelösten Staat fixiert war. Sowohl die Revolution von 1918/19 als auch die nationalsozialistische Machtergreifung ließen den Kernbestand des öffentlichen Dienstes unangetastet. Zu Beginn der Weimarer Republik war es vor allem die SPD als die stärkste Partei in Hamburg, die angesichts der zahlreichen Nachkriegsaufgaben vor einschneidenden Eingriffen in die öffentliche Verwaltung zurückschreckte. So wurde z. B. kein einziger Beamter gezwungen, den Dienst zu quittieren.³ Aber auch die Nationalsozialisten, die in Hamburg mit dem 8. März 1933 an die Macht gelangten, beschränkten sich – nach einer kurzen Phase der Machtaneignung, in der vor allem führende politische Gegner und jüdische Bedienstete aus ihren Stellungen entfernt wurden, – darauf, die Schlüsselpositionen zu besetzen und zugleich die große Schar arbeitsloser Parteigänger mittels des öffentlichen Dienstes in Lohn und Brot zu bringen. Im wesentlichen mußten sie sich indessen aus Mangel an eigenen qualifizierten Kräften weitgehend auf die überkommenen Kader der Beamten und Ange-

stellten stützen. Und diese überdauerten nach dem Krieg auch die Entnazifizierung. In deren Verlauf war es zunächst zu zahlreichen Entlassungen gekommen, die aber in den folgenden Jahren weitgehend rückgängig gemacht wurden, so daß Bürgermeister Max Brauer erklären konnte: »Wir haben bei dem, was in Hamburg bisher geschehen ist, eine liberale, eine faire, eine Behandlung Platz greifen lassen, die wirklich nicht nur ein Auge zuge drückt hat, sondern beide Augen haben wir zuge drückt.«⁴

Geschichtswissenschaftliche Untersuchungen zum öffentlichen Dienst in Hamburg im 20. Jahrhundert insgesamt wie in den einzelnen Epochen liegen bisher nicht vor. Die vorliegende Studie versucht erstmalig, einen Überblick über die Entwicklung des öffentlichen Dienstes in Hamburg in den Jahren 1933 bis 1945 zu vermitteln.⁵ Sie will zudem am Beispiel einiger Verwaltungen verdeutlichen, in welcher Weise es den Nationalsozialisten gelang, einen traditionellen Verwaltungsapparat gleichzuschalten, zu konformem Verhalten anzuhalten und damit das Fundament zu legen, das die Funktionstüchtigkeit und Stabilität ihrer Unrechtsherrschaft bis zuletzt gewährleistete. Entsprechend stehen im Gegensatz zu bisherigen Untersuchungen nicht die Regierungs- und Verwaltungseliten im Zentrum der Betrachtung, sondern der gesamte Körper des öffentlichen Dienstes, insbesondere die vielen kleineren und mittleren Funktionsträger, die die Leistungsverwaltung gegenüber der Bevölkerung wahrzunehmen hatten.

Der öffentliche Dienst umschließt im allgemeinen Berufsbeamte, -richter und -soldaten sowie Arbeitnehmer der öffentlichen Hand. Im Falle des öffentlichen Dienstes im nationalsozialistischen Hamburg handelt es sich um die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die beim Land Hamburg und bei den Gemeinden Hamburgs bzw. bei den von ihnen abgeleiteten oder abhängigen öffentlich-rechtlichen und privaten Körperschaften und Organisationen beschäftigt waren. Ich werde mich vornehmlich mit dem Personal der hamburgischen Behörden beschäftigen und mich dabei besonders auf die Beamtenschaft, den eigentlichen Prototyp des öffentlichen Dienstes, konzentrieren. Dabei sollen allerdings die Beschäftigten der im Laufe der nationalsozialistischen Herrschaft auf das Reich übergegangenen Verwaltungen von Justiz und Polizei gleichfalls berücksichtigt werden.

Bei der Gebietskörperschaft Hamburg handelt es sich zunächst

um das Land Freie und Hansestadt Hamburg, dessen Verwaltung traditionsgemäß eine Trennung in eine Staats- und eine Gemeindeverwaltung nicht kannte. Mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 verlor Hamburg wie die übrigen Länder seine Eigenstaatlichkeit.⁶ Die Länder stellten zukünftig höchste staatliche Verwaltungsbezirke eines einheitlichen Reiches dar. Die Landesregierungen wurden der Reichsregierung unterstellt und führten die Geschäfte als Auftragsverwaltung der jeweiligen Reichsministerien. Somit wurden alle im hamburgischen öffentlichen Dienst Beschäftigten eigentlich zu mittelbaren Reichsbediensteten. Das am 26. Januar 1937 von der Reichsregierung erlassene Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen sowie das Reichsgesetz über die Verfassung und Verwaltung Hamburgs vom 9. Dezember 1937 schufen für Hamburg verfassungs- und verwaltungsmäßig eine neue Situation. Mit dem 1. April 1938 hörte das Land Hamburg endgültig zu existieren auf. An seine Stelle trat die Hansestadt Hamburg in staatsrechtlich doppelter Gestalt. Sie bestand zum einen aus einem höchsten staatlichen Verwaltungsbezirk, der im Gegensatz zum früheren Land keine eigene Rechts-, Handlungs- und Vermögensfähigkeit mehr besaß, zum anderen aus einer Selbstverwaltungskörperschaft in Form einer Einheitsgemeinde. Dementsprechend wurde für den staatlichen Bereich eine Staatsverwaltung geschaffen. Diese stellte eine Art Mittelbehörde der Reichsverwaltung dar. Sie übte ihre Tätigkeit nach den fachlichen Anweisungen der jeweiligen Reichsminister aus. Ihre Bediensteten waren unmittelbare Reichsbedienstete. Die Aufgaben im kommunalen Bereich wurden einer Gemeindeverwaltung übertragen, die der Oberaufsicht des Reichsinnenministers unterstand. Sie wurden wahrgenommen von Bediensteten der Gemeinde, so daß diese durchweg neue Amtsbezeichnungen erhielten.⁷

Zahlen über den gesamten Personalbestand der hamburgischen Behörden und Ämter veröffentlichte das Statistische Jahrbuch für Hamburg bis einschließlich 1938. Danach gab es nur noch Übersichten für den internen Gebrauch, und diese bezogen sich – soweit bisher feststellbar – ausschließlich auf die öffentlich Bediensteten der Gemeindeverwaltung, jedoch einschließlich der Gesundheitsverwaltung, der Schulverwaltung mit Lehrkräften und der Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten. Setzt man alle über den öffentlichen

Dienst in Hamburg verfügbaren Daten mit der gebotenen Vorsicht in Beziehung,⁸ ergibt sich für den Zeitabschnitt 1933 bis Ende 1937, daß der Personalbestand insgesamt vom 1. Januar 1933 bis zum 1. Januar 1938 um ein Viertel von 42.773 auf 31.423 (das heißt um 11.340 Beschäftigte) abnahm. Der entscheidende Rückgang der bei den hamburgischen Behörden Beschäftigten wurde hier bei den Beamten verzeichnet. Ihre Zahl verringerte sich um 7.583 Beamte von 17.251 auf 9.668. Das ist im wesentlichen auf Übernahmen durch das Reich zurückzuführen. 1935 betraf das die Landesjustizverwaltung. 1937 wiederholte sich ein ähnlicher Vorgang für das Personal der Polizei. Zudem war die Personalpolitik der Nationalsozialisten in den ersten Jahren trotz politisch motivierter Neueinstellungen gekennzeichnet von einem rigorosen Personalabbau gerade im Beamtenbereich zur Entlastung des hamburgischen Staatshaushaltes. Im Bereich der Arbeiter bedeutete der Übergang der früheren staatlichen Kieverwaltung auf die Hamburger Freihafen- und Lagergesellschaft im Jahre 1935 einen weiteren größeren Einschnitt. Die Umsetzung des Groß-Hamburg-Gesetzes brachte verständlicherweise zunächst eine deutliche Erhöhung der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst in Hamburg, insbesondere in den Rubriken Angestellte und Arbeiter, auf insgesamt 38.452 im Jahr 1939 allein für die Gemeindeverwaltung. Im Laufe des Krieges verringerte sich diese Zahl stetig auf schließlich 26.175 am 1. Mai 1944, was 68 % des Vorkriegsbestandes entsprach. Überproportionale Verluste mit fast 55 % waren im Bereich der Staatsarbeiter zu verzeichnen, die Zahl der Beamten sank etwas stärker als im Gesamtdurchschnitt auf fast 66 % des Vorkriegsstandes, während im Bereich der Angestellten durch befristete Neueinstellungen der Vorkriegsstand mit fast 92 % nahezu gehalten werden konnte. Damit verstärkte der Krieg noch den seit längerem zu beobachtenden Trend zur Umschichtung innerhalb des öffentlichen Dienstes vom Beamtentum zur Angestelltenschaft. In den folgenden Monaten wurde Hamburg wie die übrigen deutschen Gemeinden von der Reichsregierung zur Abgabe von weiteren Arbeitskräften für Wehrmacht und Rüstung aufgefordert. Allein im August 1944 wurden daraufhin rund 500 »Gefolgschaftsmitglieder« der Gemeindeverwaltung zu Hamburger Rüstungsbetrieben dienstverpflichtet.⁹ Insgesamt dürften sich die Bestandszahlen bis zum Kriegsende noch weiter reduziert haben.

1. Die nationalsozialistische Säuberung auf Grund des Gesetzes zur Wieder- herstellung des Berufsbeamtentums

Die allerersten Eingriffe der Nationalsozialisten nach der Machtübernahme in Hamburg am 8. März betrafen die Besetzung von leitenden Positionen, und das noch bevor das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 dafür die entsprechende Handhabe bot.¹⁰ Der neue, nationalsozialistisch bestimmte Senat war überhaupt noch nicht gebildet, da hatte der auf Druck der Reichsregierung am späten Abend des 5. März mit der Leitung der Hamburger Polizei beauftragte SA-Standartenführer Alfred Richter bereits mit der politischen Säuberung seiner Verwaltung begonnen und den Polizeipräsidenten, Dr. Hugo Campe, beurlaubt und danach in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ebenfalls noch vor Erlass des Gesetzes wurden zwei der sechs noch amtierenden Staatsräte, nämlich Dr. Leo Lippmann von der Finanzdeputation, und der Leiter der Staatlichen Pressestelle, Dr. Alexander Zinn, wegen ihrer demokratischen Überzeugungen beurlaubt und später entlassen; zudem war Lippmann jüdischer Herkunft.¹¹ Weitere frühe Opfer in Spitzenpositionen der hamburgischen Verwaltung waren u. a. der Direktor des Landesjugendamtes Dr. Wilhelm Hertz zusammen mit seinem zweiten Direktor August Hellmann, der staatsparteiliche Präsident des Strafvollzugsamtes Christian Koch sowie der Sozialdemokrat Dr. Kurt Adam, Direktor der Volkshochschule. Die darin zum Ausdruck kommende neue personalpolitische Linie sollte auch der neue Erste Bürgermeister Carl Vincent Krogmann in seiner Regierungserklärung vor der Bürgerschaft am 10. Mai 1933 unmißverständlich formulieren: »Der neue Staat kann nur solche Beamte gebrauchen, die bereit sind, im Sinne der Weltanschauung des Volksführers Adolf Hitler und seiner großen

Freiheitsbewegung an der weiteren Durchführung der Erhebung schaffend mitzuwirken. Wer sich zu den Zielen dieser Bewegung nach seiner politischen Vergangenheit oder aus innerer Überzeugung nicht bekennen kann, [...] muß aber den Dienst quittieren.«¹²

Für alle diese Fälle bot dann das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 die gesetzliche Grundlage. Damit wollten die Nationalsozialisten im Reich, in den Ländern und Kommunen den öffentlichen Dienst von ihnen aus politischen und rassistischen Gründen mißliebigen Personen säubern und Platz schaffen für die eigene Klientel und so den öffentlichen Dienst zu ihrem eigenen personalen Herrschaftsinstrument ausbauen. Das neue Gesetz griff tief in das bestehende Recht und in grundlegende Bestimmungen der Verfassung ein.¹³ Die Reichsregierung war sich dessen durchaus bewußt, mochte sich aber über das Ausmaß der möglichen Auswirkungen nicht ganz im klaren gewesen sein. Das deuten zumindest die Ausführungen des neuen Reichsinnenministers Dr. Wilhelm Frick an, die er in der Aussprache über den Vollzug des Gesetzes am 25. April 1933 in Berlin gegenüber den versammelten Ministerpräsidenten und Innenministern sämtlicher Länder sowie den Vertretern aller Reichsressorts machte und in denen er begründete, warum das Gesetz auf ein halbes Jahr befristet und die Entscheidung in die ausschließliche Kompetenz der Regierung gelegt worden sei.¹⁴ Immerhin bedeutete das Berufsbeamtengesetz, dessen Geltungsdauer später mehrfach verlängert wurde, einen Schritt in Richtung auf eine Verrechtlichung der Verhältnisse nach den personalpolitischen Willkürmaßnahmen des Februar und März 1933 im Reich und in den Ländern, wenngleich damit auch tiefgreifende Verstöße gegen verfassungsrechtliche Garantien verbunden waren.

Wo das neue Gesetz keine direkte Handhabe zu bieten schien und wo der Wille zu einem freiwilligen Rückzug nicht vorhanden war, versuchten die neuen Herren ihr Ziel durch Einschüchterung zu erreichen, wie der Fall Dr. Erwin Garvens belegt. Garvens, der seit 1926 das Rechnungsamt und damit die oberste Kontrollbehörde des hamburgischen Staates führte, war am 24. August 1933 Opfer einer massiven »Einschüchterungsaktion« geworden. Er schrieb dazu in seinem Protest an den Regierenden Bürgermeister, Krogmann, am 25. November 1933:¹⁵ »Anders kann ich meine gänzlich grundlose Verhaf-

tung, 20stündige Einsperrung mit allerhand Gesindel und endlich die 3stündige Verhandlung, bei der die diese leitenden Kommissare an Schroffheit des Tones und Voreingenommenheit gegen mich sich gegenseitig zu überbieten bemühten, nicht auffassen. Das bei der Vernehmung eines Beschuldigten der Vernehmende diesem ungerügt Ohrfeigen anbietet, wie es bei dieser Verhandlung Herr Senator Dr. med. Ofterdinger mir gegenüber ziemlich unverblümt getan hat, dürfte in einem ordentlichen Verfahren bisher schwerlich vorgekommen sein. Diese Art des Vorgehens gegen mich hat ja nun aber nicht den vielleicht erwarteten Erfolg gehabt, mich zu unbedachten Äußerungen zu veranlassen, die eine Handhabe geboten hätten, mich aus meinem Amt zu entfernen, ebensowenig die anschließende Überwachung meiner Telefongespräche und der Verdacht, ich gehörte unzulässigerweise einer Freimaurerloge an. Gänzlich erfolglos gewesen ist auch die dann eingeleitete Nachprüfung meiner gesamten Amtsführung als Leiter des Rechnungsamts, bei der es der Veranstalter für richtig gefunden hat, die Beamten- und Angestelltenschaft zur Sammlung belastenden Materials gegen ihren Chef zu veranlassen.« Der zuständige Senatskommissar für Beamtenangelegenheiten, Dr. Curt Rothenberger, legte Garvens im November nahe, ein Gesuch wegen Versetzung in den Ruhestand einzureichen. Das Ansinnen wurde damit begründet, daß, »wenn auch die Ermittlungen ergeben hätten, daß disziplinarisch zu ahndende Verfehlungen bei mir nicht vorlägen, man doch unter dem Eindruck stehe, daß das Rechnungsamt unter meiner Leitung nicht überall mit der Energie durchgegriffen habe, wie sie namentlich im neuen Staat wünschenswert und notwendig sei.« Garvens lehnte unter Protest ab, erhielt aber am 29. November eine Mitteilung über seine Pensionierung zum 1. März 1934, Begründung § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Der Reichsdirektive entsprechend wurden die Maßnahmen in Hamburg durch die neuen Senatoren selbst in Angriff genommen und von den beiden Senatskommissaren für Beamtenangelegenheiten sowie für Angestellten- und Staatsarbeiterangelegenheiten, ausgestattet mit eigenen Geschäftsstellen, überwacht. Auf der höchsten Ebene der Oberbeamten kam es alsbald zu bedeutenden Umbesetzungen. Der erste, der tätig geworden war, war – wie bereits erwähnt – der neue Polizeiherr Alfred Richter. Er begann noch am Tage seiner Einsetzung

als Reichskommissar am 5. März mit der Säuberung der Polizei und ließ dem beurlaubten Polizeipräsidenten alsbald den Kommandeur des Hafenbezirks, Polizeioberst Carl Friederichs, langjähriges SPD-Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, und weitere Polizei-Majore folgen, nachdem der Kommandeur der Ordnungspolizei, Lothar Danner, bereits am 4. März von seinem Amt beurlaubt worden war und durch Verfügung des Senats vom 28. März zum 30. Juni 1933 in den Ruhestand versetzt wurde.¹⁶ Mit der Führung der Ordnungspolizei wurde am 5. März der nationalsozialistische Oberstleutnant der Polizei Ernst Simon beauftragt, den der alte Senat eigentlich zum 31. März 1933 in den Ruhestand hatte versetzen wollen. Im übrigen begrüßte die Vereinigung der Oberbeamten der Ordnungspolizei Hamburg, der nahezu 90 % der Oberbeamten angehörten, in drei fast gleichlautenden Schreiben vom 10. März 1933 an den neuen Senat, den Polizeiherrn und den Chef der Ordnungspolizei eifertig die politische Neuordnung und gelobte »treue Unterstützung beim Aufbau des neuen Staates«.¹⁷

In der Justizverwaltung erfolgten ebenfalls noch im März die ersten Maßnahmen zunächst in den Anklagebehörden, da die richterliche Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit für personalpolitische Veränderungen im Richterstand vorerst Probleme aufwarfen. Der neue Justizsenator Curt Rothenberger nahm am 27. März 1933 das wohl nicht ganz freiwillige Gesuch um Beurlaubung des Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Lang an und ersetzte ihn durch den Oberlandesgerichtsrat Dr. Erich Drescher, der damit die Leitung der Staatsanwaltschaft im Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg innehatte. Am gleichen Tag beurlaubte Rothenberger noch den Oberstaatsanwalt Dr. Eduard Guckenheimer und den Staatsanwalt Leonhard Stein, die beide jüdischer Herkunft waren.¹⁸ Die Herabsetzung der Altersgrenze für Richter auf 65 Jahre mittels eines hamburgischen Gesetzes ermöglichte Rothenberger dann im Juli, drei Senatspräsidenten in den Ruhestand zu versetzen, unter ihnen den Präsidenten des Strafsenats Dr. Erich Grisebach und den Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts Dr. Wilhelm Kiesselbach. Letzterer wurde durch den Senatspräsidenten Dr. Arnold Engel, der im Frühjahr von der DVP zur NSDAP gewechselt war, ersetzt.¹⁹ In der Wohlfahrtsbehörde wurden von den zehn dort am 1. Januar 1933 tätigen leitenden Oberbeamten drei sofort

aus politischen Gründen entlassen, ein vierter entschied sich, nachdem er zunächst beurlaubt worden war, selbst um seinen Abschied nachzukommen. Im September 1934 waren nur noch drei der dort im Januar 1933 tätig gewesen *Oberbeamten* vorhanden.²⁰

An der Spitze der Schulverwaltung war es ebenfalls bereits im März 1933 zu einstweiligen Beurlaubungen gekommen. Im April wurde der bisherige Landesschulrat Prof. Dr. Ludwig Doermer in den Ruhestand versetzt und im Herbst 1933 durch den erst im März in das Amt eines Oberschulrats berufenen Nationalsozialisten und hamburgischen Gauamtsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Wilhelm Schulz, ersetzt.²¹ Mit einer Ausnahme wurden alle demokratischen und sozialdemokratischen Schulräte und Schulrätinnen aus der Leitung der Behörde entfernt. Nur wenige durften als Lehrer weiterhin tätig sein.²² Die Amtszeit aller Schulleiter und stellvertretenden Schulleiter, die in den Jahren zuvor gemäß dem Selbstverwaltungs-gesetz aus dem Jahr 1920 von den Kollegien und Elternräten gewählt worden waren, wurde unterschiedslos für beendet erklärt. Am 10. Juli 1933 ernannte der Senat dann die 315 neuen Leiter an den höheren Schulen und den Berufs- und Volksschulen. Bis Sommer 1935 waren 55% aller 1932/33 amtierenden Schulleiter ausgetauscht.²³ Immerhin hatten im Bereich der höheren Schulen von den 30 neu ernannten Schulleitern 17 bereits ein solches Amt am 1. April 1933 innegehabt, 13 von ihnen sogar an der gleichen Schule.²⁴ Die Kontinuität in diesem Bereich entsprang indessen vor allem der Tatsache, daß es den Nationalsozialisten nach eigenem Eingeständnis an geeignetem Personal mangelte; verfügte der entsprechende nationalsozialistische Berufsverband NSLB Ende 1932 doch über kaum hundert Mitglieder.²⁵

Ähnlich umfangreiche Veränderungen lassen sich auch in Leitungsbereichen untergeordneter Verwaltungsstellen beobachten. Auch hier nahmen die neuen Senatoren die Personalveränderungen persönlich in die Hand. Zuweilen präsentierten sie wie in der Wohlfahrtsbehörde den Personal- und Verwaltungsleitern offenbar seit längerem vorbereitete Listen von Kräften, die zur Besetzung von Leiterpositionen in diesen Dienststellen für tauglich befunden wurden, zusammen mit weiteren Listen von Personen, die auf ihre politische Zuverlässigkeit besonders zu überprüfen waren.²⁶ Wenn auch die daraufhin ablaufenden Verfahren und die Entscheidungen im einzel-

nen nicht immer nachzuvollziehen sind, zumal es auch zu Eingriffen von außerhalb der Behörde in den Personalkörper kam, so wird gleichwohl bei der Analyse der Maßnahmen zweierlei deutlich: Die grundsätzliche Tendenz des Berufsbeamtengesetzes – die Ausschaltung von aus politischen und rassistischen Gründen unerwünschten Mitarbeitern – wurde berücksichtigt, so daß Kommunisten, aktive Sozialdemokraten, Gewerkschaftler sowie Juden aus den Dienststellen der Behörden auszuschcheiden hatten. Jedoch geschah dies, mit Ausnahme der die Juden betreffenden Maßnahmen, keineswegs in einem gleichmäßigen Zugriff. Vielmehr ließ man sich offensichtlich gleichfalls von der Überzeugung leiten, daß bei der Lösung der weiterhin anstehenden großen Aufgaben auf fachlich ausgebildetes und erfahrenes Personal nicht verzichtet werden konnte, so daß manche Position selbst in leitenden Stellungen unangetastet blieb.

So blieb z. B. in der Schulbehörde der Schulrat Fritz Köhne, Mitglied der SPD seit 1925 und Schulrat seit 1927, im Amt und leitete nach Kriegsausbruch sogar als stellvertretender Oberschulrat das Volks- und Mittelschulwesen Hamburgs.²⁷ In der Wohlfahrtsbehörde waren Sozialdemokraten wie der ehemalige Fraktionsvorsitzende in Bergedorf, Ernst Becker, Oberfürsorger und entscheidender Sachbearbeiter in der Arbeitsfürsorge, ebenso weiterhin tätig wie der Fürsorger Franz Beyrich, der als langjähriges Vorstandsmitglied der Zentrumsparterie in Hamburg in der Hamburger Bürgerschaft den Koalitionsse-nat unterstützt hatte und 1932/33 sogar deren Vizepräsident war. Vor allem verblieb hier die verwaltungsmäßige Leitung der Behörde weiterhin in den Händen von Oskar Martini, was umso erstaunlicher ist, als es gerade die Nationalsozialisten waren, die Martini 1932 zum Ziel ihrer Angriffe gemacht und vehement seine Ablösung gefordert hatten. Auch war Martini der von seiner Partei, der DVP, ausgegebenen Parole nicht gefolgt und nicht zur NSDAP übergewechselt.²⁸ Selbst in der für die neuen Machthaber so entscheidenden Polizeibehörde, in der bei Neueinstellungen vornehmlich Nationalsozialisten berücksichtigt werden sollten,²⁹ verblieb offensichtlich eine große Anzahl ehemaliger Sozialdemokraten im Dienst. So war zwar noch am Morgen des 6. März 1933 der ehemalige Leiter des NSDAP-Ermittlungsdienstes im Gau Hamburg, Anatol Milewski-Schroeden, zum Leiter der politischen Polizei, der Staatspolizei, berufen worden,

aber neben vielen anderen Beamten blieb ein wichtiger Experte wie der Kriminalkommissar Hermann Will, Mitglied der SPD, an entscheidender Stelle im Amt.³⁰ Nach einer von der Kriminalpolizeileitstelle Hamburg zum 1. Januar 1937 angefertigten Liste über die eigene Personalstärke hatten von den 417 zu der Zeit tätigen Beamten noch über ein Viertel (26,6 %) vor der nationalsozialistischen Machtübernahme der SPD angehört.³¹ Auch in diesem Bereich konnte offensichtlich nicht auf die ausgebildeten Kräfte verzichtet werden, hatte doch die Kriminalpolizei 1933 einen Beamtenabbau von knapp 18 % vornehmlich durch Versetzungen zur Gestapo erfahren müssen. Im Gegensatz dazu war die Polizeischule von viel weitergehenden Säuberungsmaßnahmen betroffen, so daß nicht nur deren sozialdemokratischer Leiter, Erwin Boehden, sondern fast die Hälfte der hauptamtlichen Lehrer aus dem Dienst ausscheiden mußten.³²

Die nationalsozialistische Säuberung erstreckte sich in diesen Monaten keineswegs nur auf die Ränge des höheren Verwaltungsdienstes, sie umfaßte gleichfalls die Beamten, Angestellten und Arbeiter des gehobenen, mittleren und unteren Dienstes. So wurden z. B. von den fünfzehn Mitarbeitern der Wohlfahrtsbehörde, die sich noch im Februar 1933 auf der Einheitsliste der Freien Gewerkschaften für die Wahl in den Beamtenausschuß ihrer Behörde beworben hatten,³³ nicht nur die Inspektoren und Fürsorger, sondern auch die Sozial- und Büroangestellten entlassen. Darüber hinaus kam es gerade auf diesen Ebenen zu zahlreichen individuell motivierten Denunziationen durch Kollegen oder zu Anzeigen durch nationalsozialistische Betriebszellen, die oft prompte Entlassungen zur Folge hatten. Diese Vorfälle nahmen in der Anfangsphase ein solches Ausmaß an, daß sich Amtsleitungen gegenüber der politischen Führung darüber beklagten. So heißt es z. B. in einem Schreiben des neuen nationalsozialistischen Leiters der Staatspolizei, Walter Abraham, vom 26. Mai 1933 an dessen Polizeiherrn und Senator: »Das Denunziantentum innerhalb der Behörde treibt derartige Blüten, daß ich es für notwendig halte, mit einem energischen Erlaß diesem Unwesen entgegenzutreten. Jeder Beamte, dem aus irgendwelchen Gründen sein Vorgesetzter oder sein Kollege nicht paßt, fühlt sich verpflichtet, Gerüchte politischer Art über den Betreffenden in Umlauf zu setzen. Gleichzeitig gibt es eine Anzahl von Leuten, die sich mit dem Nimbus umgeben, als ob

sie besonders enge Beziehungen zum Gau oder zum Gauleiter persönlich besäßen und aus diesem Grunde entscheidenden Einfluß auf das Schicksal ihrer Kollegen und Vorgesetzten besäßen.«³⁴

Wie sehr es bei allen diesen Maßnahmen auf die Person der jeweiligen Behördenführung ankommen konnte, zeigt der Wechsel in der Behördenleitung der Wohlfahrtsbehörde. Mit der Verwaltungsreform im Herbst 1933 übernahm vom 1. Oktober 1933 an der praktische Arzt und aktive Nationalsozialist Dr. Friedrich Ofterdinger die politische Gesamtleitung der neuen vereinigten Gesundheits- und Fürsorgebehörde. Ofterdinger äußerte sich gleich nach der Amtsübernahme sehr abfällig über die seiner Meinung nach viel zu nachlässige Handhabung der politischen Säuberung in der Wohlfahrtsbehörde durch seinen Vorgänger, von Allwörden. Er sah im Berufsbeamtengesetz die einmalige Chance, »daß nicht nur der Beamtenkörper von unerwünschten Elementen gereinigt wird, sondern daß er mit guten, treuen und tüchtigen Nationalsozialisten durchsetzt wird, und zwar gerade in seinen Schlüsselpunkten. Es scheint mir zweifelhaft, daß im Zuge der Reichsreform uns noch einmal die Gelegenheit gegeben wird, unseren Beamtenkörper so umzubauen, daß er bedingungslos für die nationalsozialistische Revolution eintritt und damit die tödlich wirkende Bürokratie vernichtet.«³⁵ So sorgte er sich namentlich um die parteipolitische Ausrichtung der für die Leitung der Personalangelegenheiten zuständigen Beamten, noch ehe eine solche Überprüfung für die Länderbehörden durch den Reichsminister des Innern im Juli 1934 grundsätzlich eingefordert wurde.³⁶ Mittels des § 6 des Berufsbeamtengesetzes, der die Versetzung in den Ruhestand aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung oder aus dienstlichen Gründen vorsah, machte sich Ofterdinger im März 1934 daran, zusätzlich – wie er es dem Regierenden Bürgermeister vermittelte, – »eine außerordentlich große Zahl von Beamten des Fürsorgewesens« zu entlassen.³⁷ Entsprechend galt in der Polizeibehörde das besondere Interesse der neuen Führung neben den Polizeioffizieren vor allem den Revierkommissaren, da diese nach Ansicht des Chefs der Ordnungspolizei, Ernst Simon, vom 23. Mai 1933 »als Wachvorsteher nicht nur erheblichen Einfluß auf die ihnen unterstellten Beamten, sondern ganz besonders auf die Förderung der nationalen Aufbauarbeit innerhalb ihres Wachreviers« hätten.³⁸

Es ist hier nicht möglich, die Personalveränderungen im Zuge der politischen Säuberung 1933/34 für den gesamten öffentlichen Dienst nachzuzeichnen. Doch kann das quantitative Ausmaß annähernd bestimmt werden. Im Herbst 1933 waren die explizit politischen und rassenpolitischen Maßnahmen auf der Grundlagen der Paragraphen 2, 2a, 3 und 4 weitgehend abgeschlossen.³⁹ Die Senatspressestelle gab dann am 29. März 1934 eine Mitteilung über »Personalveränderungen in der hamburgischen Verwaltung« heraus, die Zahlen über die auf der Grundlage des Berufsbeamtengesetzes insgesamt vorgenommenen Veränderungen enthielt.⁴⁰ Danach mußten in Hamburg bis zum 31. März 1934 insgesamt 19 Beamte nach §§ 2 und 2a, 83 nach § 3, 165 nach § 4 und 1.375 nach § 6 aus dem Staatsdienst ausscheiden, also insgesamt 1.642 Beamte.⁴¹ Mit Ausnahme von wenigen Fällen ging die Steigerung der Fallzahlen seit dem Herbst 1933 allein auf Entlassungen und Ruhestandsversetzungen nach § 6 zurück, nämlich 1.112 Fälle (davon allein 1.061 Fälle zum 31. März 1934). Der Planstellenbestand für Beamte betrug zu diesem Zeitpunkt 17.114, so daß die Entlassungs- bzw. Pensionierungsquote zu diesem Zeitpunkt annähernd 10 % ausmachte, wenn nicht gar mehr, berücksichtigt man die große Zahl der unbesetzten Stellen, nämlich ungefähr 1.500.⁴² Die Zahl der nach den §§ 2 bis 4 entlassenen Angestellten und Staatsarbeiter lag zur gleichen Zeit mit insgesamt 471 Fällen bei knapp unter 6 %.⁴³ Insgesamt verloren bis zu diesem Zeitpunkt in Hamburg fast doppelt soviele Beamte auf Grund des Berufsbeamtengesetzes ihre Ämter als in Untersuchungen bisher für Verwaltungen im Reich, in Preußen und anderen Ländern im Durchschnitt angenommen worden ist. Hamburgs Verwaltung rangierte damit zwischen den beiden anderen Hansestädten. Für Bremen wurde ein Anteil der vom Berufsbeamtengesetz Betroffenen von knapp 6 bzw. rund 7 % ermittelt, während Lübeck mit mehr als 15 % nach zeitgenössischen Aussagen an der Spitze rangierte.⁴⁴

Im Frühjahr 1934 startete der Senat eine Fragebogenaktion, mit der alle seit dem 1. Juli 1933 einberufenen Beamten und alle Bewerber für eine Berufung in das Beamtenverhältnis erfaßt werden sollten. Als dies einige Behördenleitungen zur generellen Überprüfung sämtlicher Beamten und Angestellten nutzen wollten, wurden sie jedoch vom obersten Leiter der hamburgischen Personalverwaltung, Staats-

sekretär Georg Ahrens, einem engen Vertrauten Karl Kaufmanns, zurückgepfiffen, so daß diese Aktion kaum weitere Auswirkungen zeitigte.⁴⁵ Der Erlaß des Reichsbürgergesetzes am 15. September 1935 in Nürnberg führte dann dazu, daß nun auch die letzten auf Grund von Ausnahmebestimmungen im Berufsbeamtengesetz im öffentlichen Dienst verbliebenen »nicht-arischen« Beamten, Angestellten und Arbeiter entlassen wurden.⁴⁶ Betroffen waren davon vielfach auch »jüdisch versippte« Beamte, die gleich den jüdischen in der Regel ebenfalls in den Ruhestand versetzt wurden. Eine Gesamtüberprüfung aller Beamten wurde erneut 1937 auf der Grundlage der neuen Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten vom 14. Oktober 1936 durchgeführt. Sie wurde nach dem 1. April 1937 auch auf die neuhamburgischen Beamten und Beamtenanwärter ausgedehnt, bei denen nach Auffassung der Personalverwaltung »hinsichtlich des Nachweises der arischen Abstammung bisher nicht einheitlich verfahren worden« war und vor allem irgendwelche urkundlichen Unterlagen »überhaupt nicht beigebracht worden« waren.⁴⁷ Die Angestellten blieben davon wiederum weitgehend ausgespart. Allerdings hatte z. B. die Baubehörde in Fortführung der Maßnahmen aus dem Jahr 1933 Ariernachweise auch von ihren Angestellten eingefordert und diese nun »fast lückenlos zusammen«.⁴⁸

Nach einer Aufstellung, die das Hamburgische Staatsamt für den Reichsminister des Innern am 7. Dezember 1936 anfertigte, betrug die Quote der Entlassungen unter den Beamten in der allgemeinen und in der inneren Verwaltung in Hamburg 2,5 %, die Quote der Pensionierungen 10,7 %. Insgesamt waren danach in diesem Bereich über 13 % der Beamten von Maßnahmen des Berufsbeamtengesetzes betroffen.⁴⁹ Dabei standen die Beamten des höheren Dienstes mit 16,4 % deutlich stärker in der Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten als die des mittleren und des unteren Dienstes. Ähnliches galt für Behörden außerhalb der allgemeinen und inneren Verwaltung. So wurden unter Hamburgs Richtern und Staatsanwälten in den Jahren 1933 bis 1935 sogar fast 17 % auf Grund des Gesetzes aus dem aktiven Dienst entfernt, davon etwa zwei Fünftel wegen ihrer jüdischen Herkunft.⁵⁰ Im Bereich der Polizei wurden nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in Hamburg ca. 10 % der Offiziere und bis zu 2 % der Unterführer und Mannschaften aus politischen Gründen

entlassen, nachdem sie zum Teil schon vorher vom Dienst suspendiert worden waren; insgesamt handelte es sich um fast 200 Polizeibeamte.⁵¹ An der Hamburger Universität mußten in der Zeit bis zum 28. Februar 1935 mindestens 74 Personen auf Grund des Berufsbeamtengesetzes aus dem engeren Lehrkörper, also ohne Lektoren und Assistenten, ausscheiden, was einem Prozentsatz von 14,8 % entsprach.⁵² Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen wurden vom 7. April 1933 bis 1935 insgesamt 637 Lehrerinnen und Lehrer entlassen bzw. pensioniert. Davon galten nur 25 offiziell als »politische Fälle«, 48 Lehrkräfte mußten wegen ihrer »nichtarischen Abstammung« die Schulen verlassen, während 555 mit der Begründung »Vereinfachung der Verwaltung« pensioniert wurden, was vor allem für die älteren galt, die das 52. bzw. 55. Lebensjahr bereits vollendet hatten. Deren Stellen wurden zum großen Teil, und zwar entgegen den Bestimmungen des § 6 des Berufsbeamtengesetzes, mit jungen Lehrkräften wieder besetzt. Nach einer Aufstellung des Hauptverwaltungsamtes über die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes im Geschäftsbereich des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 18. Juli 1938 waren im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ohne Schulaufsichts- und Verwaltungsbeamte insgesamt 646 Lehrkräfte freigesetzt worden, was bei einem Planstellenbestand von 5.193 Stellen im Jahr 1937 einem Prozentsatz von 12,4 entsprach, die meisten von ihnen (nämlich 87,3 %) allerdings auf der Grundlage des § 6.⁵³

Bei der Bewertung dieser Zahlen und Vorgänge ist mehreres zu berücksichtigen. Es ist sicherlich nicht angängig, nur die auf Grund der §§ 2, 2a und 4 Entlassenen als politische Fälle zu bezeichnen. Vielmehr wurde in vielen Fällen auch auf den § 6 rekurriert, da dabei eine wie auch immer geartete politische Begründung entfiel, was wiederum das deutliche Übergewicht dieser Gruppe der vorzeitig Ausgeschiedenen erklärt. Im übrigen stellte dies für den Betroffenen eine weniger harte Maßnahme dar, da die Versorgungsansprüche in großen Teilen erhalten blieben. Vergleichbares galt im übrigen für »nichtarische« Bedienstete, deren Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst teilweise mit den Paragraphen 4 oder 6 begründet wurde. So setzte z. B. die Verwaltung für Kulturangelegenheiten mit Antrag vom 22. März 1934 beim Hamburgischen Staatsamt durch, daß der Ordi-

narius für Physiologie Professor Otto Kestner mit Ablauf des 30. Juni 1934 nach Paragraph 6 in den Ruhestand versetzt wurde, obwohl dieser »an sich unter die Schutzbestimmung des § 3, Abs. 2« des Berufsbeamtengesetzes fiel. Sie begründete ihren Antrag damit, daß »auf die Dauer eine ersprießliche Tätigkeit von Nichtariern im Universitätsunterricht nicht erwartet werden« könne. Sie wollte aber auf keinen Fall darauf verzichten, die dadurch frei werdende Planstelle neu zu besetzen.⁵⁴

Zusätzlich ist noch zu bedenken, daß das Berufsbeamtengesetz von der politischen Führung und den Verwaltungsspitzen dazu benutzt wurde, einen beträchtlichen Personalabbau aus verwaltungstechnischen Gründen herbeizuführen, um die Verwaltung zu verschlanken und den Personalkörper zu verjüngen⁵⁵ und letztendlich auch finanzpolitischen Erfordernissen zu entsprechen. So heißt es in einer streng vertraulichen Verfügung des Senats vom 5. März 1934 an die Behördenleiter: »Die vom Senat und den Verwaltungszweigen betriebene Einschränkung und Vereinfachung der hamburgischen Verwaltung wird mit allem Nachdruck weitergeführt werden. Da heute noch nicht zu übersehen ist, wieviele Beamte entbehrlich werden, so ordnet der Senat an, daß mindestens ein Drittel der Beamten auf Grund § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand zu versetzen ist. Diese Maßnahme ist auch deswegen erforderlich, weil im hamburgischen Staatshaushalt die Personalausgaben viel zu hoch sind.«⁵⁶ Das Reichsinnenministerium, das zunächst Bedenken gegen die umfangreichen Beamtenkündigungen erhoben hatte, billigte nach einer Aussprache zwischen Krogmann und dem Staatssekretär Hans Pfundtner am 15. März 1934 in Berlin zwar das Vorgehen, riet aber dazu, milde zu verfahren und nach Möglichkeit von der für Hamburg allerdings kostspieligeren freiwilligen Versetzung in den Ruhestand auf Grund der §§ 10 und 12 des Beamtenruhestandsgesetzes Gebrauch zu machen. Es lehnte zugleich aus der Befürchtung heraus, andere Länder könnten dem Beispiel Hamburgs folgen, kategorisch ab, daß das Reich für die finanziellen Auswirkungen einer weniger rigorosen Handhabung herangezogen werde.⁵⁷ Aus eben diesen finanziellen Erwägungen kam es zugleich zu gegenläufigen Maßnahmen, insbesondere auf der Ebene der Oberbeamten. Es sollte versucht werden, einige, die zunächst be-

urlaubt worden waren, »zur Ersparung von Pensionslasten« wenigstens als Angestellte weiter zu beschäftigen.⁵⁸

Nachdem für Hamburg im Herbst 1934 das Ende der Anwendung des Berufsbeamtengesetzes offiziell verkündet worden war – die Geltungsdauer des Gesetzes wurde noch etliche Male verlängert, bis es durch das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 ersetzt wurde,⁵⁹ – und nachdem die Verwaltungsstruktur eine Neuordnung erfahren hatte,⁶⁰ trat die personelle Entwicklung in ruhigere Entwicklungsbahnen ein. Sie war geprägt von einer allmählichen fachlichen Konsolidierung. Denn zuvor waren die Maßnahmen bestimmt durch wechselnde Besetzungen der obersten Leitungsfunktionen mit verdienten und überzeugten Nationalsozialisten, zumeist unabhängig von deren Fähigkeiten und Voraussetzungen. So erlebte die Leitung der Staatspolizei, die seit Mai 1933 von der Kriminalpolizei getrennt und dem Polizeisenator direkt unterstellt war, 1933 drei Leiter: Nach Anatol Milewski-Schroeder und Walter Abraham genügte offensichtlich erst der dritte, der SS-Sturmbannführer Bruno Streckenbach, auch den fachlichen Erfordernissen.⁶¹ In der Wohlfahrtsbehörde blieb von den Neubesetzungen des Jahres 1933 in der Oberbeamtenschaft auf Dauer nur ein einziger übrig: der schwerkriegsbeschädigte Dr. Emil Spargel als späterer Leiter der Amtlichen Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.⁶² Ursache für diese außerordentliche Fluktuation war allerdings nicht immer mangelnde Eignung der neuen Stelleninhaber, sondern mitunter auch deren Bestreben, möglichst schnell auf der Karriereleiter noch höher zu klettern.

Das Ergebnis der Maßnahmen auf Grund des Berufsbeamtengesetzes war ein öffentlicher Dienst, aus dem dezidiert politische Gegner ausgeschaltet und in dem weite Teile des Personals eingeschüchtert waren. Die Spitzenpositionen waren vornehmlich mit Parteimitgliedern besetzt worden. Nach der offiziellen Parteistatistik, die die Verhältnisse vom 1. Januar 1935 abbildet, standen im Stadtgau Hamburg, dessen Verwaltungsstruktur allerdings von der der meisten anderen Gaue wesentlich unterschieden war, an der Spitze von 33 etwa vergleichbaren staatlichen und kommunalen Dienststellen 28 Parteigenossen, entsprechend 84,8 %.⁶³ Weit mehr als die Hälfte dieser sogenannten Vorsteher war indessen erst nach der Machtergreifung in die NSDAP eingetreten. Zugleich waren dem öffentlichen

Dienst zahlreiche jüngere, aufstiegsorientierte Kräfte und überzeugte Nationalsozialisten zugeführt worden. Insgesamt hatte das einen deutlichen Abbau an demokratischer Haltung und einen Schub an ideologischer Ausrichtung zur Folge.

Der unmittelbare politische Anpassungsdruck, der durch die Maßnahmen des Berufsbeamtengesetzes erzeugt worden war, ließ in der Folge zwar nach, er bestand aber in anderen Formen fort. So fanden seine Grundsätze Eingang in weitere die öffentlich Bediensteten betreffende Gesetze und Verordnungen. Bereits das erste unmittelbar auf das Berufsbeamtengesetz folgende Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechtes vom 30. Juni 1933 band die Berufung als Beamter des Reichs, der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nicht nur an »die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige besondere Eignung für das ihm übertragene Amt«, sondern zugleich daran, daß er die Gewähr dafür bot, »daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt«. ⁶⁴ Das Ganze mündete schließlich in das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937, das am 1. Juli 1937 in Kraft trat. ⁶⁵ Dieses war charakterisiert durch eine Überbetonung der Pflichten und der weitgehenden Preisgabe der subjektiven Rechte. Es forderte nicht nur die Treue zum Führer über die Beendigung des Beamtenverhältnisses hinaus bis zum Tod, setzte nicht nur die Partei mit dem Staat gleich, sondern ermöglichte auch in Zukunft, einen Beamten in den Ruhestand zu versetzen, wenn er »nicht mehr die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für den nationalsozialistischen Staat eintreten wird« (§ 71). In der grundlegenden staatsrechtlichen Abhandlung »Das Verfassungsrecht des Großdeutschen Staates« von Ernst Rudolf Huber heißt es dazu: »Der Beamte steht in einer totalen Pflichtbindung, die seine gesamte Existenz durchdringt und nicht nur seine dienstliche Tätigkeit, sondern auch sein außerdienstliches Verhalten erfaßt. [...] Sie dauert grundsätzlich auf Lebenszeit.« ⁶⁶ Hinzu kam, daß bereits mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 die Landesbeamten ihrer Rechtsnatur nach mittelbare Reichsbeamte geworden waren, was das Beamtengesetz nunmehr ausdrücklich festlegte (§ 2). Das Recht zur Ernennung und Entlassung von Beamten durch die

Landesregierungen bzw. Reichsstatthalter war somit nur ein von der Reichsregierung auf diese rückübertragenes Recht.

Abschließend ist in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, daß die Maßnahmen des Berufsbeamtengesetzes sich nicht nur auf die unmittelbaren Staatsbediensteten auswirkten, sondern auch auf die Anstellungsverhältnisse in öffentlich-rechtlichen Körperschaften und gemischtwirtschaftlichen Betrieben sowie auf die ehrenamtlich Tätigen.⁶⁷ So wurde z. B. dem Geschäftsführer der Hamburger Gaswerke, dem ehemaligen SPD-Polizeisenator Heinrich Schumann, am 28. Juni 1933 vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung gekündigt, zunächst sogar unter Absprechung sämtlicher Versorgungsansprüche, mit der allgemeinen Begründung, daß er »nicht die Voraussetzungen erfülle, die auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sowie entsprechender Senatsverfügungen gegeben sein müssen«.⁶⁸ Der Präsident der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte wurde 1933 ebenso ausgewechselt wie der Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hamburg.⁶⁹ Daß dabei hier auch nicht immer auf die Eignung der neuen Stellungsinhaber geachtet wurde, zeigt das Beispiel der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg. Die beiden bisherigen Direktoren wurden im Sommer 1933 in den Ruhestand versetzt, um zwei »alten Kämpfern«, dem Gerichtssekretär Max Schneider als Direktor und dem Diplomhandelslehrer Dr. Wilhelm Schönwald als dessen Stellvertreter, Platz zu machen. Da sich Schneider alsbald als völlig unfähig erwies, tauschten die beiden neuen Direktoren zunächst die Plätze. Doch sah sich die Allgemeine Ortskrankenkasse nach einem dreiviertel Jahr veranlaßt, dem neuen Direktor wieder zu kündigen, da dessen bisherige Amtsführung gezeigt habe, »daß es ihm an den erforderlichen Voraussetzungen fehlte, um eine Kasse von der Größe der AOK Hamburg als Direktor zu leiten«.⁷⁰ Hingegen verblieb Dr. Gottlieb Storck, ein anerkannter Fachmann auf sozialpolitischem Gebiet, als Präsident der Landesversicherungsanstalt bis 1945 im Amt, entwickelte sich aber seit seinem Parteieintritt im Mai 1933 zu einem angepaßten Nationalsozialisten.

2. Einstieg und Aufstieg national-sozialistischer Kräfte und die Praxis der politischen Beurteilung

Neben der raschen Besetzung von Positionen in der leitenden Oberbeamtenschaft, die die politische Führerschaft in der Verwaltung absichern sollte, wurden der Staatsdienst und die gemischtwirtschaftlichen Betriebe in Hamburg genutzt, breite Kreise alter Kampfgefährten und andere Parteifreunde zu versorgen; das geschah oft auch gegen beamtenrechtliche und reichsgesetzliche Bestimmungen und fachliche Kompetenzen. Dabei waren zugleich die Auflagen bei Neueinstellungen von Angestellten und Arbeitern durch das Reich zu beachten, die eine weitgehende Berücksichtigung von Versorgungsempfängern, d. h. von Personen, die nach zwölfjähriger Dienstzeit aus dem Militär ausgeschieden waren und Anspruch auf eine Eingliederung in die Zivilverwaltung hatten, sowie von »alten Kämpfern« forderten. Danach waren 50 % der Stellen zunächst mit Versorgungsanwärtern und der Rest grundsätzlich durch die sogenannte Sonderaktion für die Vermittlung arbeitsloser alter Kämpfer zu besetzen.⁷¹ Zu dem Personenkreis der Sonderaktion zählten Angehörige der SA, SS und des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm), soweit sie diesen Verbänden bereits vor dem 30. Januar 1933 angehörten, Mitglieder der NSDAP mit den Mitgliedsnummern 1 bis 300.000, was etwa einem Parteieintritt vor Ende des Jahres 1932 entsprach, sowie Politische Leiter, soweit auch sie bereits vor dem 30. Januar 1933 als solche tätig waren.⁷² Ihre Unterbringung bereitete Hamburg nach offizieller Verlautbarung »die größten Schwierigkeiten«.⁷³ Nach einer Aufstellung der NSDAP-Sonderarbeitsbeschaffungsstelle im Arbeitsamt vom 20. September 1933 gab es allein ca. 700 arbeitslose NSDAP-Mitglieder, die der Partei bereits vor dem 1. Januar 1932 beigetreten

waren, das 40. Lebensjahr überschritten hatten und für deren Unterbringung im wesentlichen nur die staatlichen Behörden und die gemischtwirtschaftlichen Betriebe offenstanden.⁷⁴ In einer Verfügung des Senats vom 20. Juli 1934 heißt es ausdrücklich: »Das Hamburgische Staatsamt hat sich seit geraumer Zeit bemüht, an der Arbeitsbeschaffung für die alten Kämpfer der NSDAP mitzuwirken. Im Zuge dieser Bemühungen ist der größte Teil der in Arbeit gebrachten alten Kämpfer im hamburgischen Staatsdienst bzw. bei den der Aufsicht des Staates unterliegenden Betrieben untergebracht worden.«⁷⁵ Im Sommer 1934 sah sich der NSDAP-Gau Hamburg gleichwohl veranlaßt, eine Rundfrage an die »Alte Garde« zu starten, um mit Hilfe eines Fragebogens festzustellen, »welche Parteigenossen noch arbeitslos sind bzw. ob die Parteigenossen in angemessenem Verdienst stehen oder sich in erträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden«.⁷⁶ Die ausgefüllten Fragebögen waren umgehend an den Gauleiter Kaufmann persönlich zurückzusenden.

Des weiteren wurde 1935 für Beamte des unteren und einfachen mittleren Dienstes ein genereller 10 %-Stellenvorbehalt erlassen.⁷⁷ In Hamburg durften zudem bei Besetzung von Assessorstellen im höheren Verwaltungsdienst nach einer gemeinsamen Verfügung des Reichsinnenministers und des Reichsstatthalters grundsätzlich nur Bewerber berücksichtigt werden, die bereits vor der Machtergreifung der NSDAP beigetreten waren. Ausnahmen waren danach nur zulässig, wenn sowohl die NSDAP als auch der NS-Bund Deutscher Juristen/NS-Rechtswahrerbund bestätigten, daß solche Bewerber nicht zur Verfügung stünden.⁷⁸ Zugleich war den Verwaltungen ausdrücklich untersagt, eventuell notwendig werdende Entlassungen aus demselben Personenkreis vorzunehmen; diese durften ausschließlich durch das Staatsamt ausgesprochen werden.⁷⁹

Alle diese Regelungen hatten zur Folge, daß z.B. in der Fürsorgebehörde in der Zeit von der Machtergreifung bis Sommer 1934 293, bis zum 30. Juli 1935 insgesamt 423 »alte Kämpfer« als Beamte, Angestellte und Arbeiter übernommen wurden.⁸⁰ Sie besetzten zunächst fast ausnahmslos Posten als Hilfskräfte, Ermittler, Staatsarbeiter und einfache Bürokräfte. Damit machte dieser Anteil an »alten Kämpfern« insgesamt etwa 17 % aus, d. h. nahezu jeder fünfte Mitarbeiter war ein »alter Kämpfer«. In der Polizeibehörde waren im gleichen

Zeitraum 63 »alte Kämpfer« als Beamte eingestellt worden, die meisten vorläufig als Hilfspolizeimeister, aber fünf auch als Polizeioffiziere.⁸¹ Das entsprach allerdings kaum einem Prozent aller Beamten in der damaligen Polizeibehörde. Die Stadt Altona, die zum 1. April 1937 mit Hamburg vereinigt werden sollte, hatte in dem etwa vergleichbaren Zeitraum bis Ende 1935 in ihre Verwaltung insgesamt 259 »alte Kämpfer« aufgenommen, was einem Prozentsatz von 8,6 aller öffentlich Bediensteten entsprach. Darunter befanden sich allerdings nur 10 Einstellungen als Beamte (=1,7 %), aber 154 als Angestellte (=13,3 %).⁸²

Schon frühzeitig nahm der Hamburger Senat auch die von Hitler mehrfach angeregte bevorzugte Beförderung von Parteimitgliedern, die sich um die »nationale Revolution« verdient gemacht hatten, auf und verfügte zum ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme in Hamburg besondere Beförderungen für »alte Kämpfer«, noch ehe der Reichsinnenminister den Reichsbehörden und Landesregierungen ein solches Vorgehen nahelegte. Die Personalabteilung im Staatsamt vermerkte später auf den diesbezüglichen Runderlaß vom 20. März 1934 nur: »In Hamburg ist bereits entsprechend verfahren worden.«⁸³ Bei dieser Aktion wurden in Hamburg mehr als 130 Beförderungen ausgesprochen, von denen etwa 20 % direkte Übernahmen ins Beamtenverhältnis darstellten. Unter den bevorzugt Beförderten befand sich z. B. der Leiter des Fahndungskommandos der Staatspolizei, Kriminalsekretär Peter Kraus, der zum Kriminalinspektor aufstieg. Er hatte in Hamburg sämtliche Aktionen des Kommandos gegen die kommunistische Partei geleitet und war für zahlreiche Gewalttaten verantwortlich. Im Zuge derselben Aktion wurde der Adjutant des Gauleiters, der SA-Obersturmführer Raimund Dahlem, in den hamburgischen öffentlichen Dienst aufgenommen und zum Amtmann ernannt, obwohl ihm als ehemaligem Holzkaufmann jegliche Vorbildung dafür fehlte. Dahlem, ausschließlich im Reichsstatthalterbüro tätig, avancierte später noch zum SA-Brigadeführer und zum Senatsdirektor.⁸⁴

Von den bevorzugten Beförderungen waren Landesjustizverwaltung, Polizeibehörde und Fürsorgebehörde am stärksten betroffen. Die recht hohe Zahl ging im wesentlichen auf das Drängen des Reichsstatthalters zurück. Er setzte sich trotz gegenteiliger Auflagen

durch die zuständigen Reichsministerien und trotz der weiterhin prekären Finanzlage der Stadt nachdrücklich für die Anstellung und Beförderung der »alten Kämpfer« ein und bestimmte kurzerhand, »daß an sich berechtigte Verbesserungen nicht etwa an einem Mangel an freien Stellen scheitern sollten«. ⁸⁵ Er konnte sich dabei durchaus im Einklang wissen mit der offiziellen Propaganda der obersten Reichs- und Parteileitung, hatte doch der Reichsminister Goebbels auf einer Großveranstaltung am 23. Februar 1934 im Berliner Sportpalast dazu u. a. erklärt: » Wir halten es für unerträglich, daß die Garde das Reich eroberte und dann schweigend beiseite treten soll, um der Bürokratie das Feld freizugeben. Das werden wir zu verhindern wissen.« ⁸⁶

1935 und 1938 ließ sich der Reichsstatthalter umfassend über Anstellung und Beförderung von alten Parteigenossen im gesamten öffentlichen Dienst informieren ⁸⁷ und verfügte, daß Politische Leiter, wo immer sie auch eingeordnet waren, über ein gewisses Mindesteinkommen verfügen sollten. Zudem setzte er eine »Mindestvergütung für Alte Kämpfer« fest. ⁸⁸ Ähnlich umfangreiche Anstellungs- und Beförderungsvorgänge wie 1934 wiederholten sich 1938 anläßlich des fünften Jahrestages der Machtergreifung sowie in den Kriegsjahren. Wiederum wurden zahlreiche alte Nationalsozialisten des unteren und mittleren Dienstes bevorzugt befördert. Zahlreiche andere rückten in Beamtenstellen ein, die eigens zu diesem Zweck durch Umwandlung von Angestelltenstellen geschaffen und, da in der Besoldungsordnung entsprechende Amtsbezeichnungen nicht vorhanden waren, vom Reichsstatthalter mit neuen Bezeichnungen versehen wurden. Gleichzeitig wurden zahlreiche Arbeiterstellen zu Angestelltenstellen umgewidmet. ⁸⁹ Seit 1935 ergingen zudem routinemäßig jeweils am 9. November nahezu gleichlautende Mitteilungen der Pressestelle folgenden Inhalts: »Der Reichsstatthalter hat auf Vorschlag des Senats – [dieser Zusatz fehlte ab 1936 entsprechend der neuen staatsrechtlichen Situation] – am heutigen 9. November eine Reihe von Ernennungen und Beförderungen von älteren, verdienten Mitgliedern der NSDAP innerhalb der hamburgischen Beamten- und Angestelltenschaft des unteren und mittleren Verwaltungs- und technischen Dienstes ausgesprochen.« ⁹⁰ So wurde z. B. der Hauptwachtmeister Friedrich J. am 9. November 1936 zum Meister der Hamburger Schutzpolizei befördert. Im Ernennungsvorschlag wurde auf seine frühzeitige Mitglied-

schaft in der Wehrschaft »Rolandia« und später in der NSDAP hingewiesen und vermerkt: »Bevorzugte Beförderung. Überspringt 199 Meister-Anwärter.«⁹¹

In Fällen, in denen laufbahnmäßige Verbesserungen nicht durchführbar waren, ließ der Reichsstatthalter die jeweilige Behörde wissen, wenn ihm die Besoldung der »alten Kämpfer« nicht hinreichend erschien, und forderte Verbesserungen ein.⁹² Der Rechnungshof des Hamburgischen Staates, im Sommer 1934 vom Staatsamt in einem solchen Fall zur Stellungnahme herangezogen, charakterisierte das Vorgehen durchaus richtig, als er feststellte, daß »ein solcher Fall ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten zu entscheiden sein« werde, und erklärte sich daher für »nicht befugt, zur Sache selbst Stellung zu nehmen«. Nichtsdestotrotz machte er den entscheidenden Vorschlag, der auch in vielen weiteren Fällen Anwendung fand, den Betroffenen dadurch zu helfen, daß die Zeit der angeblich politisch bedingten Arbeitslosigkeit zur Verbesserung des Vergütungsdienstalters herangezogen wurde.⁹³ In anderen Fällen fanden Dienstzeiten in der SA, SS oder als Amtswalter bzw. Redner der Partei Anrechnung.⁹⁴

Neben der Sonderaktion für die »alten Kämpfer« und neben anderen allgemeinen Maßnahmen einer ausschließlich politisch motivierten Anstellung und Beförderung aktiver Nationalsozialisten gab es personalpolitische Vorstöße individueller Art wie bei Vorschlägen und Aufträgen seitens der Partei- oder der politischen Leitung. So hatte der Senator der Inneren Verwaltung, Alfred Richter, auf »Wunsch des Reichsstatthalters« den Polizeipräsidenten im Herbst 1933 »unverzüglich anzuweisen«, zehn von der SS-Leitung auszuwählende »SS-Führer« als Beamte der Ordnungspolizei auf Probe zu übernehmen mit der Maßgabe, daß »ihre Besoldung mindestens Mk 200,- netto im Monat betragen« solle.⁹⁵ Richter selbst sorgte in seiner eigenen Verwaltung dafür, daß das alte NSDAP- und SA-Mitglied Karl T., das 1930 aus disziplinarischen Gründen den Dienst als Polizeiwachtmeister hatte quittieren müssen, im November 1934 sogar unter Beförderung zum Oberwachtmeister wieder Aufnahme in der Schutzpolizei fand, obwohl dessen Kommandeur, Ernst Simon, ein vorhergehendes Gesuch T.s ausdrücklich abgelehnt hatte.⁹⁶ Gegenüber der Gesundheits- und Fürsorgebehörde ließ derselbe Senator monieren, daß der Inspektor Paul K. »gegen den ausdrücklichen Wunsch des Senators

nicht als Leiter einer Wohlfahrtsstelle berücksichtigt wurde. Herr Senator Richter ersucht um sofortigen Bericht und wünscht, daß seinen Anordnungen in Zukunft Rechnung getragen wird.«⁹⁷ Zwei Monate später, im Mai 1935, übernahm K. den Leiterposten der Wohlfahrtsstelle IX.

Nicht in jedem Fall zeigten sich die Behördenleitungen willfährig und lehnten in Einzelfällen solches Ansinnen als Zumutung ab. So sah der Präsident der Gesundheits- und Fürsorgebehörde im April 1935 keine Möglichkeit, den alten Kämpfer Otto Schwisow, der zwischen 1931 und 1933 bereits zwei Jahre als einfacher Büroangestellter in der Wohlfahrtsbehörde tätig gewesen war, in eine gehobene Stellung z. B. als Wohlfahrtsstellenleiter einzustellen. Schwisow, aktives Mitglied der NSDAP seit 1925 und der SA seit 1926 und zwischenzeitlich Ortsgruppen- und Gaupropagandaleiter, hatte in seinem Antrag auf Übernahme in den Staatsdienst noch versucht, die Weimarer Zeit gegen die neue Ära auszuspielen: »Wenn ich meine Tätigkeit für die Bewegung auch mehr als eine Selbstverständlichkeit betrachte, so möchte ich doch, daß sie bei der Beurteilung meiner Fähigkeiten im Staatsdienst und für den Staatsdienst berücksichtigt wird. Ich denke auch, daß der Präsident Martini meine Geeignetheit kaum anzweifeln kann, nachdem er die Tätigkeit marxistischer Parteifunktionäre als Wohlfahrtsstellenleiter, auch wenn sie früher Maurer und Ungelernte waren, gegenüber dem ehemaligen Senator Neumann kaum beanstandet haben dürfte.«⁹⁸ Der Reichsstatthalter bestellte daraufhin Osterdinger zu einer persönlichen Unterredung zu sich, gleichwohl blieb es bei der Ablehnung. Schließlich hatte sich der zuständige Vizepräsident noch im gleichen April 1935 anlässlich eines Berichtes über die von seiner Behörde vorgenommenen Einstellungen bei seinem Senator beklagt: »Man mutet dem Fürsorgewesen an ungelerten Kräften zu, was keiner Bäckerei, keiner Schlosserei, keiner Eisengießerei zugemutet werden würde.«⁹⁹ Doch nicht immer konnten die Leitungen – zumal wenn sie vorher gar nicht informiert wurden – sich dem widersetzen oder wollten es nicht, insbesondere dann nicht, wenn dahinter der ausdrückliche Wunsch des Reichsstatthalters stand. Ganz in diesem Sinne wurde z. B. im Falle des »alten Kämpfers« Walter D. verfahren, der im April 1930 nach Ablauf der zwölfjährigen Pflichtdienstzeit aus der Schutzpolizei ausgeschieden war und seither der NSDAP angehörte. Am 20.

Februar 1936 beschloß der Senat, ihn »unter Abweichung von den Vorschriften der §§ 1 und 3 des Polizeibeamtengesetzes vom 25. 2. 29 und unter Absehen von der Ablegung der 2. Polizeibeamtenprüfung« als Kriminalsekretär wieder einzustellen.¹⁰⁰

Bei einer solchermaßen politisierten Beamtenpolitik konnte es nicht ausbleiben, daß parteipolitische Aktivisten, aber auch unpolitische Konjunkturritter auf allen Stufen ihre Mitgliedschaften zur NSDAP und zu Parteiorganisationen, wie namentlich zur SS und SA, zu noch viel weitergehenden Vorteilen für sich nutzten.¹⁰¹ Ein besonders eklatantes Beispiel lieferte der 1902 in Altona geborene Wilhelm Tegeler, seit 1. Januar 1929 Mitglied der NSDAP und seit 1. Oktober 1932 Kreisleiter von Eimsbüttel-Nord. Seine Ausbildung, Volksschulabschluß und kaufmännische Lehre sowie anschließende kaufmännische Angestelltentätigkeit, qualifizierte ihn in keiner Weise für eine höhere Beamtenlaufbahn. 1932 arbeitslos geworden, wurde er 1933 zunächst mit einem Privatdienstvertrag in die Hamburger Verwaltung eingeschleust und machte dort entsprechend seinen Parteiämtern, er war u. a. Leiter des Gau-Heimstättenamtes der DAF, alsbald Karriere. Seit Januar 1934 Leiter der Hamburger Kameradschaften des Arbeitsbeschaffungswesens, wurde er im Juni 1935 nach deren Übernahme durch die Fürsorgebehörde nun bereits als Regierungsrat dem Präsidenten der Behörde für Technik und Arbeit beigegeben.¹⁰² 1936 war er Regierungsrat im Arbeitsbeschaffungsamte, seit Januar 1938 leitete er als Obersenatsrat das neu geschaffene Wohnwirtschafts- und Siedlungsamte, wurde Ende 1939 zum Senatsdirektor befördert und im Januar 1942 zum Senatssyndikus. Schließlich wurde er Beigeordneter für die Bauverwaltung und übernahm im April 1944 das Amte für den kriegswichtigen Einsatz. Daneben diente er Kaufmann in zahlreichen zusätzlichen Funktionen als Leiter von Sonderdienststellen, u. a. als Bevollmächtigter des Reichskommissars für die Seeschiffahrt oder als Gebietsbeauftragter des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft im Wehrkreis X. In der SA avancierte er 1943 zum Standartenführer. Ein 1946 von der Bauverwaltung angefertigter Bericht urteilte über seine Amtsführung: Normative Rechtsgrundlagen seien für ihn nur »überflüssige Hemmnisse« gewesen, dienstlich wie privat habe er den Standpunkt vertreten, »daß allein der Erfolg entscheide und daß die Wahl der Mittel hierfür

gleichgültig sei«. ¹⁰³ Dazu gehörten offensichtlich auch die Verschiebung und der Eigenverbrauch von Alkohol. Spätere Untersuchungen ergaben, daß sich die Ausgaben für Alkohol in der Bauverwaltung allein in den Monaten Januar bis April 1945 auf knapp 45.000 RM belaufen hatten. ¹⁰⁴

In der Praxis bestand Aussicht auf Anstellung und Beförderung in den allermeisten Fällen nur bei Vorhandensein eines gewissen Standards an politischer Beteiligung, die durch eine politische Beurteilung zu belegen war. ¹⁰⁵ Dafür gab es in Hamburg zumindest für den gehobenen Dienst eine umfangreiche Sammlung von Befähigungsberichten, die mit dem Jahr 1935 einsetzte und bis 1944 fortgeführt wurde. ¹⁰⁶ Darin wurden nicht nur die dienstliche Laufbahn und Eignung der einzelnen Beamten geschildert und ihre Beförderungswürdigkeit beurteilt, sondern auch Daten des Personenstandes, der Herkunft und des Militärdienstverhältnisses ebenso wie frühere und gegenwärtige politische Aktivitäten aufgeführt und die Haltung zum Nationalsozialismus charakterisiert. Letztere wurde in etlichen Fällen noch ergänzt durch Stellungnahmen der jeweiligen nationalsozialistischen Fachschaftsleiter. Im übrigen waren die politischen Beurteilungen der Parteidienststellen den dienstlichen Urteilen über die Person des Beamten, seine Kenntnisse und Leistungen gleichgestellt und durften dem Beamten ebenfalls grundsätzlich nicht bekanntgegeben werden. ¹⁰⁷

In welcher Weise gerade die politische Beurteilung entscheidend war für den beruflichen Weg des einzelnen öffentlich Bediensteten, sollen einige Beispiele belegen: Am 6. Januar 1936 reichte die Landesunterrichtsbehörde dem Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf dessen Anforderung eine Liste von Studienräten ein, die für eine Beförderung zu Schulleitern an höheren Schulen in Aussicht genommen werden könnten. Insgesamt wurden sechs Namen aufgeführt, von denen es hieß: »Die Herren sind bereits alle stellvertretende Schulleiter; außerdem sind sie alle Parteigenossen und entweder Amtsträger im NS-Lehrerbund oder sonstwie in Gliederungen und Einrichtungen für die nationalsozialistische Bewegung tätig. Neben der politischen Zuverlässigkeit ist auch die pädagogische Leistungsfähigkeit bei ihrer Auswahl berücksichtigt.« ¹⁰⁸ Wenige Jahre später waren alle sechs zum Teil mehrfach befördert worden. ¹⁰⁹

Politisches Engagement wurde allerdings nicht nur für die vom Reich zu ernennenden Oberbeamten gefordert, sondern auch von den Angehörigen des mittleren und unteren Dienstes. So beschied der Oberregierungsrat John von der Fecht im dafür zuständigen Staatsamt am 7. November 1937 die Gesundheitsbehörde zu den eingereichten Beförderungsvorschlägen u. a.: Es sei festgestellt worden, »daß der Verwaltungssekretär B. auch heute noch nicht Mitglied der NSV ist. Er soll nur irgendeinem Reichstreubund angehören und auch auf die Aufforderung, der NSV beizutreten, nicht reagiert haben.« Fecht lehnte den Vorschlag ab, da »unter diesen Umständen mit einer Beförderung nicht zu rechnen sei. Ihr könne erst nähergetreten werden, wenn die Meldung vorliege, daß B. sich aktiv politisch betätige.«¹¹⁰

Der bewußten Förderung nationalsozialistischer Kader und Anhänger sowie der besonderen Berücksichtigung politischer Aktivitäten stand die Mißachtung ganz bestimmter Mitarbeitergruppen gegenüber. In solchen Fällen führten selbst nachträglich gezeigte politische Aktivität und die sachliche Befürwortung durch die Behörden nicht oder erst sehr spät zum Ziel, wenn z. B. die politische Vergangenheit der zur Beförderung vorgeschlagenen Beamten im nationalsozialistischen Sinne belastet schien. In einer zusammenfassenden Übersicht zu »Einstellung, Anstellung und Besoldung von Beamten« vom 18. April 1935 bestimmte das Staatsamt den Kreis der belasteten Beamten genauer: »Beamte a), die nach ihrer früheren Betätigung oder Parteizugehörigkeit, insbesondere zur Sozialdemokratischen oder Staatspartei nicht die unbedingte Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für den nationalen Staat eintreten werden, b), die sich gegen die nationale Erhebung gestellt haben, c), die nicht rein arischer Abstammung sind, und d), die mit Frauen nicht arischer Herkunft verheiratet sind, müssen vorläufig, vorbehaltlich der Berücksichtigung in Einzelfällen, von einer Beförderung ausgeschlossen bleiben.«¹¹¹ So notierte z. B. der zuständige Beamte beim Staatsamt auf der 1937 von der Fürsorgebehörde eingereichten Liste von Ernennungsvorschlägen für Verwaltungssekretärstellen über einen Kandidaten, der der Sozialistischen Arbeiterjugend und dann bis 1928 der SPD angehört hatte: »Für die Besetzung [...] sollte man nur völlig einwandfreie Männer zulassen.«¹¹²

Die Vorschläge der Polizeibehörde vom Herbst 1936 enthielten unter der Rubrik »Bemerkungen« in etlichen Einzelfällen den Hin-

weis: »Überspringt« 4 oder 6 oder noch mehr »Vormänner, die aus politischen oder dienstlichen Gründen nicht in Vorschlag gebracht sind.« Im Falle des Hafenoffizianten H. wurde die politische Belastung der »Vormänner« im einzelnen aufgeführt: »1. J. SPD Anf. 1920 – Anf. 33; 2. L. SPD 22/23 – 32, Reichsb[anner] v. Gründung – 33, Druidenorden 23 – 1932; 3. P. Staatspartei 21 – Jan. 33. 4. M. SPD 29 – Jan. 33.«¹¹³ Selbst wenn die Polizeibehörde einmal von der politischen Vergangenheit eines Beamten absah und ihn zur Beförderung vorschlug, drang sie damit nicht immer bei dem zuständigen Staatsamt durch, wie der Fall des Verwaltungssekretärs J. belegt, dessen Beförderung Senator Richter im August 1936 erneut vorschlug, »weil es sich um einen gut beurteilten Beamten handelt, der wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur SPD bereits dreimal bei einer Beförderung übergangen« worden war und verwies dabei ausdrücklich auf die beigelegten Zeugnisse der NSDAP und der SA.¹¹⁴ Diese Verweigerung von Beförderungen ehemaliger Sozialdemokraten und Demokraten in der Hamburger Polizei hatte den Hamburger Polizeiherrn Wilhelm Boltz bereits am 28. Januar 1936 beim Reichsstatthalter vorstellig werden lassen. Er argumentierte, daß das Anliegen der Partei, auch den »letzten Beamten zum innerlich überzeugten Nationalsozialisten zu machen«, durch das Festhalten an der Beförderungssperre besonders in den unteren Dienstgraden außerordentlich erschwert werde.¹¹⁵ Daraufhin wurden in der Polizeibehörde besondere »Richtlinien für die Laufbahn früher politisch gebundener Schutzpolizeibeamter, die bei der Säuberung im Dienst verblieben«, entwickelt, die auch die Genehmigung des Reichsstatthalters fanden. Danach durften Beförderungssperren zumindest nicht mehr unbefristet ausgesprochen werden.

Aber auch andere dem weltanschaulichen Denken des Nationalsozialismus entgegenstehende Lebensumstände konnten bei einer Bewerbung oder einer Beförderung hinderlich sein. So scheiterte die Bewerbung des Hamburger Studienassessors Dr. Herbert M. um eine Stelle im Auslandsschuldienst an der Stellungnahme des Gaupersonalamtes. In dem Schreiben des Hamburgischen Staatsamtes an den zuständigen Senator von Allwörden vom 30. September 1937 heißt es dazu: »Studienassessor Dr. Herbert M. hat, wie die Personalakte ausweist, nach einer Mitteilung des hiesigen Personalamts vom 25. 1. 1937 bei einem

Juden gewohnt. Er wird als einer derjenigen Wissenschaftler bezeichnet, die vor lauter Wissen den Instinkt verloren haben, daß das Wohnen bei einem Juden etwas Ungehöriges ist. Die Gauleitung hat eine Verwendung im deutschen Auslandsschuldiens nicht befürwortet.«¹¹⁶ Die Heeresfachschule in Lübeck, bei der M. als nebenamtlich vollbeschäftigter Studienassessor Lehraufträge wahrnahm, hatte allerdings keine Bedenken, ihn weiterhin zu verpflichten. Vorbehalte wie in diesem Fall wurden auch bei anderweitigem Umgang mit Juden erhoben. So waren die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst schon seit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Hamburg zumindest gehalten, in Wahrnehmung ihrer besonderen Verpflichtungen dem Staat gegenüber nur deutsche Geschäfte aufzusuchen.¹¹⁷ Allerdings stellte der Leiter der Personalabteilung im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Dr. Erwin Schütze, erst im Frühjahr 1937 einen entsprechenden Erlaß in Aussicht, der den Beamten verbieten würde, »mit Juden zu verkehren oder bei ihnen zu kaufen«.¹¹⁸ Während es in Hamburgs Nachbarstädten, z. B. in Wandsbek, daraufhin zu eindeutigen Anweisungen kam, die unter Androhung von disziplinarischen Maßnahmen jeglichen geschäftlichen und privaten Verkehr mit Juden für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verboten, verblieb es in Hamburg bei allgemeinen Hinweisen, daß man davon ausgehe, »daß sich jeder Beamte bewußt ist, daß er sich mit Juden grundsätzlich nicht in Geschäfte einlassen« dürfe.¹¹⁹

Eine qualifizierte Logenzugehörigkeit bis 1933 bedeutete in den dreißiger Jahren ein noch größeres Handicap, da sie nach den Reichsbestimmungen in der Regel eine Beförderung ausschloß. Noch vor Herausgabe entsprechender Erlasse durch das Reichsinnenministerium hatte der Reichsstatthalter Kaufmann das zuständige Staatsamt am 3. März 1934 wissen lassen, »daß bei jeder Einstellung in den Staatsdienst und bei jeder Ernennung geprüft werde, ob der Betreffende Freimaurer gewesen sei oder nicht«. Zwar brauche die Tatsache, daß jemand Freimaurer gewesen sei, insbesondere bei untergeordneten Posten nicht gegen seine Einstellung oder Beförderung zu sprechen, »aber man müsse darüber unterrichtet sein«. Auch ließ er sich später über die Durchführung der dann vom Reich angeordneten Maßnahmen informieren.¹²⁰ Selbst eine weit zurückliegende Mitgliedschaft in einer Loge blieb lange Zeit ein qualifizierender Makel. So ergab z. B.

die Überprüfung einer Beförderungsaktion vom Anfang Januar 1936 durch das Staatsamt, bei der der bei der Gesundheitsbehörde angestellte Verwaltungsinspektor J. 19 Vormänner überspringen sollte, für den dienstältesten aller anderen leistungsgleichen Anwärter folgenden Befund: B. war »von 1906 bis 1910 Mitglied der Loge ›Zum Roten Adler‹ und der Loge ›Zur Hanseatentreue‹. Er bekleidete zuletzt das Amt eines 2. Sekretärs und hatte den 3. Grad inne. Ferner war er Mitglied der Staatspartei bis 1932. Er dürfte also für eine Beförderung nicht in Frage kommen.«¹²¹ Erst kurz vor Beginn des Krieges erfolgten im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers in einem neuen, zusammenfassenden Erlaß des Reichsinnenministers gewisse Erleichterungen insbesondere für Anstellungen und Beförderungen im unteren und mittleren Dienst.¹²²

Geradezu aussichtslos waren die Chancen für Frauen, in eine höhere Stelle aufzusteigen. Das galt insbesondere für den höheren Dienst, für den nach einer persönlichen Entscheidung Hitlers von 1937 »grundsätzlich nur Männer« vorzusehen waren.¹²³ Bereits bei der Neuernennung der Schulleiter im höheren Schulwesen Hamburgs im Sommer 1933 befand sich unter den insgesamt 60 Schulleitern und stellvertretenden Schulleitern nur eine einzige Frau, nämlich die stellvertretende Schulleiterin der Bergedorfer Luisenschule, Helene Popkes.¹²⁴ Dazu kamen seit Juli 1933 Entlassungen wegen des sogenannten Doppelverdienertums, die verheiratete Beamtinnen trafen, deren Lebensunterhalt durch die Berufstätigkeit des Mannes dauernd gesichert schien, sowie Bestimmungen, wonach Frauen erst nach Vollendung des 35. Lebensjahres zu Beamten auf Lebenszeit ernannt werden durften, acht Jahre später als ihre männlichen Kollegen.¹²⁵ Und wo Frauen sich dennoch in leitenden Positionen behaupteten, waren sie nicht selten der kollegialen Mißgunst nationalsozialistischer Amtswalter ausgesetzt wie z. B. die langjährige Leiterin der Volksschule für Mädchen Wrangelstraße, Dr. Frieda Sander. Über sie gab der Kreisamtsleiter Willy Heher, von seinem stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Mansfeld, dem für das Volksschulwesen zuständigen Oberschulrat, dazu aufgefordert, folgende Beurteilung ab: »Abgesehen von der Frage der persönlichen Befähigung als Erzieherin, sollte weibliche Schulleitung *grundsätzlich abgelehnt* werden vom politischen Gesichtspunkt aus. Der Schulleiter muß die Qualitäten eines politischen Füh-

rers besitzen, wenn dem Totalitätsgedanken entsprechend die Schule als politische Zelle angesehen wird. Eine Frau, deren Stärke auf ganz anderem Gebiete liegt, kann niemals politisch führen.«¹²⁶ Daraufhin wurde ihre Ersetzung als Schulleiterin in der Behörde ernsthaft diskutiert, schließlich aber nach Rücksprache mit dem zuständigen Schulaufsichtsbeamten unterlassen.

Unmittelbar vor dem Krieg und während des Krieges wurden zwar die rigiden Restriktionen bei Einstellung von weiblichen Beamten gelockert und ihnen Planstellen des höheren Dienstes vor allem im Bereich der Wohlfahrtspflege in Aussicht gestellt, dennoch wurde an den diskriminierenden Grundprinzipien weiterhin festgehalten.¹²⁷ So klagte z. B. der Beigeordnete für die Sozialverwaltung, Senator Martini, nach über zehn Jahren nationalsozialistischer Personalpolitik beim verantwortlichen Hauptverwaltungsamt: Obwohl Frauen in der Arbeit der Sozialverwaltung eine »sehr erhebliche Rolle« spielten und manche »höhere Verantwortungen [...] als Männer in höheren Stufen« trügen, sei in all den Jahren mit einer einzigen Ausnahme keine Frau in eine höhere Beamtenposition als Inspektor befördert worden.¹²⁸

3. Arbeitskräftemangel und Arbeitskräftemobilisierung seit 1937

Die Personalverhältnisse im Hamburger öffentlichen Dienst, die in quantitativer wie qualitativer Hinsicht von Anfang an bestimmt waren einerseits von den finanziellen Bedingungen und den zunehmenden Abhängigkeiten vom Reich, andererseits durch die aufgeführten politischen Voraussetzungen für Anstellung und Beförderung, wurden Ende der dreißiger Jahre zusätzlichen Erschwernissen unterworfen. Zum einen brachten die Eingemeindungen von 1937/38 einen Mehrbedarf an Arbeitskräften, der durch die Übernahmen aus den ehemals preußischen Gebieten nicht voll gedeckt wurde. Zum anderen wirkte sich die wirtschaftliche und militärpolitische Entwicklung beeinträchtigend aus. Die durch die Aufrüstung angeheizte Konjunktur schuf einen generellen Mangel an Arbeitskräften, steigende Einberufungen zur Wehrmacht verstärkten diesen noch erheblich.

Bereits 1937 waren daher Verwaltungszweige in Hamburg mit Zustimmung des Reichsstatthalters dazu übergegangen, ehemalige Bedienstete, die auf Grund des Berufsbeamtengesetzes – vornehmlich wegen des § 4 (politische Unzuverlässigkeit) – entlassen worden waren, wieder einzustellen,¹²⁹ lange bevor ein solches Verfahren durch die Reichs- und Parteileitung gebilligt wurde. Hamburg hätte ein solches Vorgehen im Herbst 1938 eigentlich einstellen müssen, da das Reichsinnenministerium auf Geheiß des Stellvertreters des Führers solche Einstellungen verbot. Indessen entschied Kaufmann, daß es gleichwohl bei dem bisher geübten Verfahren bleiben solle. Kurz vor Kriegsbeginn wurde dann das generelle Verbot der Wiedereinstellung entlassener Bediensteter durch die oberste Parteileitung aufgehoben. Allerdings war damit keine volle Rehabilitierung verbunden. Denn die seinerzeit

nach den §§ 2, 2a oder 4 Entlassenen sollten nur in untergeordneten Stellen wiederverwendet werden. Zudem war bei Wiedereinstellung von Beamten der Stellvertreter des Führers, von Angestellten und Arbeitern der jeweilige Gauleiter zu beteiligen.¹³⁰

Darüber hinaus hatte der Reichsstatthalter bereits am 10. November 1938 in Vollzug eines Erlasses des Reichsinnenministers vom 21. September 1938 alle im Bereich der Hansestadt wohnenden Ruhestandsbeamten, die noch nicht das 70. Lebensjahr vollendet hatten, und die Beamten, die nach § 4 des Berufsbeamtengesetzes »behandelt worden« waren, zur persönlichen Erfassung aufrufen lassen, angeblich »zu statistischen Zwecken«. Ausgenommen waren Beamte, die nach § 3 des Berufsbeamtengesetzes hatten ausscheiden müssen, sowie zunächst auch Beamte des unteren Dienstes. Wenig später erfolgte dann im Reichsgesetzblatt die Verkündung einer entsprechenden generellen Verordnung am 1. und eines zusätzlichen Erlasses am 2. September 1939. Der Zusammenhang mit den Kriegsmaßnahmen ist damit nur allzu deutlich dokumentiert.¹³¹ Im gleichen Zusammenhang ist die Einführung eines Pflichtjahres für 18- bis 25jährige Frauen im Jahre 1938 zu sehen, das in der Land- oder Hauswirtschaft abzu leisten war. Vom 1. Januar 1939 an konnte dies auch durch eine allerdings zweijährige Tätigkeit im Gesundheitsdienst und in der Wohlfahrtspflege geschehen – als Hilfskraft zur Unterstützung der Schwestern und Volkspflegerinnen.¹³²

Die mit Kriegsbeginn sprunghaft ansteigenden Einberufungen zur Wehrmacht verschärften zunehmend den personellen Fehlbestand. Er lag für die gesamte Gemeindeverwaltung der Hansestadt in den Jahren 1941 und 1942 bei ungefähr 17 % und stieg im Sommer des Jahres 1943 auf fast 23 %.¹³³ Er machte in der für die Stabilität an der inneren Front so bedeutsamen Sozialverwaltung – war sie doch verantwortlich für die Fürsorge für die Familien der Wehrmachtsangehörigen, für die Kriegsoffer und die Obdachlosen – im Sommer 1943 über 15 % des Gesamtbestandes aus.¹³⁴ Und das, obwohl gerade diese Verwaltung besonders viele Personalzuweisungen in Form von reaktivierten Pensionären und Rentnern erhielt – einschließlich derjenigen, die im Zuge des Berufsbeamtengesetzes hatten ausscheiden müssen, – sowie anderen Aushilfskräften und zunächst auch von Ehefrauen von Mitarbeitern.¹³⁵ An Hamburgs Oberschulen war der Fehlbestand

noch wesentlich höher. Dort unterrichteten im April 1940 nur noch 898 Lehrkräfte, 254 Lehrer waren zu diesem Zeitpunkt bereits eingezogen, was ca. 30 % aller männlichen und weiblichen Lehrkräfte ausmachte.¹³⁶ Zu den einberufenen, gefallenen oder kriegsgefangenen Bediensteten kamen auch Personalverluste durch die Bombardierungen insbesondere im Sommer 1943, denen allein in der Schulverwaltung durch Tod oder Verwundung 45 Lehrkräfte zum Opfer fielen.¹³⁷

Die stark angewachsenen Aufgaben konnten bei reduziertem fachlichen Personal zum einen nur durch die Heranziehung älterer männlicher sowie weiblicher Arbeitskräfte und zum anderen nur durch Mehrarbeit bewältigt werden, d. h. durch Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit, Urlaubskürzungen und -sperren sowie durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.¹³⁸ So verhängte z. B. im Februar 1943 der Reichsstatthalter »mit Rücksicht auf den vom Führer geforderten totalen Kriegseinsatz der Heimat« eine Urlaubssperre für alle öffentlich Bediensteten der Gemeindeverwaltung, die nach der Bombenkatastrophe im darauffolgenden Sommer nur geringfügig gelockert wurde.¹³⁹ Die Bestimmung, wonach Urlaub nur erteilt werden durfte, »wenn er in Hamburg oder dessen nächster Umgebung verbracht« wurde, blieb erhalten.¹⁴⁰ Die wöchentliche Mindestarbeitszeit, die im Mai 1938 noch 51 Stunden betragen hatte, war im Oktober 1943 auf 56 Stunden angestiegen. Bereits im August 1941 hatte der Reichsstatthalter für Hamburg die Verlängerung der Arbeitszeit um täglich 1 Stunde angeordnet, »da die Verwaltungen alle irgendwie entbehrlichen Kräfte der Kriegswirtschaft und der Wehrmacht zur Verfügung stellen mußten, andererseits der Verwaltung erhebliche zusätzliche Kriegsaufgaben erwachsen sind, die in der normalen Arbeitszeit nicht mehr bewältigt werden können.«¹⁴¹ Mit der letzten diesbezüglichen Anordnung vom 7. September 1944 im Reich wurde die Arbeitszeit schließlich auf 60 Stunden ausgedehnt.¹⁴² Für Hamburg galten im übrigen wie für andere deutsche Großstädte mit durchgehenden Arbeitszeiten etwas geminderte Sätze. Der Eintritt in den Ruhestand wurde zunächst auf das 70., schließlich auf das 72. Lebensjahr hinausgeschoben. Zum Ausgleich dessen war zuvor schon die Regelung, wonach ein Beamter innerhalb von drei Jahren vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren nicht mehr befördert werden durfte, aufgehoben und für die Dauer des Krieges festgesetzt worden, daß Beförderungen bis zur

Vollendung des 67. Lebensjahrs möglich seien, »wenn die Ernennungsbehörde feststellt, daß nach dem Gesundheitszustand des Beamten seine Arbeitskraft dem Dienstherrn voraussichtlich noch mindestens 3 Jahre erhalten bleiben wird.«¹⁴³

In den Genuß dieser Regelung kam z.B. der Schulrat Fritz Köhne, der noch am 9. November 1944 zum Oberschulrat befördert wurde, und zwar gegen Widerstand aus Parteikreisen. Köhne war nach Aufforderung durch den Oberschulrat Albert Mansfeld im März 1937 in die NSDAP eingetreten, dort indessen wohl nicht in dem gewünschten Maße aktiv geworden. Anlässlich der anstehenden Beförderung gab der Gaupersonalamtsleiter am 29. Juni 1944 dem Leiter der Schulbehörde, Ernst Schrewe, folgende Stellungnahme des Leiters des NSDAP-Kreises Eimsbüttel zur Kenntnis: »K. leitet seit 4 Jahren als stellv. Oberschulrat das Volks- und Mittelschulwesen in Groß-Hamburg. Fachlich erfüllt K. die Voraussetzungen. Als Oberschulrat ist K. aber auch für die politische Ausrichtung der ihm unterstellten Lehrerschaft verantwortlich. Ob K. hierfür die Voraussetzungen hat, weiß ich nicht. – Pg. Köhne gehört seit 1937 der Partei an; irgendeine aktive Mitarbeit in der Partei leistet K. jedoch nicht. Sein Ortsgruppenleiter schildert ihn als einen ordentlichen, freundlichen, sachlichen Menschen, der die Versammlungen der Partei besucht. Nachteiliges ist dem Ortsgruppenleiter nicht bekannt. – K. ist von 1925-1932 Mitglied der SPD gewesen; er hat sich somit sehr lange – und im reifen Mannesalter – nicht gerade zur NS-Weltanschauung bekannt. In der Systemzeit hat er auch zum großen Teil das Gesicht der Hamburger Lehrerschaft geformt – und da er SPD-Angehöriger war, könnte ich mir denken, daß dieses Gesicht seiner politischen Überzeugung entsprach. Die Hamburger Lehrerschaft galt damals ja auch nicht gerade als nationalsozialistisch eingestellt. – Warum der 65jährige Schulrat nun zum Abschluß und zum Dank noch zum Oberschulrat befördert werden soll, ist mir nicht verständlich. Ich bin der Meinung, daß wir jüngere Parteigenossen als Schulräte haben, die verdient hätten, für K. befördert zu werden, und die durch ihren Aktivismus bewiesen haben, daß sie Nationalsozialisten sind und das nationalsozialistische Gedankengut auch in die Lehrerschaft hineintragen können. Sie können aber nicht befördert werden, weil keine Oberschulrat-Stellen frei sind.« Die Behörde wie auch die politische Leitung sprachen sich an-

gesichts der Leistungen Köhnes gleichwohl für die Beförderung aus, und zwar mit der Begründung – wie Schrewe vermerkte –, daß die Beförderung eines jüngeren Schulrats bedeuten würde, »daß man eine natürliche in der Leistung begründete Rangordnung auf den Kopf stellt«. ¹⁴⁴

Mit Beginn des Schuljahres 1944/45 im August 1944 betraf der »totale Kriegseinsatz« grundsätzlich auch die Schüler und Schülerinnen der obersten Klassen in den Höheren Lehranstalten. Diejenigen, die nicht als Luftwaffenhelfer oder zum Reichsarbeitsdienst bzw. zum Wehrdienst einberufen wurden, kamen vorwiegend in der Rüstungsindustrie zum Einsatz, z. T. aber auch in der Verwaltung. ¹⁴⁵ In Hamburg waren Schülerinnen der 8. Klassen, der Abschlußklassen der Oberschule, bereits seit Herbst 1943 im öffentlichen Dienst tätig. Diese Abiturientinnen wurden Ende Januar 1944 zurückgerufen, um sich auf ihre Abschlußprüfung vorzubereiten. Ihre Bewährung im »Kriegseinsatz« war im übrigen zugleich Teil der Abschlußprüfungen. Sie wurden durch Schülerinnen aus den 7., dann auch aus den 6. und 5. Klassen ersetzt, die besonders in der regionalen Verwaltung Verwendung fanden. ¹⁴⁶ Im übrigen wurden in den großen Ferien auch Lehrer zu Verwaltungsarbeiten herangezogen, allerdings – wie einige Stellen berichteten – außer in der Jugendarbeit nur mit wenig Erfolg. ¹⁴⁷

Darüber hinaus wurden dem öffentlichen Dienst ausländische Fremd- und Zwangsarbeiter – darunter Jugendliche, die noch nicht sechzehn Jahre alt waren, – sowie Kriegsgefangene als Aushilfskräfte zugewiesen. Sie waren vorwiegend in der Bauverwaltung sowie in der Verwaltung für wirtschaftliche Unternehmen und für Verkehrsangelegenheiten im Einsatz, fanden aber auch in der Gesundheits- und in der Sozialverwaltung Verwendung. Nach amtlichen Angaben arbeiteten im Januar 1943 insgesamt 443, im Juni 1944 1.065 Personen zwangsweise in der Gemeindeverwaltung. Die Zahl der tatsächlich bei den Hamburger Behörden und Ämtern insgesamt eingesetzten Fremd- und Zwangsarbeiter lag wohl noch erheblich höher. ¹⁴⁸

Hamburgs Verwaltung und die in ihr verbliebenen öffentlich Bediensteten hielten bis zum bitteren Ende durch. Nur einmal, während der Bombenkatastrophe im Sommer 1943, schien sich für kurze Zeit eine Art Verwaltungsnotstand einzustellen. Die Bomben vernichteten nicht nur zahlreiche zentrale und örtliche Dienststellen und zerstörten

Telefon- und Verkehrsverbindungen, sondern forderten auch unter den öffentlich Bediensteten etliche Opfer. Andere sahen sich durch Schäden im persönlichen Umfeld vorübergehend daran gehindert, ihren Dienst wiederaufzunehmen. Als Konsequenz daraus verpflichtete Kaufmann als Reichsverteidigungskommissar alle Beamten, Angestellten und Arbeiter darauf, bei und nach Fliegerangriffen auf Hamburg die Stadt grundsätzlich nicht zu verlassen, und forderte für diese Fälle ausdrücklich »militärische Disziplin und restlose Einsatzbereitschaft«; Versäumnisse sollten »mit Rücksicht darauf, daß die Pflichtverletzung während eines Notstandes erfolgt« sei, hart bestraft werden.¹⁴⁹ Kaufmann konnte sich auch noch in den Monaten zunehmender Desintegration der zentralen Institutionen im Reich in Hamburg auf die staatlichen Instanzen stützen. Ein Beamter der Finanzverwaltung resümierte im Rückblick seine Eindrücke und Erfahrungen: »Trotz der schweren Kriegszerstörungen in der Stadt und trotz der Ende des Krieges herrschenden schlechten Versorgungslage waren die Staats- und die Gemeindeverwaltung Hamburgs einschließlich der Finanzbehörde bis in die letzten Kriegstage intakt und voll funktionsfähig.«¹⁵⁰

4. Die nationalsozialistische Formierung des öffentlichen Dienstes

Daß die Front des öffentlichen Dienstes bis zum Schluß trotz allen aufkommenden Unmuts und zuweilen auch öffentlich geäußerter Kritik insgesamt geschlossen blieb, war nicht nur Ausfluß einer traditionellen Staatsloyalität, sondern auch Folge der intensiven Bemühungen der Nationalsozialisten, den öffentlichen Dienst ganz auf den nationalsozialistischen Staat und insbesondere auf dessen Führer zu verpflichten bis hin zu jenem Gelöbnis, das die Dienststellenleiter der Hamburger Verwaltung zu Beginn des Krieges abzulegen hatten: »Wir geloben, jedes Opfer zu bringen, das, wie auch immer und was auch immer, Führer und Vaterland von uns fordern«, sowie »unerschütterlich unserm Führer in letzter Treue zu folgen«.¹⁵¹

Bereits unmittelbar nach dem Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg und der erfolgreichen Volksabstimmung über die Vereinigung der beiden höchsten Staatsämter am 19. August 1934 hatte Hitler durch Gesetz vom 20. August nicht nur die Soldaten, sondern auch die öffentlichen Beamten per Diensteid auf seine Person verpflichtet.¹⁵² Diese personalisierte Treuepflicht war rechtlich keineswegs notwendig und sonst nur in Monarchien üblich. Dagegen sahen nationalsozialistische Staatsrechtler gerade darin die konstitutive »wesensbestimmende Kraft des öffentlichen Dienstes« im neuen »völkischen Reich«.¹⁵³ Der Beamte wurde eingeordnet in die Reihen derjenigen Institutionen, die »dem Führer durch Treueschwur besonders verbunden« waren, nämlich Wehrmacht und Partei. Neben diesen beiden bildete die Beamtenschaft nach der offiziellen Beamtenpolitik die dritte tragende Säule des nationalsozialistischen Staates.¹⁵⁴ In Umsetzung dieser Politik bekräftigte der Reichsinnenminister ein knappes halbes

Jahr später noch einmal, »daß fortan die Beamten, Behördenangestellten und -arbeiter den deutschen Gruß im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten – im Falle körperlicher Behinderung des linken – Armes und durch den gleichzeitigen deutlichen Ausspruch ›Heil Hitler‹ ausführen«, um dann fortzufahren: »Ich erwarte von den Beamten, Behördenangestellten und -arbeitern, daß sie auch im außerdienstlichen Verkehr in gleicher Weise grüßen.«¹⁵⁵ Bereits am 17. Juli 1933 hatte der Senat in zwei Schreiben an die Behörden allen Mitarbeitern zwei Anordnungen des Reichsinnenministers bekanntgegeben, die sich mit der Ausübung des Hitlergrußes beschäftigten. Danach sei es zum einen »allgemein Übung geworden, beim Singen des Liedes der Deutschen und des Horst-Wessel-Liedes« den Hitlergruß zu erweisen ohne Rücksicht darauf, ob der Grüßende Mitglied der NSDAP war oder nicht. Der Senat verwies »mit besonderem Nachdruck auf den vorletzten Satz des Schreibens«, der besagte: »Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitlergruß erweisen.« Zum anderen ordnete der Reichsminister des Innern einen Tag später grundsätzlich die Einführung des Hitlergrußes für alle öffentlich Bediensteten an, wobei die wörtliche Grußbezeugung »Heil Hitler« noch freigestellt war, was jedoch den Senat in seinem Begleitschreiben nicht daran hinderte, auch dieses zu verlangen.¹⁵⁶

Zweck dieser öffentlichen Bezeugungen war es nach offizieller Verlautbarung, dem Beamten damit das »höchst persönliche und unlösbare Treueverhältnis zum Führer stetig zum Bewußtsein zu bringen«.¹⁵⁷ Daß in manchen Fällen die Praxis noch nach Jahren anders aussah, machen die Ausführungen des NSDAP-Kreisleiters und Sonderreferenten in der Fürsorgebehörde Amandus Brandt deutlich, der auf einer Sitzung der Abteilungs- und Dienststellenleiter der gesamten Behörde im Herbst 1936 monierte: »In einigen Dienststellen sitzen noch Mitarbeiter, die die Anforderungen des Führers noch überhören. Wir müssen eine klare Entscheidung für den Führer verlangen. Der Gruß ist selbstverständlich ›Heil Hitler‹ in der Behörde.«¹⁵⁸ Dieses besondere Treueverhältnis zu Hitler fand schließlich auch Aufnahme in das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937. An oberster Stelle der Beamtenpflichten wurde die Treue gesetzt, die jeder Beamte bis zum Tode »dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes« zu

halten hatte (§ 4), sowie der unbedingte Gehorsam gegenüber allen dienstlichen Anweisungen (§ 7). Für die Angestellten forderte die »Vorläufige Dienstverordnung für die hamburgischen Staatsangestellten vom 15. April 1936«, die an die Stelle des Tarifvertrages vom 19. Oktober 1929 trat, ebenfalls ein persönliches Treuegelöbnis für den Führer und versagte demjenigen die Einstellung, der »nicht die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt«. ¹⁵⁹

Die besonderen Formen der Grußpflicht und des Treueides stürzten vor allem Anhörige einiger kleinerer Glaubensgemeinschaften in größte Bedrängnis, da sie diesen aus religiösen Gründen in der Regel nicht nachkommen konnten. Die Verweigerung hatte für Beamte jedoch zumeist die Entlassung zur Folge. Das galt z. B. für die Mitglieder der ohnehin seit Sommer 1933 verbotenen »Bibelforscher« (Zeugen Jehovas). In Hamburg wurden bereits 1933 nachweislich drei Angehörige dieser Glaubensgemeinschaft, ein Rathausdiener und zwei Mitarbeiter der Gesundheits- und Fürsorgebehörde, aus dem Dienst entfernt. ¹⁶⁰

Die innere Geschlossenheit des öffentlichen Dienstes sollte neben der persönlichen Bindung an den »Führer« von Anfang an gewährleistet werden durch die Mitgliedschaft und das tätige Engagement der Bediensteten in der NSDAP, in deren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden. Anlässlich des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933, mit dem die NSDAP zur »einzigen politischen Partei« in Deutschland erhoben worden war, hatte der Reichsinnenminister durch Rundschreiben vom 13. Juli 1933 an die obersten Reichsbehörden, die Reichsstatthalter und die Landesregierungen verkündigen lassen: »Eine wirksame Erziehung zum nationalsozialistischen Staatsgedanken ist [...] nur möglich, wenn die Beamten und sonstigen im öffentlichen Dienst beschäftigten Volksgenossen zu lebendiger Verbundenheit mit dem Volke und mit der Volksbewegung gelangen, die den heutigen Staat erkämpft hat, ihn gestaltet und trägt. Hierzu ist der Erwerb des Parteibuches weder erforderlich noch genügend. [...] Erforderlich ist in erster Linie die möglichst rege Beteiligung an den öffentlichen Kundgebungen, Versammlungen und sonstigen (auch kleineren) Veranstaltungen der NSDAP, von denen sich besonders die höhere Beamtenschaft in weitem Umfange zurückgehalten hat.« ¹⁶¹ Der Präses

der Landesjustizverwaltung in Hamburg, Senator Rothenberger, ließ diese Verlautbarung den Leitern aller Dienststellen mit dem mehr als deutlichen Zusatz versehen zugehen: »Der Nichtbesuch dieser Veranstaltungen wird als Unfreundlichkeit gegen den neuen Staat und als eine bewußte Ablehnung der nationalsozialistischen Bewegung angesehen.« Er forderte die Leiter auf, der Erziehung der ihnen unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeitern »nachhaltige Aufmerksamkeit« zu widmen.¹⁶² Der nationalsozialistische Staat begnügte sich also nicht mehr mit der formalen Loyalität seiner Bediensteten, er verlangte deren aktives Eintreten für den Staat und für die ihn tragende Partei.

Aufgefordert waren vornehmlich die höhere Beamtenschaft sowie die mittleren Beamten in leitenden Stellungen. Auch wenn es eine grundsätzliche Verpflichtung zur Mitgliedschaft in der NSDAP nicht gab, ließ die politische Führung in Hamburg keinen Zweifel daran, daß eine solche unbedingt erwünscht, zumindest aber eine Mitarbeit in Parteiorganisationen erforderlich sei. Auf einer Kundgebung der hamburgischen Lehrerschaft am 28. November 1933 zu »Ehren des Reichsstatthalters Kaufmann«, klärte der Geehrte die Anwesenden und die Öffentlichkeit darüber auf, was er von den Staatsdienern erwartete: »Wir Nationalsozialisten haben aus der Vergangenheit gelernt und sind durch unsere Kämpfe für unsere Überzeugung gewitzigt worden. Wir wissen, daß es keineswegs damit getan ist, wenn sich heute der Beamte aus Gründen der Disziplin und Zweckmäßigkeit äußerlich zum neuen Staat bekennt. Das haben wir in den letzten 25 Jahren zweimal erlebt: einmal in den Jahren 1914 bis 1918 und dann von 1918 bis 1933. In dieser kurzen Zeit sind zwei Staatsauffassungen zu Grabe getragen, sind zwei Systeme durch Revolutionen vernichtet worden. Und beide Male hat sich die deutsche Beamtenschaft bedingungslos auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt. [...] Das sage ich, damit nun im neuen Staat bei Ihnen keinerlei falsche Auffassung darüber herrschen soll, daß dieser Staat aus Gründen der Disziplin und Zweckmäßigkeit sich nicht begnügen wird mit der äußeren Gleichschaltung, sondern daß er aus den beiden historischen Beispielen gelernt hat. Er verlangt von den Trägern der Autorität des Staates, daß sie nicht nur äußerlich gleichgeschaltet sind und äußerlich den Staat bejahen, sondern daß sie sich der Mühe unterziehen, das Gedankengut, die Idee und das Ziel des neuen Staates zu stu-

dieren und zu erfassen.«¹⁶³ Kaufmann wurde in den folgenden Jahren nicht müde, diese Forderungen in öffentlichen Kundgebungen an die Beamtenschaft zu wiederholen. So erklärte er z. B. bei der Abschlußfeier zum zehnjährigen Bestehen der Hamburgischen Verwaltungsakademie am 18. Oktober 1936 in der Musikhalle unumwunden, »daß ein Sich-Heraushalten des Beamten aus der Politik, das Herausstellen einer falsch verstandenen ›Neutralität‹ gegenüber den Zielsetzungen und hohen Aufgaben des Nationalsozialismus heute bei der Beamtenschaft unter keinen Umständen geduldet werden könne«.¹⁶⁴

Somit blieben Mitgliedschaft und Mitarbeit in NS-Organisationen die wichtigsten Zeichen für politisches Wohlverhalten. Dementsprechend veröffentlichte z. B. das Hamburger Tageblatt am 13. Oktober 1936 unter der Überschrift »An den Pranger mit ihnen« u. a. die Namen von öffentlich Bediensteten, die angeblich »in unglaublicher und rücksichtsloser Weise das Aufbauwerk des Nationalsozialismus« sabotierten, weil sie keiner Parteiorganisation angehörten. Gauleiter Kaufmann wollte diesen Artikel ausdrücklich als »Schreckschuß« verstanden wissen, dem allerdings keine disziplinarischen Maßnahmen folgen sollten.¹⁶⁵ Insbesondere in der Polizei wurden die Beamten durch die Führung zur Mitarbeit in der nationalsozialistischen Bewegung gedrängt. So riefen z. B. die Kommandeure der Hamburger Schutzpolizei auf einer Tagung am 27. Februar 1936 ihre Beamten dazu auf, sich aktiv in der NSDAP zu engagieren.¹⁶⁶ Das sollte insbesondere für den Nachwuchs gelten, von dem gefordert wurde, daß er »durch die Schule der Partei gehen« müsse.¹⁶⁷ Im Herbst des gleichen Jahres machte Senator Richter die Folgen der Verschränkung von Staat und Partei für jeden einzelnen Bediensteten unmißverständlich deutlich: »Ich verlange von allen, die aus der Bewegung in die Behörden gekommen sind, daß sie sich für ihr Fortkommen das nötige Können aneignen. Ebenso muß ich von denen verlangen, die als Staatsdiener in der NSDAP keinen Ehrendienst verrichtet haben, daß sie dieses in der gleichen Weise nachholen. Das nationalsozialistische Leistungsprinzip läßt eine andere Regelung nicht zu.« Er beließ es nicht bei der allgemeinen Ankündigung, sondern forderte von allen Abteilungen, Listen zu erstellen über die Betätigung jedes Beamten, Angestellten und Arbeiters für die NSDAP, deren Gliederungen und angeschlossene Verbände. Die Listen waren jeweils vierteljährlich zu ergänzen.¹⁶⁸

Eine erste Bilanz zur gegenseitigen Durchdringung von öffentlichem Dienst und NSDAP nach knapp zweijähriger nationalsozialistischer Herrschaft erlaubt zumindest hinsichtlich der Beamtenschaft die offizielle Parteistatistik zum 1. Januar 1935.¹⁶⁹ Danach machten die Beamten, die allein an der Zahl der Erwerbspersonen in Hamburg einen Anteil von 5,1 % verzeichneten, 12 % der Parteimitglieder aus und waren unter den Politischen Leitern mit 13,2 % vertreten. Damit lag Hamburgs Beamtenschaft ein wenig hinter dem Reichsdurchschnitt. Die allermeisten Parteieintritte, nämlich 86,2 %, stammten aus der Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Dieser Trend, der – wenn auch nicht in diesem hohen Maße – reichsweit festzustellen war, veranlaßte die Kommentatoren der Partei-Statistik zur Aussage, daß »es sich zweifellos bei einem größeren Teil der Beamten und Lehrer um Konjunkturritter« handle, die deshalb der besonderen Beobachtung bedürften.¹⁷⁰ Insgesamt kann man davon ausgehen, daß bis Ende 1934 in Hamburg jeder fünfte Beamte und mindestens jeder vierte Lehrer Mitglied der NSDAP geworden war. In der Kriminalpolizei Hamburg gehörte jeder zweite Beamte der NSDAP an;¹⁷¹ im Lehrkörper der Hamburger Medizinischen Fakultät waren bis zum Sommersemester 1934 mindesten 46 % der NSDAP beigetreten,¹⁷² und unter Hamburgs Justizjuristen war bereits 1933 mehr als jeder zweite Mitglied der NSDAP (58 %) geworden.¹⁷³ Dagegen konnten Hamburgs NSDAP-Kreisleiter und -Ortsgruppenleiter in viel geringerem Maße in Positionen von Dienststellenleitern einrücken als ihre Kollegen in anderen NSDAP-Gauen. Das war bis zum 1. Januar 1935 von den 27 Kreisleitern nur Zweien, von den 140 Ortsgruppenleitern gerade acht gelungen, was zumindest darauf hindeutet, daß in Hamburg auf dieser Ebene eine Verschmelzung der Parteiämter mit entsprechenden Verwaltungsfunktionen selten stattfand. Vor allem hatten Pläne innerhalb der Parteileitung vom Sommer 1934, Kreisleiter in die Staatsverwaltung einzubauen, u. a. »um eine einwandfreie Personalpolitik zu gewährleisten«, keine Umsetzung gefunden.¹⁷⁴ Erst nach der Bombenkatastrophe vom Sommer 1943 sollten die Hamburger Kreisleiter auf Anordnung Karl Kaufmanns in ihren jeweiligen Kreisen zeitweilig zu Führern der neuen Bezirksverwaltungen auf-rücken, ohne jedoch diese Funktion vollständig wahrzunehmen.¹⁷⁵

Nach der begrenzten Öffnung der Partei für neue Eintritte im Jahre

1937 wies Kaufmann die Behördenleiter generell an, die ihnen unterstehenden Beamten und Angestellten aufzufordern, um eine Aufnahme in die Partei nachzusuchen.¹⁷⁶ Wie das im einzelnen vor sich ging, erläuterte eine Angestellte der Hamburgischen Finanzverwaltung im Dezember 1945: »Im September 1937 wurde ich mit mehreren Kolleginnen und Kollegen (ca. 40) zu Herrn Dr. Werdermann gerufen. Herr Dr. Werdermann hielt uns auf Grund einer Verfügung des Reichsstatthalters einen Vortrag, in welchem er uns erklärte, daß wir von der Behörde für die Partei vorgeschlagen seien und daß er von jedem von uns erwarte, daß er in die Partei eintritt. Er führte aus, daß Staat und Partei jetzt eins seien und jeder Staatsangestellte seine volle Arbeitskraft für den Staat einzusetzen habe und sich noch in irgendeiner Weise ehrenamtlich für die Partei bzw. ihre Gliederungen zur Verfügung stellen soll. Es wurde also sozusagen ein moralischer Druck auf alle Anwesenden ausgeübt. Wir bekamen jeder einen Aufnahmeantrag, welcher bereits in den nächsten Tagen bei der zuständigen Ortsgruppe abzugeben war.«¹⁷⁷ Der höchste Repräsentant der Justizverwaltung in Hamburg, Rothenberger, hatte sich schon im Mai 1937 schriftlich mit der Bitte an die Gerichtspräsidenten gewandt, »unverzüglich sämtliche Beamten und Angestellten ihres Dienstbereichs (auch diejenigen der ehemals preußischen Gebiete) zu befragen, ob sie einen solchen Aufnahmeantrag stellen« wollten. Wenngleich er sein Interesse daran erklärte, »daß möglichst viele Beamten und Angestellten von der sich jetzt bietenden Gelegenheit Gebrauch« machten, sollte doch »jedweder Druck« in dieser Richtung vermieden werden. Immerhin waren aber sämtliche Anträge bei ihm einzureichen.¹⁷⁸

Die Lehrer wurden zusätzlich der Bearbeitung durch ihren Landesverband NSLB ausgesetzt. Dessen stellvertretender Leiter, Oberschulrat Albert Mansfeld, forderte in einem Rundschreiben vom 16. Juni 1937 die Vertrauensleute in den Schulen auf: »Die folgenden Mitteilungen sind den Mitgliedern des Lehrkörpers in aller Eindringlichkeit bekannt zu geben: Nach dem vom Führer aufgestellten Grundsatz ›Partei und Staat sind eins‹ wird es künftig immer weniger verstanden werden, wenn ein Beamter nicht Mitglied ist. [...] Daher hat der Gauleiter die Absicht, alle hamburgischen Beamten zur Aufnahme in die Partei selbst vorzuschlagen, weil und soweit daran ein politisches Interesse vorliegt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß

sich jeder hamburgische Erzieher und Erzieherin [!] um die Aufnahme in der NSDAP bewirbt.«¹⁷⁹ Die Hamburger Lehrerinnen und Lehrer gaben diesem politischen Anspruch wie viele andere Beamte offenbar im großen Maße nach. Das Zeugnis von Alice Pollitz, bis 1933 Schulleiterin der Deutschen Oberschule auf dem Lübeckertorfeld, danach Lehrerin an verschiedenen Hamburger Schulen, mag für viele beispielhaft sein. Nach dem Krieg, am 6. September 1946, erläuterte sie ihre damalige Haltung: »Mir schien mit dem Eintritt in die Partei kein großer Unterschied einzutreten gegenüber der Lage, in der ich schon vorher als Beamter und Lehrer gewesen war. In meiner Unterrichtstätigkeit war ich dank meiner Fächer (Mathematik, Physik) ganz unbeeinflusst geblieben, in den äußeren Formen lebte ich schon seit 33 in Unwahrheit und Heuchelei (Heil-Hitler-Gruß am Anfang der Unterrichtsstunde, Teilnahme an nationalen Feiern mit Führer-Heil und Horst-Wessel-Lied). In der Praxis hat meine Parteizugehörigkeit auch keinerlei Änderungen gebracht, außer Beitragszahlungen und dem Besuch von im ganzen zwei Parteiveranstaltungen habe ich nichts mit der Partei zu tun gehabt. Da ich mit großer Liebe an meinem Beruf hänge, bin ich 33 im Amt geblieben, da wäre meines Erachtens der Zeitpunkt gewesen, nicht mitzumachen und auszuscheiden. Nach so vielen Kompromissen vorher habe ich 37 noch einmal nachgegeben und bin in die Partei eingetreten.«¹⁸⁰

Die politische Führung zeigte sich mit dem Ergebnis ihrer massiven Werbeaktion nicht völlig zufrieden. Der Reichsstatthalter hob zwar in seinen neuen, vertraulichen Grundsätzen für die künftige Personalpolitik vom 16. März 1938 im Sinne des neuen Deutschen Beamtengesetzes die Prüfung der früheren politischen Einstellung auf, allerdings nur für Staatsbedienstete, die inzwischen in die NSDAP aufgenommen worden waren, aber er bestimmte zugleich in einer bemerkenswerten Reihenfolge, daß entscheidend für Ernennung und Beförderung »die weltanschauliche Zuverlässigkeit, die restlose Erfüllung der allgemeinen Beamtenpflichten, die charakterliche Eignung und die dienstlichen Leistungen und Fähigkeiten« seien und bei gleichen Voraussetzungen der Staatsbedienstete den Vorzug erhalten sollte, »der nicht nur seine Pflichten im Dienst erfüllt, sondern darüber hinaus eine wesentliche Mehrbelastung durch wertvolle Arbeit in der Bewegung auf sich nimmt«.¹⁸¹ Kaufmann ging damit über das Beamtengesetz hin-

aus, das entgegen den ursprünglichen Absichten der NSDAP-Reichsleitung eine Gleichrangigkeit von dienstlichen Urteilen und politischen Beurteilungen nicht enthielt. Ein Jahr später trat der Reichsstatthalter mit einem Schreiben vom 15. Juni 1939 erneut an die Leiter der Verwaltungen und Ämter heran. Angesichts der Tatsache, daß ein großer Teil vor allem der weiblichen öffentlich Bediensteten immer noch nicht in der NSDAP oder in einer der Parteiorganisationen mitarbeitete, formulierte er seine Erwartung, daß die Beamtinnen, Lehrerinnen und weiblichen Angestellten im öffentlichen Dienst »sich für die praktische Sozialarbeit durch ihren Beitritt zur NS-Frauenschaft oder zum NS-Frauenwerk zur Verfügung stellen«, und forderte von den Amtsleitern Berichterstattung über die eingeleiteten Maßnahmen.¹⁸² Allerdings ist diese speziell die Frauen betreffende Mobilisierungsaktion bereits im Zusammenhang mit den zivilen Maßnahmen für den kommenden Krieg zu sehen.

Aus dem Vorhergehenden wird ersichtlich, daß – wenngleich es nicht zwingend notwendig war, der NSDAP beizutreten –, sich eine solche Zugehörigkeit in exponierten Stellen eventuell nur unter persönlichen Opfern vermeiden ließ, zumal seit Anfang 1938 alle Beamten, Angestellten, und Arbeiter im öffentlichen Dienst zur Vervollständigung ihrer Personalakten den vorgesetzten Dienststellen anzuzeigen hatten, ob sie der NSDAP, deren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden angehörten und welche Ämter sie darin wahrnahmen. Ebenso waren Zugehörigkeiten zum Reichsluftschutzbund, Deutschen Roten Kreuz, zur Technischen Nothilfe, zum Reichsbund der Kinderreichen und zu Sportvereinen und die Stellung in ihnen anzugeben.¹⁸³ Für Bewerber um eine Beamtenstelle galt seit Anfang 1939 eine neue Bestimmung, wonach sie »der Partei oder einer ihrer Gliederungen angehören oder angehört haben« mußten, was indessen zumeist mit der Zugehörigkeit zur Hitler-Jugend (HJ) belegt werden konnte.¹⁸⁴ Schärfer wurde reagiert, wenn ein Beamter aus der NSDAP austrat. Ohnehin unterstanden beamtete Parteimitglieder seit Dezember 1934 einer doppelten Strafgewalt, da das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1934 die Parteigerichte zu offiziellen Rechtsinstitutionen erhoben hatte. Einerseits unterstanden sie als Beamte dem Dienststrafrecht, das im Zuge des neuen Beamtengesetzes ebenfalls erneuert und vereinheitlicht wurde, andererseits als

Parteimitglied der Parteigerichtsbarkeit.¹⁸⁵ Nach einem Runderlaß des Reichsinnenministers vom 27. Februar 1936 war ein Parteiaustritt der obersten Dienstbehörde zu melden.¹⁸⁶ Diese stellte dann nach genauester Prüfung fest, ob der Betreffende noch Beamter bleiben konnte, jedenfalls aber mußte er mit einem Ausschluß von bevorzugten Beförderungen und mit einer Zurückstellung bei normalen Beförderungen rechnen. Den Fall des Polizeisekretärs H., der wegen finanzieller Probleme im Laufe des Jahres 1935 von der Partei vor die Entscheidung gestellt worden war, entweder die rückständigen Beiträge zu entrichten oder aus der Partei auszutreten, und zunächst seinen Austritt erklärt hatte, entschied der Reichsstatthalter persönlich am 7. Januar 1937: »Von einer Pensionierung H.s wird zunächst Abstand genommen. Dagegen ist H. in ein anderes Amt zu versetzen. Ferner ist H. für eine Beförderung nicht mehr in Aussicht zu nehmen. Weiter ist H. über das Unrichtige seines Verhaltens nochmals besonders zu belehren und darauf hinzuweisen, daß bei weiteren Vorkommnissen, die zu Beanstandungen Anlaß geben, sein Verbleiben im Staatsdienst ausgeschlossen ist.«¹⁸⁷ Die Ablehnung eines Gesuchs auf Aufnahme in die NSDAP sollte hingegen in der Regel ohne beamtenrechtliche Konsequenzen bleiben, solange die zuständige Parteidienststelle die Gründe für die Ablehnung der Verwaltung nicht direkt mitteilte.¹⁸⁸

Anpassungsdruck erzeugten auch etliche amtliche Sondermaßnahmen, selbst wenn sie in der höchsten Reichsleitung umstritten waren. So forderte z. B. der Reichsminister der Justiz auf Grund von Hinweisen, daß Beamte am 29. März 1936 angeblich »ohne triftigen Grund ihrer Wahlpflicht nicht nachgekommen« seien, die Oberlandesgerichtspräsidenten auf, festzustellen, ob in ihren jeweiligen Geschäftsbereichen der gleiche Vorwurf gegen Beamte der Justizverwaltung zu erheben sei. Zwar mußte er auf Intervention des Reichsinnenministers und des Stellvertreters des Führers die Aktion abbrechen, hielt aber daran fest, wenigstens gegen die bis dahin bekannt gewordenen Fälle auf Grund des § 6 des Berufsbeamtengesetzes und gegebenenfalls im Disziplinarwege vorzugehen. Hamburg meldete jedoch nur eine Fehlanzeige nach Berlin.¹⁸⁹ Ähnlich kontrollierend und Wohlverhalten erzeugend im Sinne nationalsozialistischer Politik wirkte wohl auch eine weitere Maßnahme desselben Reichsministers vom 22. April 1939. Wiederum ersuchte er die Präsidenten der Reichsgerichte sowie die Oberlan-

desgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, Ermittlungen anzustellen diesmal über die Kinderzahl der Reichsjustizbeamten am 1. Januar 1933 und am 1. Januar 1939 getrennt nach höherem, gehobenem, mittlerem und einfachem Dienst. Hamburgs Oberlandesgerichtspräsident kam dem in einer sorgfältig gestalteten Übersicht alsbald nach.¹⁹⁰

Daß Heirat und Kinderreichtum zumindest als mögliche Kriterien von Beamteneinstellung und -besoldung ins Auge gefaßt wurden, ließ der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, bereits ein Jahr zuvor in einer programmatischen Ansprache auf der Jahrestagung des Reichsbundes der Kinderreichen am 5. Juni 1937 in Frankfurt am Main, die tags darauf in den Tageszeitungen abgedruckt wurde, deutlich werden: »Es muß besonders von einem Volksgenossen, der für die Beamtenlaufbahn zugelassen worden ist, verlangt werden, daß er frühzeitig heiratet. Jeder Beamtenanwärter ist nach nationalsozialistischer Auffassung verpflichtet, allen anderen Volksgenossen auch in der Frage der frühzeitigen Familiengründung Vorbild zu sein. Es wird demnächst bestimmt werden, daß ohne Rücksicht auf das Dienstalster die Bezüge der höchsten Stufe gewährt werden, sobald der Beamte heiratet. [...] Ein junger Beamter, der unter solchen Bedingungen nicht bald nach bestandener Prüfung heiratet, ist nicht wert, in die Beamtenlaufbahn des nationalsozialistischen Staates endgültig übernommen zu werden.«¹⁹¹ Wenig später erging ein geheimer Runderlaß vom 14. Dezember 1937, in dem der Reichs- und Preußische Minister des Innern verfügte, daß Beamtenanwärter vor ihrer Anstellung und Beamte vor der Beförderung zu veranlassen seien, sich schriftlich darüber zu äußern, warum sie, falls ledig, noch nicht verheiratet, bzw. warum sie als Verheiratete noch kinderlos seien. Allerdings wurde der Erlaß nach nur einem halben Jahr wieder aufgehoben.¹⁹² Inzwischen hatte die hamburgische Kultur- und Schulbehörde bereits ihre Beamtenschaft nach Junggesellen durchforsten lassen. So erhielt der Lehrer Max M. über seine Schulleitung folgende Aufforderung vom 10. März 1938: »Gemäß Anordnung ersucht die Kultur- und Schulbehörde unter Hinweis auf die Bedeutung der Ehe sowie des Kinderreichtums für den Bestand und das Schicksal des deutschen Volkes um eine schriftliche Äußerung, warum Sie bisher nicht geheiratet haben und wann Sie zu heiraten gedenken.«¹⁹³

Dieser umfassende politische Druck auf den öffentlichen Dienst wurde von innen verstärkt durch das anmaßende Auftreten von Parteipolitikern als Vorgesetzte, Kollegen und sogar als Untergebene sowie durch deren parteipolitisch begründeten Anspruch auf Menschenführung, von außen durch die besondere Aufmerksamkeit, der vornehmlich die öffentlich Bediensteten durch Funktionäre der Partei unterlagen, wie die folgenden Beispiele belegen. Im Frühjahr 1935 genügte allein die Tatsache, daß ein Blockwart einen Oberregierungsrat bei der Sammlung für die Eintopfspende mehrfach in der Wohnung nicht angetroffen hatte und auch eine schriftliche Anfrage der Ortsgruppe unbeantwortet geblieben war, den Personalamtsleiter der NSDAP-Gauleitung, Karl Fromm, zu einer Anzeige beim zuständigen Hamburgischen Staatsamt zu veranlassen, in der er ausführte: »Wir sehen darin eine Sabotage einer Einrichtung des Führers, die m. E. unbedingt mit Entlassung bestraft werden muß, da es untragbar ist, daß ein höherer Staatsbeamter Einrichtungen des 3. Reiches bewußt mißachtet.«¹⁹⁴ Der Leiter des Landesfinanzamtes stellte sich in diesem Fall vor seinen Beamten, der u. a. auf den von ihm geleisteten, viel höheren Beitrag zum Winterhilfswerk in Form des sogenannten freiwilligen Gehaltsabzuges verweisen konnte.¹⁹⁵

Im Falle des Lehrers Hermann V., der 1933 aus seinem Amt als Leiter einer Volksschule entfernt und an eine andere Schule versetzt worden war, war es das Ausbleiben bzw. das nicht hinreichende Beflaggen, was schließlich für den Leiter der Ortsgruppe Hammer Park den Ausschlag zu einer Anzeige gab, die über den Kreisleiter schließlich an die NSLB-Gauleitung Hamburg gelangte. In der Anzeige wurde Beschwerde über das Verhalten und den Lebenswandel des Lehrers geführt, die »zu einem immer größeren Ärgernis« würden. »V. hatte bis vor kurzem niemals geflaggt, einer Bitte um einen Besuch in meiner Geschäftsstelle kam er nicht nach [...]. Der Bitte und später Aufforderung des Blockleiters kam V. nicht nach, indem er erklärte, daß er als Untermieter kein Recht habe, bei seiner Wirtin zu flaggen. Auf dringende Vorhaltungen des Blockleiters erklärte er ferner, früher sei es auch nicht Sitte gewesen zu flaggen, außerdem wüßte er gar nicht, was ihn veranlassen könnte zu flaggen (es handelte sich dabei um die Beflaggung anläßl. des *Führerbesuches*). Schließlich bequemte man sich, ein kleines Fähnchen am Balkongitter zu befestigen,

das der leiseste Wind in den Balkon hineinzuwehen pflegt. [...] V. ist verheiratet, Vater zweier Kinder, lebt aber von seiner Frau getrennt, da sich seine Frau nicht scheiden lassen will. Mit seiner Wirtin hat er bisher 3 uneheliche Kinder. Zur Eintopfspende gab V. Okt./März vorigen Jahres im *ganzen* RM –,20. Gibt es kein Mittel, um solchen ›Jugenderzieher‹ von dieser Tätigkeit, für die ihm bestimmt die moralischen Qualitäten fehlen, zu entfernen?«¹⁹⁶ Die daraufhin eingeschaltete NSLB-Kreisverwaltung stellte eigenständige Nachforschungen über das berufliche und private Vorleben und die aktuellen Tätigkeiten des Lehrers V. an. In der abschließenden Aussprache mit dem Betroffenen, der diesem nationalsozialistischen Verband seit dem 1. Mai 1933 angehörte, wies sie ihn darauf hin, »daß er als Beamter es nicht erst so weit hätte kommen lassen dürfen, zum Flaggen aufgefordert zu werden«. ¹⁹⁷

Weniger glimpflich verlief der Fall eines Behördenangestellten, über den die Harburger Anzeigen und Nachrichten im Juli 1938 berichteten. Dieser war wegen – wie es heißt – »hartnäckiger und geflistentlich zur Schau getragener Ablehnung aller im Dienste der Volksgemeinschaft getroffenen Maßnahmen« offenbar bei der vorgesetzten Dienststelle angezeigt und daraufhin fristlos entlassen worden. »In seiner Klage, mit der sich der Entlassene gegen die fristlose Entlassung gewendet hat, berief er sich u. a. darauf, daß der Beitritt zu den Organisationen der NSDAP und zur NSV freiwillig sei und daß er zwar nicht im Rahmen der NSV und des Winterhilfswerks, jedoch außerhalb derselben sich an christlicher Spendenarbeit beteiligt habe. Das Reichsarbeitsgericht hat diese Einwendungen für nicht stichhaltig erklärt und die fristlose Entlassung als berechtigt anerkannt.«¹⁹⁸

Untersuchungen zur politischen Formierung des öffentlichen Dienstes in Hamburg zeigen, daß dessen politische Ausrichtung zumindest formal nahezu vollständig war.¹⁹⁹ Nach einer Mitteilung des hamburgischen Senates von Ende 1947 hatten von den nach Durchführung der Entnazifizierung im öffentlichen Dienst verbliebenen insgesamt 5.599 Beamten der Bes.Gr. A4c2 und höher (d.h. vom Stadtinspektor aufwärts) 80,2 %, von den insgesamt 3.210 Angestellten der Verg.Gr. VIb TOA und höher (d. h. vom Angestellten im Innendienst aufwärts) 39,0 % der NSDAP angehört.²⁰⁰ Dabei ist zu berücksichtigen, daß bis zu diesem Zeitpunkt fast 24 % aller Beamten und

nahezu 20 % aller Angestellten bezogen auf den Personalbestand vom 1. Mai 1945 den öffentlichen Dienst aus politischen Gründen bereits hatten verlassen müssen, sei es, daß sie verhaftet, sei es, daß sie suspendiert oder entlassen worden waren.²⁰¹ Diese Maßnahmen der Entnazifizierung waren zunächst unter der ausschließlichen Regie der britischen Militärregierung erfolgt, die die Entfernung aus dem Amt allein vom Datum des Beitritts zur NSDAP und zu bestimmten NS-Organisationen – als Stichtag war zuerst der 1. April 1933 festgesetzt worden – bzw. von der Bekleidung eines hohen Ranges in denselben abhängig machte. Davon betroffen waren in der ersten Phase der Entnazifizierung (Mai 1945 bis Mai 1946) vornehmlich die Beamten und unter ihnen die höheren Beamten, unter denen relativ viele anzutreffen waren, auf die diese Ausscheidungsgründe in besonderem Maße zutrafen.

Insgesamt ist davon auszugehen, daß der Anteil der NSDAP-Mitglieder an der Beamtenschaft des öffentlichen Dienstes in Hamburg am Ende über 90 % gelegen hat.²⁰² Das wird in etwa bestätigt durch Auszählungen in einzelnen Behörden und Ämtern. So waren von den im September 1945 im Landesjugendamt noch tätigen Beamten aller Dienststufen knapp 94 % Mitglieder der NSDAP gewesen.²⁰³ Eine Liste des am 31. August 1945 im Ortsamt Winterhude beschäftigten Personals, um ein umfassendes Amt der Inneren Verwaltung zu wählen, zählte unter den Beamten des höheren und gehobenen Dienstes noch 95,5 %, unter denen des mittleren und einfachen Dienstes 85,2 %, insgesamt für die noch im Dienst befindlichen Beamten einen Anteil von 91,5 % an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern.²⁰⁴ Von den Beamten der Schutzpolizei sollen gleichfalls über 90 % der NSDAP angehört haben.²⁰⁵ Von den Justizjuristen, die in den Jahren 1933 bis 1945 in Hamburg länger als zwei Jahre amtiert hatten, gehörten insgesamt 85 % der NSDAP an, wohingegen der Anteil derjenigen, die aus Überzeugung der Partei fernblieben, gerade 5 % ausmachte.²⁰⁶ Untersuchungen über die Parteimitgliedschaften im Lehrkörper der Hamburger Universität ergaben, daß, bezogen auf die Zahl der nach den Maßnahmen des Berufsbeamtengesetzes verbliebenen Hochschuldozenten des Sommersemesters 1933, deutlich mehr als die Hälfte (56,3 %) NSDAP-Mitglieder waren oder geworden waren und bezogen auf sämtliche nichtjüdischen Hochschullehrer zwischen

1933 und 1945, in diesem Fall einschließlich der Assistenten, fast zwei Drittel (64,4 %). Im Lehrkörper der Medizinischen Fakultät machte ihr Anteil 1944 sogar mindestens 89 % aus.²⁰⁷

Diese Angaben können für die zur allgemeinen und inneren Verwaltung zählenden Sozialverwaltung auf der Grundlage des Handbuchs der Hansestadt Hamburg 1939, das im wesentlichen die Amts-, Abteilungs- und Dienststellenleiter namentlich aufführt, noch differenziert werden.²⁰⁸ Von den dort aufgeführten Oberbeamten und höheren Beamten waren zum Zeitpunkt der Erfassung Ende 1938 19 Mitglied der NSDAP von insgesamt 20, für die Unterlagen zur Verfügung standen. Von den 50 entsprechenden Vertretern der gehobenen Beamenschaft gehörten 46 der NSDAP an. Drei der Nichtmitglieder hatten höhere Ränge in der Freimaurerei bekleidet. Zwei von ihnen stellten nachweislich Anträge auf Aufnahme, die jedoch abgelehnt wurden. Nur ein einziger verzichtete offenbar bewußt auf einen Parteieintritt. Für die zu diesem Zeitpunkt 16 Leiter der örtlichen Kreisdienststellen lagen Unterlagen für 15 vor. Danach waren alle 15 inzwischen Parteimitglied geworden, ein Drittel bereits 1933, die übrigen 1937. Ähnliches galt für die den Kreisdienststellen zugeordneten leitenden Oberfürsorgerinnen. Für 14 von insgesamt 16 standen Unterlagen zur Verfügung. Danach gehörten alle 14 Ende 1938 der NSDAP an. Zwei von ihnen waren bereits 1933 der Partei beigetreten. Von sämtlichen nach der ersten Verhaftungs- und Entlassungswelle im Juni 1945 in der Sozialverwaltung verbliebenen 38 Amts- und Abteilungsleiter (einschließlich der Angestellten) hatten noch 32 der NSDAP angehört (=84,2 %), zwei Drittel davon seit 1937. Keines der Nichtmitglieder gehörte dem höheren Dienst an.

Umfassenden und endgültigen Aufschluß über das politische Engagement des Hamburger öffentlichen Dienstes in der NSDAP hätte u. a. ein vom Senat im Sommer 1953 angekündigtes »Weißbuch betr. Entnazifizierung« bringen können. Zu dessen Veröffentlichung ist es jedoch nie gekommen. In einem undatierten Entwurf einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft heißt es nur sehr pauschal, daß von den zum Zeitpunkt der Kapitulation in Hamburg beschäftigten Beamten »hoch gegriffen« nur 10 % nicht der NSDAP oder deren Gliederungen angehört hätten.²⁰⁹

Alle diese Zahlen machen eines deutlich: Auch bei der NSDAP in

Hamburg handelte es sich nicht um eine Kaderpartei, sondern um eine Massenorganisation.²¹⁰ Sie suchte anders als ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbänden alle wichtigen Gruppen in der Bevölkerung zu erfassen. Vor allem wollte die NSDAP die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in möglichst großem Umfang eingliedern. Sie war gleichwohl nicht die Kadenschmiede für die öffentliche Verwaltung, aus der heraus deren Stellen und Ämter besetzt wurden. Bei aller Einflußnahme auf Einstellungen und Beförderungen war die staatliche Personalpolitik in der Zuständigkeit der öffentlichen Verwaltung verblieben. Die NSDAP dagegen stellte eher ein besonders qualifiziertes Organ zur Kontrolle und Disziplinierung der öffentlich Bediensteten dar.

Die Zugehörigkeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden variierte verwaltungsspezifisch. Die Mitgliedschaft in den entsprechenden Fachverbänden, die insbesondere die weltanschauliche Schulung ihrer Mitglieder zum Ziel hatten, wie dem Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB) für die Justizjuristen, dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) für die Lehrer und Erzieher oder die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) für die Sozialbeamten und -angestellten, war fast obligatorisch, wurde abgefragt und erreichte Anteile von z. T. weit über 90 %. In Hamburg wurde dies nicht nur durch die Übersichtlichkeit eines vergleichsweise kleinen Stadtgaues begünstigt, sondern auch durch die Tatsache, daß die Leitungen dieser Organisationen nicht selten in den Händen der jeweiligen politischen Leiter oder höchsten Beamten der entsprechenden Verwaltungen lagen. So stand an der Spitze des NS-Rechtswahrerbundes der Senator für die Landesjustizverwaltung und spätere Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Dr. Curt Rothenberger. Der NS-Lehrerbund wurde geführt vom Landesschulrat Wilhelm Schulz, sein Stellvertreter war Albert Mansfeld, als Oberschulrat zuständig für die Personalverwaltung im Volksschulwesen. Der Gauamtsleiter für die NS-Volkswohlfahrt bis 1938 war Wilhelm von Allwörden, 1933 Senator der Wohlfahrtsbehörde und von 1936 bis 1938 wieder Aufsicht führender Senator über die Fürsorgebehörde, zwischendurch für die Verwaltung für Kulturangelegenheiten zuständig.

Das konnte dazu führen, daß die Dienstherren auch in Ver-

bandsangelegenheiten tätig wurden wie z. B. Rothenberger, der im März 1936 von einem Richter Mitteilung darüber erbat, »welche Hinderungsgründe Ihrer Aufnahme in den BNSDJ entgegenstanden«, und ihn nach einer ersten schriftlichen Antwort noch vorladen ließ.²¹¹ Der NSLB in Hamburg soll nach Auskunft seines Landesleiters Wilhelm Schulz allein im Jahr 1933 die Zahl seiner Mitglieder von ungefähr 100 auf 7.000 gesteigert haben, was vornehmlich auf die Eingliederung der wesentlichen Lehrerverbände zurückging. Immerhin wäre damit eine nahezu geschlossene Erfassung aller Lehrkräfte erreicht gewesen.²¹² Nach einer verbandseigenen reichsweiten Erhebung vom 1. Mai 1936 waren 97 % »der gesamten deutschen Erziehererschaft« Mitglied im NSLB.²¹³ Hamburgs Justizjuristen gehörten fast ausnahmslos dem Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund an, auch diejenigen, die den Eintritt in die NSDAP ablehnten, und es gab überhaupt keinen Angehörigen dieses Standes, der nicht wenigstens einer der drei Organisationen NSDAP, NSRB oder NSV angehörte.²¹⁴ In der allgemeinen und inneren Verwaltung waren bei den Männern vornehmlich Zugehörigkeiten zum Reichsbund der Deutschen Beamten, zur NSV und zum Reichsluftschutzbund, bei den Frauen zur Deutschen Arbeitsfront, zur Nationalsozialistischen Frauenschaft oder zum Deutschen Frauenwerk zu verzeichnen. So gehörten z. B. alle gehobenen Beamten, die im Handbuch der Hansestadt 1939 unter der Sozialverwaltung aufgeführt wurden und für die entsprechende Personalunterlagen zur Verfügung standen, nicht nur dem obligatorischen Reichsbund der Deutschen Beamten sondern auch der NS-Volkswohlfahrt an. Entsprechend waren alle in den Kreisdienststellen der Sozialverwaltung leitend tätigen Oberfürsorgerinnen Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Volkswohlfahrt, jeweils ein Drittel gehörte zusätzlich der NS-Frauenschaft bzw. dem Deutschen Frauenwerk an.

In der Regel wurden alle diese Verbände weniger von den politischen Zielsetzungen her als eher der berufsständischen Interessenwahrnehmung oder der inhaltlichen Aufgaben wegen akzeptiert. Der Reichsstatthalter hatte dem Beispiel Preußens folgend bereits am 8. Juni 1933 mittels Gesetz die Beamtenvertretungen aufheben lassen – erst eine Woche später folgte ein entsprechender Erlaß des Reichsministers des Innern – und damit der Mitwirkung der Bediensteten ein

Ende bereitet. Auch nach dem Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934 war eine wirksame betriebliche Partizipation in der Praxis kaum mehr möglich.²¹⁵

Die meisten der angeführten Mitgliedschaften, vor allem die in den angeschlossenen Verbänden, bedeuteten nicht unbedingt eine aktive Parteinahme für das nationalsozialistische Regime, sondern waren häufig Zeichen der äußeren Anpassung. Sie waren nach Verhängung der Aufnahmesperre für Parteieintritte die einzige Möglichkeit geblieben, formal politische Loyalität zu demonstrieren. Auch gingen von etlichen dieser Verbände nur geringe prägende Kräfte aus, was mit ihren begrenzten Zielsetzungen zusammenhing.²¹⁶ So hatte z. B. der Reichsbund der Deutschen Beamten sich jeder Einmischung in Personalangelegenheiten wie Fragen der Besoldung, Einstufung, Laufbahn und dergleichen zu enthalten und sich vornehmlich darauf zu beschränken, »seine Mitglieder zu vorbildlichen Nationalsozialisten zu schulen und zu erziehen« und »die Regierung in der Durchführung ihrer beamtenpolitischen Maßnahmen zu unterstützen«.²¹⁷ Die nationalsozialistische Vorläuferbewegung dieser im Herbst 1933 gegründeten Reichsorganisation hatte in Hamburg vor 1933 einen außerordentlich schweren Stand gehabt und war mehrfach mit ihren öffentlichen Veranstaltungen gescheitert. Nach 1933 allerdings setzte, gefördert durch die Übernahme zahlreicher Beamtenverbände, ein massiver Zustrom ein.²¹⁸ Über die konkrete Ausgestaltung der Schulungsarbeit der nationalsozialistischen Berufsverbände in Hamburg sowie über die Wirksamkeit der damit bezweckten ideologischen Indoktrination liegen eingehende Untersuchungen bisher nicht vor.²¹⁹ Im übrigen verloren diese Verbände während der Kriegsjahre weiter an Bedeutung und wurden schließlich zur Freimachung für zusätzliche Einberufungen im Laufe des Jahres 1943 gänzlich stillgelegt, wie z. B. im Frühjahr 1943 der NSLB und der Reichsbund der Deutschen Beamten.²²⁰

Schluß: Der öffentliche Dienst als Mittäterschaft?²²¹

Der öffentliche Dienst war auf Dauer einem vielseitigen, mehr oder weniger intensiven Gesinnungszwang und Formierungsterror ausgesetzt. Formalrechtlich begannen diese mit dem Berufsbeamtengesetz, setzten sich fort in zahlreichen Verordnungen und Erlassen zur Anstellung und Beförderung und mündeten ein in das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937. Diese Entwicklung kulminierte im Krieg schließlich in dem Beschluß des Großdeutschen Reichstags vom 26. April 1942, der dem »Führer« das uneingeschränkte Recht einräumte, nicht nur jeden Soldaten, jeden Beamten, Richter, Staatsangestellten oder -arbeiter, sondern schlechthin »jeden Deutschen«, »mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und bei Verletzung dieser Pflichten [...] ihn im besonderen ohne Einleitung vorgeschriebener Verfahren aus seinem Amte, aus seinem Rang und seiner Stellung zu entfernen«.²²² Verhaltensmäßig spiegelten sich die Zwänge wider in den zahlreichen Aufforderungen zu öffentlichen bekenntnishaften Bezeugungen, politischen Mobilisierungen und Spendenaktionen sowie deren offizieller Wahrnehmung und Überwachung. Dem politischen Konformitätsdruck war durch den Rückzug auf eine unpolitische Fachkompetenz nur selten auszuweichen, und er führte oft zu Konzessionen in bezug auf Einordnung in die parteipolitischen Formationen, offizielle Loyalitätsbekundungen und andere Rituale. Er machte aus den öffentlich Bediensteten quasi politische Beamte, deren Stellung und damit auch materielle Sicherung aus politischen Gründen stets zur Disposition standen. Er stellte somit ein wesentliches Instrument zur Kontrolle und Disziplinierung dar gegenüber einer trotz aller generellen und individuellen

nationalsozialistischen Ämterpatronage weitgehend intakt gebliebenen Verwaltung.

Die Hinwendung zur NSDAP und zu den Parteiorganisationen wurde nachträglich – wie die zahllosen Zeugnisse in den Akten der Entnazifizierungskommission zeigen – häufig mit ähnlichen Argumentationsmustern gerechtfertigt. Sie sei teils aus Sympathie für die neue Bewegung geschehen, von deren Entschlossenheit und Geschlossenheit man angeblich allein noch die Behebung der großen Not erhoffte, teils aus prinzipieller Loyalität, mit der sich vornehmlich viele Beamte dem Staat unverbrüchlich verbunden fühlten. So erklärte 1946 im Laufe seines Entnazifizierungsverfahrens der Amtmann Hans H. aus der Sozialverwaltung: »Mein Eintritt in die Partei im Sommer 1933 war das Ergebnis meines Eindrucks von der Not, in der sich unser deutsches Volk während der vorausgegangenen Jahre befand, und des Gedankens, daß diese Not durch eine einheitliche politische Führung gesteuert werden könnte.«²²³ Ähnlich argumentierte 1950 ein ehemaliger Hamburger Landgerichtsrat hinsichtlich seines frühen Beitrittes zur NSDAP: »Ich hatte die soziale Not gründlich am eigenen Leibe kennengelernt und fühlte die Verpflichtung, mich für ihre Beseitigung einzusetzen. Eine streng nationale Erziehung auf der anderen Seite [...] gab den weiteren Grund, in der Synthese Nationalismus-Sozialismus die besten Staatsgrundlagen zu erblicken.«²²⁴ Ein langjähriger Oberinspektor aus der Sozialverwaltung erklärte mit erkennbarem Stolz: »Ein wesentliches Merkmal des Staatsdieners war das Treueverhältnis, das den Staat und den Beamten verbunden hielt. Ich habe die Treue unter den verschiedenen Regierungsformen seit 1905 gehalten.«²²⁵ Größtenteils resultierte solches Verhalten indessen wohl auch aus der Angst, die mit Mühe aufgebaute Stellung zu verlieren, oder aus der Sorge, in der beruflichen Karriere benachteiligt zu werden. Ganz in diesem Sinne urteilte der im Amt verbliebene Schulrat Köhne am 12. Juli 1945 in einem Schreiben in Sachen Entnazifizierungsverfahren an seinen Senator Heinrich Landahl und den zuständigen britischen Erziehungsoffizier Major Shelton. »Wenn man bedenkt, daß der Gauwalter des NS-Lehrerbundes [Landesschulrat Wilhelm Schulz] und sein Vertreter [Oberschulrat Albert Mansfeld] in der Schulverwaltung maßgebende Vorgesetzte sämtlicher Schulräte, Direktoren, Rektoren, Studienräte und Lehrer waren, und als solche

auf deren Beförderung oder Zurücksetzung einen entscheidenden Einfluß hatten, dann wird man ermessen können, unter welchem Druck und Zwang damals der Eintritt in die Partei geschah.«²²⁶ Darüber hinaus zeichnete gleichfalls ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft, an bürokratischem Eifer und Funktionärsehrgeiz das Verhalten vieler im öffentlichen Dienst Tätigen aus. Und so mag das Urteil des Berufungsausschusses für die Ausschaltung von Nationalsozialisten vom 30. Juli 1947 bei seinem Beschluß über die Kategorisierung des früheren Stadtmratsrates Johann H., der wie die meisten seiner Kollegen 1937 der NSDAP beigetreten war, auch für viele andere Beamte gelten: »Bei seiner Vernehmung gibt H. zu, daß er sich weder mit Wort noch Tat gegen die Partei gewandt hat. [...] Besondere Aktivität für die Partei hat er jedoch nicht entfaltet. Er hat als Beamter stets das getan, was man von ihm verlangte.«²²⁷

Reichsstatthalter Karl Kaufmann hatte zwar seine nationalsozialistische Kamarilla in den hamburgischen Staatsapparat eingebaut und die öffentliche Verwaltung von politischer und fachlicher Partizipation weitgehend ausgeschlossen, doch blieb diese während der gesamten nationalsozialistischen Zeit in ihrem Kernbestand erhalten und in ihrer administrativen Funktion bis 1945 nahezu ungebrochen leistungsfähig. Es war somit der öffentliche Dienst und nicht die nationalsozialistischen Karrieristen und Korruptionsträger in ihm, der – eingebettet in einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens mit dem nationalsozialistischen Regime – das nationalsozialistische System funktionstüchtig erhielt. In welcher Weise allerdings die einzelne Verwaltung, der einzelne Beamte, Angestellte oder Staatsarbeiter ihre Aufgaben und Tätigkeiten wahrnahmen, muß Untersuchungen des Verwaltungshandelns einzelner Behörden und Ämter überlassen bleiben. Zugehörigkeiten zur Partei, zu den Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden allein sind dafür nicht aussagekräftig genug. Sie spiegeln eine Homogenität des öffentlichen Dienstes vor, die im einzelnen so nicht immer gegeben war. Sie geben kaum Aufschluß über die ideologische Tiefenwirkung des Nationalsozialismus und vermitteln nur selten etwas über die aktive Mitarbeit oder das parteipolitische Engagement. Bedeutsamer sind hingegen die Bekleidung von Leitungspositionen oder herausragende Tätigkeiten in Partei und Verwaltung.

Indessen deutet das Verwaltungshandeln der öffentlich Bediensteten zumindest darauf hin, daß sich die überwiegende Mehrheit weiterhin mit den Zielsetzungen ihrer jeweiligen Behörden und Ämter zu identifizieren vermochte. Es gab nicht wenige, die die Normen des demokratischen Rechtsstaates als Fesseln und die Pluralität der Meinungen als Last empfunden hatten und nun vermeinten, daß ihnen die neue Zeit mehr Möglichkeiten zu effektiverem und entschlossenerem Handeln eröffnete. So erklärte z. B. der langjährige Präsident der Hamburger Wohlfahrtsbehörde, Oskar Martini, am 9. August 1933 vor den Leitern seiner Behörde, daß nach dem Ausscheiden einer Reihe von führenden Mitarbeitern in der Leitersitzung nunmehr »eine bessere innere Geschlossenheit« zu verzeichnen sei und die vielfach sichtbare Gruppenbildung »einem von einheitlichem Willen und übereinstimmender Auffassung getragenen Führerstab Platz gemacht« habe.²²⁸ Daß der 1933 eingesetzte nationalsozialistische Leiter der Kriminalpolizei Wilhelm Purucker die »rücksichtslose Anwendung« der den Polizeibehörden nun in die Hand gegebenen neuen Machtmittel propagierte, verwundert nicht, aber auch seine Beamten zeigten sich außerordentlich zufrieden mit den ersten Ergebnissen und mit den durch die vorbeugenden Maßnahmen der Sicherheitsverwahrung und der Schutzhaft eröffneten Chancen. Diese ermöglichten es ihnen nach Ansicht des altgedienten Kriminaloberinspektors Harald Christensen, sich nunmehr voll auf ihre »vornehmste Aufgabe« zu konzentrieren«, nämlich die von den Nationalsozialisten propagierte »präventiv-polizeiliche Bekämpfung des Verbrechertums«.²²⁹

Darüber hinaus zeigen die widerspruchslose Hinnahme der personalpolitischen Säuberungen wie die weitgehend geschlossene politische Formierung, daß ein im öffentlichen Dienst möglicherweise vorhandenes Widerstandspotential von vornherein ausgeschaltet worden war und es danach kaum Ansatzpunkte zu seiner Neubildung gab. Wo sich danach Ablehnung zeigte, war diese eher diffus oder nur punktuell. Auch fortbestehender weltanschaulicher Dissens führte nicht zur Verweigerung des Dienstes. Das Bewußtsein der allermeisten Mitarbeiter war vielmehr davon geprägt, persönlich redlich und verwaltungsmäßig stets korrekt gegenüber jedermann und in jeglicher Angelegenheit gehandelt zu haben. So protestierte z. B. der Senatsdirektor Dr. Kurt Struve, der im Oktober 1945 auf Veranlassung der

britischen Militärregierung entlassen worden war, in seinem Einspruch vom 20. Juli 1946: »In der mir zugänglichen Umgebung habe ich nie Korruption und Scheußlichkeiten solcher Art erkennen können, wie sie jetzt im Ganzen gesehen – jegliches Vertrauen erschütternd – offenbar werden. In allen Jahren der NS-Herrschaft habe ich meine Ämter anständig und aufopferungsbereit geführt.«²³⁰ Struve war während des Krieges Leiter der Allgemeinen Verwaltung der Gesundheitsverwaltung und Vertreter des Senators und Beigeordneten Osterdinger und damit wissentlich mitverantwortlich für die Hamburger Krankentransporte in die Zwischen- und Tötungsanstalten der nationalsozialistischen »Euthanasie«. Ganz ähnlich argumentierte der Stadtmann Paul S., langjähriger Abteilungs- und Dienststellenleiter in der Sozialverwaltung und Mitglied der NSDAP seit Mai 1933: »Ich darf behaupten und kann beweisen, daß ich immer Haltung gezeigt und immer gerecht und objektiv gewesen bin, ohne auf Parteizugehörigkeit Rücksicht zu nehmen, zumal ich nur notwendigerweise Mitglied war. In letzterer Eigenschaft habe ich niemandem etwas angetan, weder im Dienst noch außer Dienst.«²³¹

Insgesamt zeigt sich hierin nicht nur ein erhebliches Maß an habituellem Konformität, wenn nicht gar an Kooperationswilligkeit, sondern zugleich die weite Verbreitung von Ausblendungsstrategien. Vornehmlich formale und administrative Kriterien bildeten die Grundlage für die eigene Einschätzung über das jeweilige Engagement für den Nationalsozialismus, was allerdings begünstigt wurde durch die formalistische Handhabung der Entnazifizierungsverfahren. Inhaltliche Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Politik und deren teilweise mörderischen Konsequenzen finden sich in den Entnazifizierungsakten nur ganz selten. Sie hätten sich eventuell auch als Belastung in dem eigenen Prüfungsverfahren auswirken können. Im nachhinein ermöglichte die sachgerechte Erfüllung von vermeintlich parteiungebundenen Staatsaufgaben den Beteiligten, sich darauf zurückzuziehen, auch in diesen Jahren anständig geblieben zu sein. Es kommt darin sowohl eine Uneinheitlichkeit der Lebenswirklichkeit im Dritten Reich als auch eine Gespaltenheit im Bewußtsein vieler zum Ausdruck.²³²

Diese Denk- und Verhaltensweisen der Funktionsgruppen auf der mittleren und unteren Ebene der Verwaltung trugen wesentlich dazu

bei, daß die nationalsozialistische Herrschaft eine relativ hohe Effizienz und Stabilität erreichte. Sie waren Teile eines großen Apparates, »funktionierendes Partikular« einer »rationalisierten totalen Daseinsmaschine«, womit Alfred Weber schon kurz nach dem Kriege die Phänomene totalitärer Herrschaft zu beschreiben suchte. »Oben in den herrschenden und leitend ausführenden Stellen diejenigen, die den hemmungslos angewandten Mittelapparat genau kennen und ganz bewußt formen, vielleicht, ja wahrscheinlich Fanatiker der Idee und des gepredigten Glaubens, vielleicht auch von bloßem Machtwillen erfüllt. Weiter unten die Angepaßten und Mithandelnden oder die bloßen ›Mitläufer‹, vielleicht auch gläubig in Urteilsabstinenz verharrend und vernebelt, vielleicht in einfacher Daseinsangst alles, auch das Widersprechendste, annehmend; vielleicht [...] zerquält und zermartert von der für sie dann entsetzlichen Unentrinnbarkeit ihres Daseins.«²³³ Letztendlich war die nationalsozialistisch formierte und gleichgeschaltete Gefolgschaft des öffentlichen Dienstes in Hamburg mit ihren einzelnen Verwaltungsspitzen nicht bloße Mitläuferschaft. Mit ihrem Verwaltungshandeln waren sie als Mithandelnde in Teilen zugleich eingebunden auch in die Vorbereitung und Durchführung nationalsozialistischer Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen.

Und die Bilanz dieser nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, zu der die öffentliche Verwaltung in Hamburg beitrug, sah folgendermaßen aus: Innere Verwaltung, Finanz- und Justizverwaltung waren mitverantwortlich zunächst für den »bürgerlichen Tod« der Hamburger Juden, bevor sie mithalfen, auch deren physische Vernichtung ins Werk zu setzen. Zehntausend Juden wurden unter Zurücklassung fast ihrer gesamten Habe aus Hamburg vertrieben. 1.500 jüdische Betriebe wurden zwangsenteignet, d. h. arisiert oder liquidiert. Annähernd 9.000 Juden wurden in den Osten deportiert und dort ermordet. Ihr Besitz und ihre Vermögen wurden erfaßt und »verwertet«. In Durchführung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenhygienepolitik »sortierten« Gesundheits- und Sozialverwaltung über 4.000 psychisch kranke Hamburger »aus«; sie wurden aus Hamburg abtransportiert, fast 2.700 wurden in Zwischen- oder Tötungsanstalten umgebracht. Die gleichen Verwaltungen stuften in Zusammenarbeit mit Hamburgs Erbgesundheitsgerichten mindestens 16.000 Hamburger als biologisch oder sozial »minder-

wertig« herab und ließen sie in Hamburger Krankenhäusern zwangssterilisieren. Mediziner des Hamburger Tropeninstituts erprobten im Februar 1942 neue Medikamente gegen Flecktyphus an KZ-Gefangenen in Neuengamme. Über 900 sogenannte Zigeuner, fast zwei Drittel Hamburger, wurden im Mai 1940 durch die Kriminalpolizei im Hamburger Hafen interniert und nach Polen ins sogenannte Generalgouvernement verschleppt; die Abwesenheitspflege für größere und wertvollere Teile des zurückgelassenen Eigentums übernahm das Amtsgericht. Zwei Jahre später wurden weitere 244 Zigeuner nach Auschwitz abtransportiert. Nur wenige sollten überleben. Die Arbeitsverwaltung in Hamburg vermittelte und betreute während der Kriegsjahre ca. 400.000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die in Hamburg im »Kriegseinsatz« waren, zeitweilig bis zu 80.000 zur gleichen Zeit. Hunderte von Hamburgern wurden aus politischen Gründen ins Gefängnis und als sogenannte Schutzhäftlinge in die frühen Hamburger Konzentrationslager Wittmoor und Fuhlsbüttel verbracht, in deren Verwaltung sich seit Dezember 1933 die Landesjustizverwaltung, die Gefängnisbehörde und die Staatspolizei teilten. Die Hamburger Kriminalpolizei ging in Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Fürsorgebehörde im großen Maßstab gegen die Prostitution vor und nahm allein 1933 über 1.500 »Inschutzhaftnahmen« vor. Im Dezember 1940 begann die Hamburger Gestapo damit, Einweisungen auch in das Konzentrationslager Neuengamme vorzunehmen, in dem über 50.000 Häftlinge ums Leben kamen. Zu den letzten Opfern gehörten am 21. und 23. April 1945 71 politische Gefangene aus Hamburg, zumeist Mitglieder von Widerstandsgruppen um die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe und um die Weiße Rose.

Tabellenanhang

Tabelle 1

Personalbestand der Behörden und Ämter Hamburgs 1933 – 1944²³⁴

| Jahr | Beamte | Angestellte | Arbeiter | zusammen |
|---------------------------|--------|-------------|----------|----------|
| 01.01.1933 | 17.251 | 12.042 | 13.480 | 42.773 |
| 01.04.1934 ⁽¹⁾ | 17.114 | 12.701 | 12.703 | 42.518 |
| 01.01.1935 | 15.450 | 12.689 | 12.715 | 40.854 |
| 01.01.1936 ⁽²⁾ | 11.878 | 11.114 | 10.179 | 33.171 |
| 01.01.1937 | 11.993 | 11.006 | 10.268 | 33.267 |
| 01.01.1938 ⁽³⁾ | 9.668 | 11.002 | 10.763 | 31.433 |
| 01.04.1939 ⁽⁴⁾ | 10.583 | 14.104 | 13.765 | 38.452 |
| 12.01.1943 | 9.037 | 15.846 | 10.802 | 35.685 |
| 01.05.1944 ⁽⁵⁾ | 6.934 | 12.922 | 6.319 | 26.175 |

- 1) Die Zahl der Angestellten erhöhte sich durch die Übernahme des Landschulwesens (383), des Philharmonischen Orchesters (132) und durch die Einstellung von zahlreichen Angestellten auf Sonderdienstvertrag.
- 2) Am 1. April 1935 wurde die Landesjustizverwaltung vom Reich übernommen und im gleichen Jahr ein Teil der kasernierten Ordnungspolizei in die Wehrmacht überführt. Die frühere staatliche Kaiverwaltung ging auf die Hamburger Freihafen und Lagerhaus-Gesellschaft über (für die Arbeiterzahlen).
- 3) 1937 ist der größte Teil der Polizei auf das Reich übergeführt worden. Polizeifremde Betriebe und Einrichtungen wurden anderen Behörden Hamburgs angegliedert.
- 4) Ab 1939 nach Abschluß der Groß-Hamburg-Maßnahmen und Neuordnung der Verwaltung nur die öffentlich Bediensteten der Gemeindeverwaltung, aber einschließlich der Gesundheitsverwaltung, der Schulverwaltung mit Lehrkräften und der Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten, ohne die zur Wehrmacht einberufenen oder sonstwie abgeordneten Kräfte.
- 5) Nach Neuordnung und Dezentralisierung der Verwaltung in Hauptverwaltungen, Ämter und Ortsämter im Herbst 1943.

Tabelle 2

Übersicht über die Zahl der auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bis zum 30. April 1934 ausgeschiedenen Beamten²³⁵

| Ausgeschieden waren zum Zeitpunkt | §§ 2/ 2a | § 3 | § 4 | § 5 | § 6 | insgesamt |
|---|----------|-----|-----|-----|-------|-----------|
| 31.05.1933 | 2 | 3 | 4 | 1 | 13 | 23 |
| 30.06.1933 | 8 | 19 | 60 | 2 | 23 | 112 |
| 31.07.1933 | 10 | 72 | 105 | 2 | 82 | 271 |
| 31.08.1933 | 13 | 79 | 122 | 2 | 212 | 428 |
| 30.09.1933 | 15 | 82 | 154 | 2 | 238 | 491 |
| 31.10.1933 | 19 | 83 | 160 | 2 | 257 | 521 |
| 30.11.1933 | 19 | 83 | 161 | 2 | 274 | 539 |
| 31.12.1933 | 19 | 83 | 164 | 2 | 301 | 569 |
| 31.01.1934 | 19 | 83 | 164 | 2 | 306 | 574 |
| 28.02.1934 | 19 | 83 | 165 | 2 | 311 | 580 |
| 31.03.1934 | 19 | 83 | 165 | 2 | 1.375 | 1.644 |
| 30.04.1934 | 19 | 83 | 165 | 2 | 1.382 | 1.651 |

Tabelle 3

Übersicht über die Zahl der auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Amt für Erziehung der hamburgischen Schulverwaltung bis zum 30. Juni 1938 ausgeschiedenen Beamten²³⁶

| | Gesamtzahl der im Amt befindlichen Beamten Stand Haushalt 1937 | ausgeschieden auf Grund | | | | | insges. | in % von 1937 |
|--|---|-------------------------|-----|-----|-----|-----|---------|------------------|
| | | §§ 2 / 2a | § 3 | § 4 | § 5 | § 6 | | |
| Schulaufsichtsbeamte | 14 | 0 | 0 | 5 | 6 | 2 | 13 | 92,9 |
| Lehrkräfte an öffentl. höheren Schulen | 905 | 2 | 16 | 5 | 0 | 110 | 133 | 14,7 |
| Lehrkräfte an öffentl. Volks- u. Mittelsch. | 4.288 | 5 | 36 | 18 | 0 | 454 | 513 | 12,0 |
| Lehrkräfte an öffentl. Berufs- u. Fachsch. | 845 | 1 | 13 | 6 | 0 | 45 | 65 | 7,7 |
| Verwaltungsbeamte | 111 | 0 | 0 | 1 | 0 | 7 | 8 | 7,2 |
| Insgesamt | 6.163 | 8 | 65 | 35 | 6 | 618 | 732 | 11,9 |

Tabelle 4

Zahl der seit der Kapitulation bis zum 1. Juli 1947 verhafteten, entlassenen oder suspendierten Beamten, Angestellten und Arbeiter bei der Hamburger Verwaltung und bei den dem Bürgermeister unterstellten Reichsbehörden (absolut und in % zum Personalbestand am 1. Mai 1945)²³⁷

| Zeitp./Art | Beamte höhere | gehobene | mittl. / einf. | insges. | Angest. VGr.III u. höher. | übrige | insges. | Arbeiter | Insges. |
|---------------|------------------|----------|----------------|---------|---------------------------------|--------|---------|----------|---------|
| P.best.1.5.45 | | | | 22.077 | | | 19.512 | 10.172 | 51.761 |
| 1.10.45 | | | | | | | | | |
| verhaftet | 111 | 47 | 60 | 218 | 12 | 35 | 47 | 3 | 268 |
| entl./susp. | 362 | 867 | 849 | 2.078 | 129 | 1.460 | 1.689 | 524 | 4.291 |
| insgesamt | 473 | 914 | 909 | 2.296 | 141 | 1.495 | 1.736 | 527 | 4.559 |
| in % | | | | 10,4 | | | 8,9 | 5,2 | 8,8 |
| 1.11.45 | | | | | | | | | |
| verhaftet | 74 | 54 | 74 | 202 | 13 | 38 | 51 | 7 | 260 |
| entl./susp. | 468 | 1.298 | 962 | 2.728 | 147 | 1.923 | 2.070 | 558 | 5.356 |
| insgesamt | 542 | 1.352 | 1036 | 2.930 | 160 | 1.961 | 2.121 | 565 | 5.616 |
| in % | | | | 13,3 | | | 10,9 | 5,6 | 10,8 |
| 1.2.46 | | | | | | | | | |
| verhaftet | 75 | 66 | 87 | 228 | 13 | 43 | 56 | 11 | 295 |
| entl./susp. | 600 | 1.939 | 1.670 | 4.209 | 228 | 2.750 | 2.978 | 618 | 7.805 |
| insgesamt | 675 | 2.005 | 1.757 | 4.437 | 241 | 2.793 | 3.034 | 629 | 8.100 |
| in % | | | | 20,1 | | | 15,5 | 6,2 | 15,6 |
| 1.3.46 | | | | | | | | | |
| verhaftet | 76 | 66 | 89 | 231 | 13 | 46 | 59 | 12 | 302 |
| entl./susp. | 614 | 1.981 | 1.719 | 4.314 | 236 | 2.932 | 3.168 | 687 | 8.169 |
| insgesamt | 690 | 2.047 | 1.808 | 4.545 | 249 | 2.978 | 3.227 | 699 | 8.471 |
| in % | | | | 20,6 | | | 16,5 | 6,9 | 16,4 |

| | | | | | | | | | |
|-------------|-----|-------|-------|-------|-----|-------|-------|-------|--------|
| 1.4.46 | 76 | 67 | 89 | 232 | 14 | 46 | 60 | 12 | 304 |
| verhaftet | 618 | 2.029 | 1.881 | 4.528 | 243 | 3.040 | 3.283 | 743 | 8.554 |
| entl./susp. | 694 | 2.096 | 1.970 | 4.760 | 257 | 3.086 | 3.343 | 755 | 8.858 |
| insgesamt | | | | 21,6 | | | 17,1 | 7,4 | 17,1 |
| in % | | | | | | | | | |
| 1.5.46 | 76 | 69 | 89 | 234 | 14 | 46 | 60 | 12 | 306 |
| verhaftet | 626 | 2.068 | 1.940 | 4.634 | 252 | 3.157 | 3.409 | 775 | 8.818 |
| entl./susp. | 702 | 2.137 | 2.029 | 4.868 | 266 | 3.203 | 3.469 | 787 | 9.124 |
| insgesamt | | | | 22,1 | | | 17,8 | 7,7 | 17,6 |
| in % | | | | | | | | | |
| 1.6.46 | 76 | 69 | 89 | 234 | 14 | 46 | 60 | 12 | 306 |
| verhaftet | 630 | 2.090 | 1.978 | 4.698 | 255 | 3.249 | 3.504 | 813 | 9.015 |
| entl./susp. | 706 | 2.159 | 2.067 | 4.932 | 269 | 3.295 | 3.564 | 825 | 9.321 |
| insgesamt | | | | 22,3 | | | 18,3 | 8,1 | 18,0 |
| in % | | | | | | | | | |
| 1.7.46 | 76 | 72 | 90 | 238 | 14 | 49 | 63 | 13 | 314 |
| verhaftet | 633 | 2.115 | 1.992 | 4.740 | 258 | 3.293 | 3.551 | 840 | 9.131 |
| entl./susp. | 709 | 2.187 | 2.082 | 4.978 | 272 | 3.342 | 3.614 | 853 | 9.445 |
| insgesamt | | | | 22,5 | | | 18,5 | 8,4 | 18,2 |
| in % | | | | | | | | | |
| 1.7.47 | 77 | 74 | 92 | 243 | 16 | 57 | 73 | 20 | 336 |
| verhaftet | 665 | 2.232 | 2.106 | 5.003 | 280 | 3.530 | 3.810 | 991 | 9.804 |
| entl./susp. | 742 | 2.306 | 2.198 | 5.246 | 296 | 3.587 | 3.883 | 1.011 | 10.140 |
| insgesamt | | | | 23,8 | | | 19,9 | 9,9 | 19,6 |
| in % | | | | | | | | | |

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu unten S. 64.
- 2 Vgl. vor allem Jörg Grotkopp, Beamten und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt a. M. u. a. 1992; Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930 – 1952. Hrsg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993; Michael Ruck, Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten, München 1996.
- 3 Vgl. Die Sozialdemokratie in der verfassungsgebenden Bürgerschaft. Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft von März 1919 bis Februar 1921. Hrsg. im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs, Hamburg 1921, S. 24 f.; allgemein Ursula Büttner, Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985, S. 77 – 84.
- 4 Max Brauer in der 13. Sitzung der Bürgerschaft am 1. Juli 1953, Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1953, Hamburg o. J., S. 551. – Zur Entnazifizierung in Hamburg vgl. Karin Werum, Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945 – 1950), Magisterarbeit Universität Hamburg 1988; Walter Tormin, Der schwierige Weg zur Demokratie. Politischer Neuaufbau in Hamburg 1945/46, Hamburg 1995, S. 62 – 67.
- 5 Erste Ausführungen zu diesem Thema veröffentlichte der Verfasser in dem Aufsatz »Hamburgs Verwaltung und öffentlicher Dienst im Dritten Reich« in der Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 82 (1996), bes. S. 190 – 208. – Allgemein vgl. u. a. Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966; Hans Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums, Köln u. a. 1980, S. 369 – 421; Günter Püttner, Der öffentliche Dienst, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 4. Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 1082 – 1098; Jane Caplan, Government without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany, Oxford 1988; Sigrun Mühl-Benninghaus, Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze, Düsseldorf 1996; sowie Bernd Wunder, Zur Geschichte der deutschen Beamtenschaft. Literaturbericht 1945-1985, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 256 – 277; Michael Ruck, Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert I und II, in: Neue Politische Literatur 42 (1997), S. 200 – 256 und 43 (1998), S. 67 – 112.
- 6 Vgl. dazu Uwe Lohalm, Hamburgs nationalsozialistische Diktatur. Verfassung und Verwaltung 1933 bis 1945, Hamburg 1997.
- 7 Vgl. Erlaß über die Amtsbezeichnungen der hamburgischen Gemeindebeamten ab 1. April 1938. Vom 1. April 1938, Hamburgisches Verordnungsblatt 1938, S. 9 – 34.
- 8 Siehe Tabelle 1.
- 9 Vgl. Verzeichnis der Rüstungsfirmen, denen Gefolgschaftsmitglieder der Ge-

meindeverwaltung der Hansestadt Hamburg zum Einsatz zur Verfügung gestellt worden sind, vom 7. September 1944, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Fasz. 11 / K12.

- 10 Zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und seiner Durchführung vgl. Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich* (1966), S. 39 – 61 und S. 151 – 165; Hattenhauer, *Geschichte des Beamtentums* (1980), S. 377 – 382; Caplan, *Government without Administration* (1988), S. 137 – 149; Grottkopp, *Beamten und Staatsformwechsel* (1992), S. 105 – 131; Mühl-Benninghaus, *Das Beamtentum in der NS-Diktatur* (1996), S. 17 – 93.
- 11 Vgl. Mitteilungen der Staatlichen Pressestelle vom 15. März, 6. April und 24. Juni 1933, Staatsarchiv Hamburg (StA Hbg), Staatliche Pressestelle I-IV, 3009, 3150 und 7655. – Lippmann wurde allerdings auf Grund § 4 des Berufsbeamtengesetzes entlassen, da er wegen seiner langjährigen Anstellung nicht nach § 3 entlassen werden konnte. Vgl. Leo Lippmann, *Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs*. Aus dem Nachlaß hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964, S. 620 – 625.
- 12 Regierungserklärung des Bürgermeisters Carl Vincent Krogmann vor der Bürgerschaft am 10. Mai 1933 (Auszug), abgedruckt in: *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933*. Hrsg. und kommentiert von Henning Timpke, Frankfurt a. M. 1964, S. 106 – 114, hier S. 108.
- 13 Artikel 128 der Reichsverfassung bestimmte: »Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.« Der Artikel 129 enthielt u. a. den Satz: »Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich.« Vgl. dazu Gerhard Anschütz, *Die Verfassung des Deutschen Reiches* vom 11. August 1919, 14. Aufl., Berlin 1933, S. 584 – 602.
- 14 Die Entscheidung über Entlassungen stand nach dem Reichsstatthaltergesetz vom 7. April 1933 allein dem Reichsstatthalter zu. Eine Delegation in Verwaltungswege bestand nicht. Dies war – wie in Preußen geschehen – nur durch ein besonderes Gesetz möglich. Vgl. Vertraulicher Bericht von Staatsrat Dr. Arnold Schultz zur Ministerbesprechung am 25. April 1933 über die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 27. April 1933 sowie Aktenvermerk des Reichsministers des Innern, Frick, über die Aussprache vom 25. April wegen des Vollzugs des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 25. April 1933, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja13.
- 15 Vgl. Erwin Garvens, *Material betr. die Entfernung von Dr. jur. Erwin Garvens aus dem Amt des Direktors des Rechnungsamts des hamburgischen Staates* Juli-November 1933, FZH, Fasz.11 / G1.
- 16 Vgl. Mitteilung der Staatlichen Pressestelle vom 30. Juni 1933 u. a. über die Entlassung von Lothar Danner, Carl Friederichs und des Polizeimajors Alfred Schulz, gleichfalls SPD-Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, nach § 4; StA Hbg, Staatliche Pressestelle I-IV, 7655; die Suspendierung der Majore der Schutzpolizei von Below und Fertsch, *Hamburger Nachrichten* vom 8. März 1933; sowie Verzeichnis der in den Ruhestand versetzten bzw. gekündigten Beamten in der Polizeibehörde o. D., StA Hbg, Staatsverwaltung, B III 7; vgl. auch Timpke, *Dokumente zur Gleichschaltung* (1964), S. 174 – 178.
- 17 *Nachrichtenblatt der Vereinigung der Oberbeamten der Ordnungspolizei*

- Hamburg Nr. 53 vom 16. März 1933, StA Hbg, Innere Verwaltung, A III 1a/b. – Bereits 1932 hatte die bis dahin eher nationalkonservative Vereinigung eine deutliche Hinwendung zum Nationalsozialismus vollzogen. Vgl. dazu Helmut Fangmann / Udo Reifner / Norbert Steinborn, »Parteisoldaten«. Die Hamburger Polizei im »3. Reich«, Hamburg 1987, S. 26–30.
- 18 Vgl. Werner Johe, Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg, Hamburg 1967, S. 65; Klaus Bästlein, Vom hanseatischen Richterturn zum nationalsozialistischen Justizverbrechen. Zur Person und Tätigkeit Curt Rothenbergers 1896 – 1959, in: »Für Führer, Volk und Vaterland ...«. Hamburger Justiz im Nationalsozialismus. Hrsg. Justizbehörde Hamburg, Hamburg 1992, S. 96 f.
 - 19 Gesetz betreffend Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 3. Mai 1933, Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1933, S. 128 f.; Johe, Die gleichgeschaltete Justiz (1967), S. 68 f.; Hans-Konrad Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates«. Richter und Staatsanwälte in Hamburg 1933 – 1945, in: »Für Führer, Volk und Vaterland ...«. (1992), S. 168 f.
 - 20 Vgl. Uwe Lohalm, Wohlfahrtspolitik und Modernisierung. Bürokratisierung, Professionalisierung und Funktionsausweitung der Hamburger Fürsorgebehörde im Nationalsozialismus, in: Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 394.
 - 21 Zu Schulz vgl. Klaus Saul, Lehrerbildung in Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerbildung, in: Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945. Hrsg. von Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer, Berlin / Hamburg 1991, Teil I, S. 385 – 387.
 - 22 Pressemitteilungen vom 18. März 1933 und 30. Juni 1933. StA Hbg, Staatliche Pressestelle I-IV, 7730. – Vgl. grundsätzlich zur Gleichschaltung der Schulen und der Schulverwaltung Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890 – 1935, Hamburg 1970, S. 361 – 372; Uwe Schmidt, Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999, S. 341 – 349.
 - 23 Hamburger Lehrerzeitung 12 (1933), S. 421 – 423, »Einführung der neuen Hamburger Schulleiter«; Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft (1970), S. 367 – 372; Wolfram Müller, Nationalsozialistische Schulpolitik und die Höhere Schule in Hamburg 1933 – 1939, Staatsexamensarbeit Universität Hamburg 1986, S. 27 f. u. 51 f.
 - 24 Vgl. Mitteilung der Landesunterrichtsbehörde vom 10. Juli 1933, FHZ, Fasz. 3776; Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft (1970), S. 367 f.; Schmidt, Aktiv für das Gymnasium (1999), S. 342 f.
 - 25 Vgl. Albert Mansfeld, Die Eingliederung des NSLB, Gau Hamburg, in die politische Organisation der NSDAP, in: Hamburger Lehrerzeitung 13 (1934), S. 393 – 395; sowie allgemein Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft (1970), S. 361-372; Saul, Lehrerbildung in Demokratie und Diktatur (1991), S. 382.
 - 26 Vgl. Schreiben Willy S. an Senator Nevermann vom 13. Dezember 1945 über

- seine damalige Tätigkeit als Leiter der Personalverwaltung in der Wohlfahrtsbehörde, StA Hbg, Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, AD 13280.
- 27 Vgl. Hartwig Fiege, Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann 1879 – 1956, Hamburg 1986, S. 72, 80 u. 94 f.; Hans-Peter de Lorent, Rädchen im Getriebe. Über die Schwierigkeiten der Hamburger Lehrerschaft, die Geschichte der Schule unterm Hakenkreuz aufzuarbeiten, in: »Die Fahne hoch«. Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz. Hrsg. Reiner Lehberger und Hans-Peter de Lorent, Hamburg 1986, S. 191 – 194.
- 28 Vgl. u. a. Hamburger Tageblatt, Nr. 248 vom 1. November 1932 bis Nr. 251 vom 4. November 1932, und Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1932, Hamburg o. J., S. 766 – 780.
- 29 Vgl. Notiz Krogmanns über die Staatsratssitzung am 14. Dezember 1933, Krogmann, Tagebücher, FZH, Fasz. 11 / K4.
- 30 Will gehörte der »Inspektion I – Marxismus« an. Vgl. Helmut Ebeling, Schwarze Chronik einer Weltstadt. Hamburger Kriminalgeschichte 1919 bis 1945, Hamburg 1980, S. 319 – 322; Gertrud Meyer, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente, Frankfurt a. M. 1971, S. 133.
- 31 Vgl. Kriminalpolizeileitstelle Hamburg, Personalstärke und namentliche Liste, Stichtag 1.1.1937, StA Hbg, Polizeibehörde I, 740. Vgl. allgemein Fangmann / Reifner / Steinborn, »Parteisoldaten« (1987), S. 45 – 47.
- 32 Vgl. Patrick Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 197; Fangmann / Reifner / Steinborn, »Parteisoldaten« (1987), S. 90.
- 33 Vgl. Vorschlagsliste für die Neuwahlen des Beamtenausschusses der Wohlfahrtsbehörde am 15. März 1933, Wahlvorschlag I, StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 15.25.
- 34 StA Hbg, Innere Verwaltung, A III 1a+b.
- 35 Ofterdinger an Senator Richter vom 9. März 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalakten, C 677.
- 36 Vgl. Schreiben Richters an die Präsidenten der Mittelbehörden vom 14. Februar 1934 sowie Ofterdingers an Fürsorgewesen vom 20. Februar 1934 und Rundschreiben des Reichsministers des Innern »Betrifft Mitarbeiter in den Personalstellen der Ämter« vom 10. Juli 1934, StA Hbg, Innere Verwaltung, A II 7a, sowie Sozialbehörde II, 011.41 – 3.
- 37 Ofterdinger an Krogmann vom 21. Juli 1934, StA Hbg, Innere Verwaltung, A IV 1a.
- 38 Persönliches Rundschreiben des Chefs der Ordnungspolizei vom 23. Mai 1933, FZH, Fasz. 343 – 02.
- 39 Siehe auch für das Folgende Tabelle 2.
- 40 StA Hbg, Senatskanzlei-Verwaltungsabteilung, B 14; vgl. Verzeichnis der auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 ausgeschiedenen Beamten, StA Hbg, Staatliche Pressestelle I – IV, 7655.
- 41 § 2 richtete sich gegen angebliche Parteibuchbeamte, die in das Beamtenverhältnis eingetreten seien, ohne die dafür vorgeschriebene Vorbildung oder eine »sonstige Eignung« zu besitzen. Das Ergänzungsgesetz vom 20. Juli 1933 (RGBl

- 1933 I, S. 518) präzierte in einem Zusatzparagraphen 2a die »sonstige Eignung« dahingehend, daß eine Betätigung im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne einer solchen Eignung grundsätzlich widerspreche. § 3 schrieb mit ganz wenigen Ausnahmen die Ruhestandsversetzung aller nichtarischer Beamten vor. Nach § 4 konnten Beamten entlassen oder pensioniert werden, wenn sie nicht die Gewähr dafür boten, »jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat« einzutreten. § 6 ermöglichte aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand.
- 42 Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1933/34. Hrsg. vom Statistisches Landesamt, Hamburg 1934, S. 124 – 127.
- 43 Aufstellung der Finanzverwaltung vom 12. Februar 1934 »Entlassung von Angestellten auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (§§ 2 – 4)«, StA Hbg, Finanzdeputation IV, BV IVA 7b.
- 44 Für Bremen vgl. die Angaben bei Herbert Schwarzwälder, Bremen in der NS-Zeit (1933 – 1945), (Geschichte der Freien Hansestadt Bremen Bd. 4), Hamburg 1985; S. 79 – 81; und Inge Marßolek / René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung. Unter Mitarbeit von Peter Brandt u. a., Bremen 1986; S. 120 und 466; für Lübeck Hinrich Dimpker, Die »Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«. Nationalsozialistische Personalpolitik in Lübeck, Kiel 1981; S. 40 und 133. In Hannover wurden nach bisherigen Untersuchungen bis zum Frühjahr 1934 nur 4 % der Beamten aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Vgl. Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Beiträge zur Ausstellung von Anke Dietzler u. a., Hannover 1981, S. 109 – 111; so noch Schreibrischtäter? Einblicke in die Stadtverwaltung Hannover 1933 bis 1945. Begleitheft zur Ausstellung. Bearb. von Wolf-Dieter Mechler und Hans-Dieter Schmid, Hannover 2000, S. 7. – Zusammenfassend Mühl-Benninghaus, Beamtentum in der NS-Diktatur (1996), S. 77 – 83.
- 45 Vgl. Senatsbeschluß vom 25. Mai 1934, Vermerk des Staatsamts vom 20. Juli (!) 1934 und Schreiben Ahrens an die Gesundheits- und Fürsorgebehörde vom 20. Juni (!) 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 31b.
- 46 Hamburgisches Staatsamt an Reichsminister der Finanzen vom 24. Dezember 1936, StA Hbg, Finanzdeputation IV, VuO IIA 1a XVII 8a.
- 47 Hauptverwaltung an Beigeordnete, Ämter und Verwaltungen vom 27. April 1938, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 31b.
- 48 Vgl. Beschluß des Reichsstathalters-Senat vom 11. März 1937; Vermerk Bollhorn vom 26. Mai 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 31b.
- 49 Schreiben des Hamburgischen Staatsamtes an Büro des Reichsstathalters vom 7. und 11. Dezember 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 13. – Zur allgemeinen und inneren Verwaltung zählten im einzelnen die Ämter Staatsamt, Rechnungsamt, Landherrenschaft ohne die Gemeinden und Gemeindeverbände, Staatsarchiv, Statistisches Landesamt, sowie die Behörden Gesundheitsbehörde, Jugendpflege- und Sportbehörde, Fürsorgebehörde, Polizeibehörde einschließlich der Standesämter, aber ohne die Polizeiexekutivbeamten.
- 50 Vgl. Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates« (1992), S. 168 f.
- 51 Wolfgang Kopitzsch, Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg. Bro-

- schüre zur Ausstellung »Keine Bilder des Vergessens – Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg« der Landespolizeischule in der Diele des Hamburger Rathauses vom 6. bis 27. Februar 1998. Hrsg. von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1998, S.13; gleichfalls in: Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im »Dritten Reich«. Hrsg. von Angelika Ebbinghaus und Karsten Linne, Hamburg 1997, S. 294. – Fangmann / Reifner / Steinborn, »Parteisoldaten« (1987), S. 44, schätzen, daß 1933 insgesamt über 3 % aller Polizeibeamten aus dem Dienst entfernt wurden.
- 52 Gustav Adolf Rein, Die Universität Hamburg als politische Universität, (Hamburg im Dritten Reich, Heft 2), Hamburg 1935, S. 10 f.
- 53 Siehe Tabelle 3.
- 54 Senator von Allwörden an Hamburgisches Staatsamt vom 22. März 1934, Landesunterrichtsbehörde an Medizinische Fakultät vom 6. April 1934, FHZ, 265; Vgl. auch Hendrik van den Bussche / Friedemann Pfäfflin / Christoph Mai, Die Medizinische Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945. Hrsg. von Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer, Berlin, Hamburg 1991, Teil III, S. 1261 f.
- 55 Noch im Mai 1945 führte Martini während einer Senatssitzung aus, »daß die Versetzung von Beamten in den Ruhestand nach Paragraph 6 des Berufsbeamtengesetzes im allgemeinen unter dem Gesichtspunkte der Verjüngung und Aufwertung des Beamtenkörpers erfolgt sei«. Senatsprotokoll vom 25. Mai 1945, zitiert nach Walter Tormin, Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1994, S. 31.
- 56 StA Hbg, Finanzdeputation IV, BV IVA 7b.
- 57 Vgl. Protokoll einer Besprechung zwischen dem Regierenden Bürgermeister, den Senatoren, Staatssekretär Ahrens, den Präsidenten und Vizepräsidenten am 16. März 1934 über die Durchführung der Verfügung des Senats Nr. 33 vom 5. März 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja IIa 71; Krogmann, Tagebücher, FZH, Fasz. 11 / K5.
- 58 Vgl. Schultz, Zusammenstellung von Oberbeamten, die von ihren Behörden beurlaubt sind und deren Weiterbeschäftigung im hamburgischen Staatsdienst zur Ersparung von Pensionslasten versucht werden sollte, o. D. [1933], StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 13.
- 59 Das Berufsbeamtengesetz erfuhr während seiner Geltungsdauer sechs Veränderungsgesetze, sieben Durchführungsverordnungen, sechs Änderungsverordnungen zur Zweiten Durchführungsverordnung. Vgl. Mühl-Benninghaus, Das Beamtentum in der NS-Diktatur (1996), S. 33 – 38.
- 60 Rundschreiben des Regierenden Bürgermeisters vom 4. Oktober 1934, StA Hbg, Finanzdeputation IV, BV IV H 76.
- 61 Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung (1964), S. 174 – 176. Zu Streckenbach vgl. Michael Wildt, Der Hamburger Gestapochef Bruno Streckenbach. Eine nationalsozialistische Karriere, in: Hamburg in der NS-Zeit (1995), S. 93 – 123.
- 62 Vgl. Martini an Offerdinger vom 17. September 1934, StA Hbg, Sozialbehörde II, 011.30-2.
- 63 Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935. Hrsg. Der Organisationsleiter der NSDAP, Bd. I, München o. J., S. 246 – 248.

- 64 Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933, vgl. auch die Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten vom 14. Oktober 1936, RGBl 1933 I, S. 433 – 477; 1936 I, S. 893 – 896.
- 65 Deutsches Beamtenengesetz vom 26. Januar 1937, RGBl 1937 I, S. 39 – 70; Das deutsche Beamtenengesetz mit Durchführungsvorschriften und Beispielen für die Praxis. Erläutert von Hanns Seel, 2., erg. u. erw. Aufl., Berlin 1939. – Vgl. auch Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums (1980), S. 402 – 406; Grotkopp, Beamten und Staatsformwechsel (1992), S. 143 – 153; Mühl-Benninghaus, Das Beamtentum in der NS-Diktatur (1996), S. 135 – 185.
- 66 Ernst Rudolf Huber, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2., stark erw. Aufl., Hamburg 1939, S. 448.
- 67 Die zweite Durchführungsverordnung zum Berufsbeamtenengesetz dehnte dessen Anwendung auf die Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und Kommunen aus, die dritte Durchführungsverordnung bestimmte den Geltungsbereich innerhalb der Berufskategorien und definierte die Begriffe »Frontkämpfer« und »national unzuverlässig«. – Zur Ausschaltung der jüdischen ehrenamtlichen Pfleger und Pflegerinnen in der Wohlfahrtsbehörde vgl. Uwe Lohalm, Fürsorge und Verfolgung. Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialistische Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942, Hamburg 1998, S. 12 f.
- 68 Schumann an Krogmann vom 4. August 1933 mit Abschrift seines Einspruches an den Senat vom 3. Juli 1933, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933, Ja 13. Vgl. auch FZH, Fasz. 12 / Sch.
- 69 Neuer Präsident der LVA wurde am 11. April 1933 der Direktor des Lübecker Landesjugendamtes und Jugendamtes, Dr. Gottlieb Storck. Vgl. FZH, Fasz. 12 / St.
- 70 Allgemeine Ortskrankenkasse Hamburg / Personal-Abteilung an Hamburgisches Staatsamt vom 12. Juni 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 13; vgl. Frank Pieper, Die Krankenversicherung 1933 – 1939 unter besonderer Berücksichtigung der AOK Hamburg. Kontinuität und Wandel einer sozialpolitischen Institution im nationalsozialistischen Deutschland, Magisterarbeit Universität Hamburg 1998.
- 71 Vgl. Runderlaß des Reichsinnenministers vom 12. Juli 1933, dessen Gültigkeit – allerdings unter zeitweiliger Abänderung der Prozentsätze – mehrfach verlängert wurde, u. a. Rundschreiben des Staatsamts/Toepffer vom 15. Oktober 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1932 Lc 12; Polizeibehörde I, 1165; Caplan, Government without Administration (1988), S. 170 f.
- 72 Diese Regelung wurde noch im Dezember 1933 auf alle Mitglieder ausgedehnt, deren NSDAP-Mitgliedskarten bis zum 30. Januar 1933 ausgestellt waren. Vgl. Rundschreiben des Hamburgischen Staatsamtes vom 17. Dezember 1933, in dem ein entsprechender Runderlaß des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung bekanntgegeben wurde. StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 10.22.
- 73 Verfügung Ahrens' vom 6. Juni 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Lc 11. – Dagegen schien der Sonderaktion in Berlin weit größerer Erfolg beschieden, wo bis Juni 1934 etwa 90 % der »alten Kämpfer« in Stellungen gebracht waren. Vgl. Mühl-Benninghaus, Beamtentum in der NS-Diktatur (1996), S. 100.

- 74 StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 18.24.
- 75 StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 36/1.
- 76 Rundschreiben vom 31. Juli 1934, FZH, Fasz. 912 – 1.
- 77 Vgl. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 29. April 1935, der unmittelbar auf eine Anordnung Hitlers zurückging. Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung (MBliV) 1935, Sp. 640 – 642, und Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich (1966), S. 68 f. – Nach einem Bericht des Hamburgischen Staatsamtes an den Reichsminister des Innern vom 4. Februar 1936 waren danach in Hamburg nur insgesamt 32 Nationalsozialisten in Beamten- und Beamtenanwärterstellen gebracht worden. (StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1935 Lc 18). Davon waren allein 12 bei der Kriminal- und Staatspolizei angestellt worden. Staatsamt an Senator der Inneren Verwaltung vom 11. November 1935, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 78 Vgl. Schreiben Toepffers an Senator Ahrens vom 1. August 1935, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1935 La 28.
- 79 Vgl. Verfügung des Senats vom 15. Juni 1934 sowie die Verfügungen Ofterdingers und Martinis vom 19. bzw. 20. Juni 1934, StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 18.19.
- 80 Vgl. Nachweisung der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die als Angehörige der NSDAP und ihrer Gliederungen nach der Machtergreifung in den hamburgischen Staatsdienst übernommen worden sind, vom September 1934 und vom 30. Juli 1935, StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 10.22 und PA 18.24.
- 81 Vgl. Fangmann / Reifner / Steinborn, »Parteisoldaten« (1987), S. 48.
- 82 Verwaltungsbericht der Stadt Altona für das Rechnungsjahr 1936. Hrsg. im Auftrag des Oberbürgermeisters vom Archiv der Stadt Altona, Altona 1938, S. 11. – In Hannover hatte die Stadtverwaltung bis zum Frühjahr 1934 über 800 »alte Kämpfer« eingestellt, auch hier zumeist als Arbeiter und Angestellte in unteren Positionen, Das entsprach rund 10 % des damaligen Personalbestandes. Vgl. Hannover 1933 (1981), S. 112.
- 83 StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. I. Vgl. auch Schreiben des Leiters des NSDAP-Gauamtes für Beamte, Robert Krebs, an Kaufmann vom 2. März 1933, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. 8; allgemein Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich (1966), S. 70 ff. Der Erlaß ist dort abgedruckt S. 170 f.
- 84 Ahrens an Kaufmann vom 6. März 1934 mit einem »Verzeichnis derjenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bisher zum 5. März ausgezeichnet worden sind«, sowie Staatsamt an Büro des Reichsstatthalters vom 15. Juni 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. I; vgl. Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung (1964), S. 174 f.; Ebeling, Schwarze Chronik einer Weltstadt (1980), S. 320 – 322.
- 85 Kaufmann an Staatsamt vom 22. Mai 1934; vgl. auch die beiden Schreiben des Staatsamtes an das Büro des Reichsstatthalters vom 25. April und 15. Juni 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. I.
- 86 Hamburger Nachrichten Nr. 93 vom 24. Februar 1934.
- 87 Vgl. Rundschreiben der Behörde für Technik und Arbeit an alle Hauptdienststellen vom 19. Mai 1935 und Rundschreiben des Hauptverwaltungsamtes an die Ämter und Verwaltungen vom 16. Mai 1938, StA Hbg, Baudeputation, B 17, und Sozialbehörde I, PA 18.24.

- 88 NSDAP-Gauleitung an Staatsamt vom 20. Mai 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 36/2. – Das monatliche Mindesteinkommen eines Politischen Leiters im Range eines Ortsgruppenleiters sollte danach RM 300,- betragen. Vgl. auch Übersicht über das beim Landkreise Hamburg tätige hauptamtliche und ehrenamtliche Personal, das mit Fürsorgeaufgaben betraut ist, vom 11. August 1937, StA Hbg, Sozialbehörde I, StA 26.23.
- 89 Vgl. Staatsamt an Fürsorgebehörde vom 3. und 26. Februar 1938, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. 12; Rundschreiben Reichsstatthalter an Leiter der Verwaltungen und Ämter vom 9. April 1938, StA Hbg, Sozialbehörde II, 032.20 – 2. – Letztere Maßnahme ging u. a. zurück auf einen Runderlaß des Reichsinnenministers vom 19. November 1937, mit der die Sonderaktion endgültig abgeschlossen werden sollte. Vgl. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich (1966), S. 68 f. und S. 177 ff.
- 90 StA Hbg, Staatliche Pressestelle I – IV, 7730.
- 91 Kommando der Schutzpolizei an Staatsamt vom 16. Oktober 1936 und Übersicht über vorliegende Ernennungsvorschläge vom 20. Oktober 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 92 Toepffer/Staatsamt an Fürsorgewesen vom 5. Oktober 1934, StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 18.24.
- 93 Stellungnahme des Rechnungshofes vom 26. Juni 1934, vgl. auch Ofterdinger an Richter vom 11. Juni 1934 und Senatsverfügung vom 9. Juli 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ma 3/5.
- 94 Vgl. Staatsamt/v.d. Fecht an Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei vom 19. Januar 1938 mit Verweis auf zwei Erlasse des Reichsfinanzministers vom 26. Mai 1936 und 9. März 1937, StA Hbg, Staatsamt, 23, vgl. auch Fürsorgebehörde an Staatsamt vom 9. Dezember 1937, StA Hbg, Sozialbehörde I, PA 18.24.
- 95 Krogmann an Richter vom 23. Oktober 1933, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 96 T. war 1922/23 Mitglied des Wehrverbandes »Rolandia« gewesen und zum 1. Juli 1930 der NSDAP und der SA beigetreten. Am 20. September 1934 hatte er sich an den Reichsstatthalter mit der Bitte um »eine leichte Stellung im Büro eines Staatsbetriebes« gewandt. Vgl. T. an Büro des Reichsstatthalters vom 20. September 1934, Kommando der Schutzpolizei an Polizeiherrn vom 17. Oktober 1934 und an Karl. T. vom 22. November 1934, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja IV 47.
- 97 Schreiben des Adjutanten des Senators an den Präsidenten der Gesundheits- und Fürsorgebehörde vom 13. März 1935, StA Hbg, Innere Verwaltung, A IV 1b
- 98 Schwiesow an Staatsamt vom 6. April 1935, vgl. Ofterdinger an Staatsamt vom 8. April 1935 und Ahrens an Reichsstatthalter vom 11. April 1935, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1935 Ma 1/44.
- 99 Martini an Ofterdinger vom 18. April 1935, StA Hbg, Sozialbehörde II, 030.22 – 2.
- 100 Richter an Staatsamt vom 6. Februar 1936 und Senatsbeschluß vom 20. Februar 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 101 Vgl. allgemein Frank Bajohr, Hamburgs »Führer«. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900 – 1969), in: Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen. Hrsg. Frank Bajohr / Joachim Szodrzynski, Hamburg 1995, S. 67 – 70.

- 102 Tegeler an Senator Ahrens vom 15. Februar 1935 und Senatsbeschuß vom 27. Juni 1935, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 658.
- 103 Zitiert nach Frank Bajohr, Nationalsozialismus und Korruption, in: *Mittelweg* 36, 7 (1998), Heft 1, S. 67 f.
- 104 Die Nazikorruption in Hamburg. 1. Bericht des von der Bürgerschaft am 8. März 1946 niedergesetzten Ausschusses zur Prüfung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Untersuchung nationalsozialistischer Korruptionsfälle. Informationsblätter der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Nr. 2, Hamburg 1946, S. 24 f.
- 105 Zur Praxis der politischen Beurteilung vgl. u. a. Dieter Rebentisch, Die »politische Beurteilung« als Herrschaftsinstrument der NSDAP, in: *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*. Hrsg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981, S. 107 – 125.
- 106 Vgl. Sammlung von Befähigungsberichten für Beamte des gehobenen Dienstes, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 374.
- 107 Vgl. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern (RuPrMdl) vom 13. April 1938 »Bekanntgabe von politischen Beurteilungen an Beamte«, MBliV 1938, Sp. 653.
- 108 Landesunterrichtsbehörde an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 6. Januar 1936, FZH, Fasz. 3776.
- 109 Vgl. Schulverwaltung der Gemeindeverwaltung an Schul- und Hochschulabteilung der Staatsverwaltung vom 13. November 1940, FZH, Fasz. 3776.
- 110 Bemerkungen v. d. Fechts zu den eingereichten Beförderungsvorschlägen der Behörden, o. D.; Staatsamt, Übersicht über die z. Zt. vorliegenden Ernennungsvorschläge vom 18. November 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. 12.
- 111 Hamburgisches Staatsamt an Reichsstatthalter und Mitglieder der Landesregierung vom 18. April 1935, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 31b.
- 112 Staatsamt, Übersicht über die z. Zt. vorliegenden Ernennungsvorschläge vom 18. November 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1934 Ja 7, Bd. 12.
- 113 Übersicht über vorliegende Ernennungsvorschläge vom 20. Oktober 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 114 Richter an Staatsamt vom 26. August 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 115 Zitiert nach Fangmann / Reifner / Steinborn, »Parteisoldaten« (1987), S. 48.
- 116 Staatsamt an von Allwörden vom 30. September 1937 sowie Stellungnahme des Oberschulrates Oberdörffer vom 6. Oktober 1937, FZH, Fasz. 3776.
- 117 Ersuchen des Senats vom 17. März 1933, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 10.
- 118 Erwin Schütze, Beamtenpolitik im Dritten Reich, in: Dr. Wilhelm Frick und sein Ministerium. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern Dr. Wilhelm Frick am 12. März 1937 hrsg. von Hans Pfundtner, München 1937, S. 60. Vgl. auch *Hamburger Tageblatt* Nr. 70 vom 12. März 1937, »Kein Beamter darf bei Juden kaufen«.
- 119 Schreiben des Oberbürgermeisters von Wandsbek, Ziegler, an Staatsamt vom

6. Oktober 1937 und Vermerk Toepffers vom Staatsamt vom 25. Oktober 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 265.
- 120 Vgl. Vermerk Toepffer vom 4. März 1934; Büro des Reichsstatthalters an Staatsamt vom 17. Juli 1935, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 1b; die entsprechenden Erlasse des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 10. Juli 1935, vom 2. September und 7. Dezember 1936 sowie vom 22. April und 28. Juni 1937, MBliV 1935 I, Sp. 888a; 1936 I, Sp. 1186 ff. und 1627 ff.; 1937 I, Sp. 646 f. und 1626 ff.; sowie Helmut Neuberger, Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918 – 1945, Hamburg 1980, Bd. 2, S. 119-145; Ralf Melzer, Konflikt und Anpassung. Freimaurerei in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Wien 1999, S. 199 – 204; Grotkopp, Beamten und Staatsformwechsel (1992), S. 147 ff.
- 121 Übersicht über vorliegende Beförderungsvorschläge (1936) vom 23. Januar 1936 und Vermerk vom 23. Oktober 1936, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 742.
- 122 Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 6. Juni 1939 »Zugehörigkeit von Beamten zu Freimaurerlogen, anderen Logen oder logenähnlichen Organisationen«, MBliV 1939, Sp. 1258 – 1264.
- 123 Schreiben des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung, Frick, an die Obersten Reichsbehörden vom 20. Mai 1940, abgedruckt in: Juristinnen in Deutschland. Eine Dokumentation (1900 – 1984). Hrsg. Deutscher Juristinnenbund, München 1984, S. 167 – 169.
- 124 Vgl. Mitteilung der Landesunterrichtsbehörde vom 10. Juli 1933, FHZ, Fasz. 3776; Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft (1970), S. 367 f.; Schmidt, Aktiv für das Gymnasium (1999), S. 342 f.
- 125 Vgl. Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933, RGBI 1933 I, S. 433 – 477. Diese die weiblichen Beamten diskriminierenden Bestimmungen fanden auch Eingang in das Deutsche Beamtengesetz. Die gesetzliche Minderung der Rechtsstellung der weiblichen Beamten hatte allerdings schon im letzten Jahr der Weimarer Republik eingesetzt.
- 126 Heher an Mansfeld vom 7. August 1937 sowie undatierte handschriftliche Liste von zu ersetzenden Schulleitern, FZH, Fasz. 966 – 2.
- 127 Vgl. Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten vom 28. Februar 1939, RGBI 1939 I, S. 371 – 376; sowie Juristinnen in Deutschland (1984), S. 19 – 21.
- 128 Martini an Hauptverwaltungsamt vom 22. Mai 1943, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 660, Bd. II.
- 129 Vgl. Schreiben der Gesundheitsbehörde an das Staatsamt vom 28. Juni 1937 und Schreiben des Reichsstatthalters an das Staatsamt vom 15. September 1937 sowie Niederschrift über die Verwaltungsberatung vom 26. Juni 1937 betreffend Beschäftigung von § 4-Leuten vom 24. Juli 1937, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 36/2 sowie 36 UA 1.
- 130 Vgl. Schreiben des Reichsinnenministers an den Reichsstatthalter vom 11. Oktober 1938, des Reichsstatthalters an das Staatsamt vom 19. November 1938 und Rundschreiben des Reichsinnenministeriums vom 20. Juni 1939, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 36/1.

- 131 Bekanntmachung des Reichsstatthalters vom 10. November 1938, Amtlicher Anzeiger, 1938, S. 893 f.; Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts und Erlaß des Reichsministers des Innern über die Meldung von Ruhestandsbeamten, RGBl 1939 I, S. 1603 f. und 1604 f.
- 132 Vgl. Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft vom 15. Februar 1938 sowie die entsprechende Durchführungsanordnung vom 23. Dezember 1938, Reichsarbeitsblatt 1938 I, S. 46, und 1939 I, S. 48; sowie Jill Stephenson, *Women in Nazi Society*, London 1975, S. 103 f.
- 133 Vgl. Erhebungen über die Beschäftigten des Geschäftsbereichs des Reichsministeriums des Innern / Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 480.
- 134 Vgl. Listen über die bei den Ämtern und Verwaltungen erfolgten Einberufungen zum Heeresdienst und sonstigen Einberufungen aus Anlaß des Krieges, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 319.
- 135 Vgl. u. a. Schreiben der Sozialverwaltung an Hauptverwaltungsamt vom 28. August 1939, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 660, Bd. I.
- 136 Vgl. Schmidt, *Aktiv für das Gymnasium* (1999), S. 408.
- 137 Schulverwaltung an Hauptverwaltung-Personalamt vom 11. April 1944 betr.: Verluste der Schulverwaltung an Lehr- und Verwaltungspersonal infolge der Terrorangriffe auf Hamburg im Juli v. Js., StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 483.
- 138 Die rechtliche Grundlage bildeten entsprechende Führererlasse vom 25. Januar 1942 über »die weitere Vereinfachung der Verwaltung« sowie vom 13. Januar 1943 über den »umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung«. In ersterem heißt es u. a.: »Die Verwaltung muß sich weitgehend mit älteren männlichen Arbeitskräften und Frauen behelfen. [...] Urlaub und Freizeit kommen nur soweit in Frage, als sie zur Erhaltung der Arbeitskraft des Einzelnen unbedingt nötig sind.« StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 464. – Zu den beiden Erlassen vgl. Dieter Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939 – 1945*, Stuttgart 1989, S. 463 – 470, 475 – 480.
- 139 Nachrichtenblatt für die Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg. Hrsg. von der Allgemeinen Verwaltung, Nr. 6 vom 13. Februar 1943.
- 140 Erlaß des Reichskommissars für den Verteidigungsbezirk Hamburg vom 3. Mai 1944, Nachrichtenblatt für die Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg Nr. 15 vom 20. Mai 1944.
- 141 Niederschrift über die Leitersitzung am 26. August 1941, StA Hbg, Sozialbehörde I, VG 24.38.
- 142 Vgl. dazu Martini an Reichsstatthalter vom 24. Februar 1940, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 660, Bd. I; sowie 2. Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 9. Oktober 1942, RGBl 1942 I, S. 580; und Anordnung über die weitere Erhöhung der Mindestarbeitszeit im öffentlichen Dienst während des Krieges vom 7. September 1944, RGBl 1944 I, S. 192, sowie Nachrichtenblatt der Gemeindeverwaltung Nr. 24 vom 30. September 1944; vgl. auch Günter Püttner, *Der öffentliche Dienst* (1985), S. 1096 ff.
- 143 »Beförderung von über 65jährigen Beamten«, Nachrichtenblatt für die Ge-

- meindeverwaltung der Hansestadt Hamburg Nr. 12 vom 22. April 1944. – Vgl. auch Zweite Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 3. Mai 1940 und vom 9. Oktober 1942, RGBl 1940 I, S. 732 – 735, und 1942 I, S. 580-584.
- 144 Zitiert nach Fiege, Fritz Köhne (1986), S. 94 f.; vgl. auch Unterredung Fritz Köhne mit Dr. H. Schottelius am 20. September 1955, FZH, Fasz. 3772.
- 145 Anordnung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 1. September 1944, in: Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945. Hrsg. von Hermann Schnorbach, Königstein / Ts. 1983, S. 173 f.
- 146 Vgl. Nachrichtenblatt für die Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg Nr. 4. vom 30. Oktober 1943, Nr. 7 vom 27. November 1943, Nr. 8 vom 11. Dezember 1943 und Nr. 9 vom 1. April 1944.
- 147 Vgl. u. a. Niederschrift über die 23. Beiratssitzung der Schulverwaltung am 29. Juni 1942, Auszug, FZH, Fasz. 3773, II.
- 148 Zusammenstellung der am 1.4.1939 bzw. 12.1.1943 im Dienste der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg einschließlich Betriebe befindlichen nicht zur Wehrmacht einberufenen oder sonst abgeordneten Kräfte sowie Übersicht über Beschäftigte des Geschäftsbereichs des Reichsministeriums des Innern der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg am 1.6.1944, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 480. – Vgl. die Studie von Friederike Littmann über Zwangsarbeiter und Kriegswirtschaft in Hamburg, die 2002 erscheint wird.
- 149 Erlaß Kaufmanns vom 20. September 1944, in: Nachrichtenblatt für die Gemeindeverwaltung Nr. 26. vom 1. November 1944.
- 150 Vgl. Hans-Joachim Bohnsack, Hamburg unter britischer Besatzung (1945 – 1950). Eindrücke und Erfahrungen aus der Arbeit in der Hamburger Finanzbehörde, Hamburg 1995, S. 14.
- 151 Verwaltungsamt/Koch an alle Dienststellenleiter vom 5. September 1939, StA Hbg, Sozialbehörde II, 011.31-5.
- 152 Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 20. August 1934, RGBl 1934 I, S. 785. Im § 2 Abs. 1 heißt es: »Der Dienst der öffentlichen Beamten lautet: »Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.« Der entsprechende Passus in der Verordnung über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 2. Dezember 1933 lautete noch: »Ich schwöre: Ich werde Volk und Vaterland Treue halten, Verfassung und Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.« RGBl 1933 I, S. 1017.
- 153 Huber, Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches (1939), S. 406 f. – Reichsinnenminister Frick nahm in seiner Rundfunkansprache am 27. Januar 1937 zur Verkündung des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937 ausdrücklich Bezug auf das Allgemeine Preussische Landrecht von 1794, das die Bestimmung enthielt: »Die Beamten sind, außer den allgemeinen Untertanenpflichten, dem Oberhaupt des Staates besondere Treue und Gehorsam schuldig.« Berliner Börsen-Zeitung Nr. 45 vom 28. Januar 1937. – Vgl. grundsätzlich Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums.

Herausgegeben von Edmund Brandt. Mit einer Einleitung: Beamtentum und demokratischer Verfassungsstaat von Hans Mommsen, Karlsruhe / Heidelberg 1976.

- 154 Vgl. die Ausführungen von Hermann Neef, Hauptamtsleiter und Reichswalter des Reichsbundes der Deutschen Beamten »Das neue deutsche Beamtentum«, die mit dem Bekenntnis schließen: »Die Gemeinschaft des Eides aber stellt auch dem Beamten eine besonders verpflichtende Aufgabe, mag er nun Parteigenosse sein oder nicht: Amt: Nicht mehr nur Beruf, sondern Gesinnung; Berufslehre: Treue zum Führer; Beamter: Gefolgsmann; das ist der tiefste Sinn des neuen deutschen Beamtentums!«, Hamburger Tageblatt Nr. 86 vom 27. März 1936. Vgl. auch Fricks Ausführungen auf der zweiten Reichstagung der deutschen Beamten am 8. Mai 1939 in Frankfurt am Main: »In enger Kameradschaft ergänzen sich die drei Säulen Partei, Beamtenschaft und Wehrmacht.« Hamburger Tageblatt Nr. 127 vom 9. Mai 1939.
- 155 Der Runderlaß des RuPrMdl vom 22. Januar 1935 wurde den Leitern der Verwaltungszweige, Behörden und Ämter am 5. Februar 1935 vom Senat zur Bekanntgabe bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern übersandt. FZH, Fasz. 265.
- 156 Schreiben des Senats an alle Behörden jeweils vom 17. Juli 1933 zur Bekanntgabe der Schreiben des Reichsministers des Innern vom 12. Juli 1933 und vom 13. Juli 1933, sowie Mitteilung der Staatlichen Pressestelle vom 18. Juli 1933, StA Hbg, Baudeputation, B 17, sowie Staatliche Pressestelle I – IV, 7730.
- 157 Erwin Schütze, Beamtenpolitik im Dritten Reich (1937), S. 60.
- 158 Niederschrift über die Zusammenkunft der Abteilungs- und Dienststellenleiter der gesamten Fürsorgebehörde am 5. Oktober 1936, StA Hbg, Sozialbehörde I, VG 10.10.
- 159 Vgl. Vorläufige Dienstverordnung für die hamburgischen Staatsangestellten vom 15. April 1936, Hamburg 1936.
- 160 Vgl. Reichsminister des Innern an die Obersten Reichsbehörden, die Landesregierungen und Reichsstatthalter vom 11. Juni 1934, Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I 1933/34, Bd. 2, Boppard am Rhein 1983, S. 1321 f.; Detlef Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im »Dritten Reich«, München 1993, S. 159 – 167.
- 161 StA Hbg, Senatskanzlei-Präsidialabteilung, 1933 A66.
- 162 Rundschreiben des Landgerichtspräsidenten an alle Dienststellen vom 4. August 1933, FZH, Fasz. 265. – Zugleich verwies Rothenberger noch einmal auf seine Verfügung vom 22. Juli 1933, mit der er den Runderlaß des preußischen Ministers des Innern, Hermann Göring, vom 11. Juli 1933 über die Verbreitung des Gedankengutes der nationalsozialistischen Bewegung in der Beamtenschaft bekanntgemacht hatte. Dessen Geltung wurde mit Runderlaß vom 27. Oktober 1933 auch auf die Angestellten und Arbeiter ausgedehnt. Vgl. MBliV 1933, Sp. 807 – 810, 1301 f.
- 163 Hamburger Lehrerzeitung 12 (1933), S. 645 – 648, »Kundgebung zu Ehren des Reichsstatthalters Kaufmann«, hier S. 646; vgl. auch Hamburger Fremdenblatt Nr. 330 vom 29. November 1933, »Die Schule im neuen Staat«.
- 164 Hamburger Nachrichten Nr. 291 vom 19. Oktober 1936, »Politische Neutralität wird nicht mehr geduldet«.
- 165 Vgl. Richter an den Verbindungsreferenten Dr. Becker vom 20. Oktober 1936

Anmerkungen

- mit handschriftlichem Vermerk vom 26. November 1936, StA Hbg, Innere Verwaltung, A II 7b.
- 166 Vgl. Fangmann/Reifner/Steinborn, »Parteisoldaten« (1987), S. 89.
- 167 Erfahrungsbericht über die Einstellungen des Wachtmeistersatzes des Kommandos IIb / Querner an Himmler vom 19. November 1936, StA Hbg, Polizeibehörde I, 615.
- 168 Erlaß Richters vom 14. Oktober 1936, StA Hbg, Polizeibehörde I, 615.
- 169 Vgl. Partei-Statistik (1935), Bd. I, S. 26, 104; Bd. II, S. 31, 184, 206, 304, 306; Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Hamburg am 16. Juni 1933. Nachtrag zum Statistischen Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1933/34. Hrsg. vom Statistischen Landesamt, Hamburg 1935, S. 20 f.; sowie allgemein Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 2. Aufl., München 1971, S. 252 – 254; Jürgen W. Falter, Die »Märzgefallenen« von 1933. Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 595 – 616.
- 170 Partei-Statistik I (1935) Bd. I, S. 75.
- 171 Vgl. Kriminalpolizeileitstelle Hamburg, Personalstärke und namentliche Liste, Stichtag 1.1.1937, StA Hbg, Polizeibehörde I, 740.
- 172 Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät. Hrsg. Hendrik van den Bussche, Berlin / Hamburg 1989, S. 163.
- 173 Vgl. Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates« (1992), S. 173 f.
- 174 Unterredung zwischen Krogmann, Kaufmann und Ahrens am 21. August 1938, Krogmann, Tagebücher, FZH, Fasz. 11 / K5.
- 175 Vgl. Lohalm, Hamburgs nationalsozialistische Diktatur (1997), S. 32 ff. – Zur Besetzung der Bezirksleitungen in anderen deutschen Ländern vgl. u. a. Kurt Düwell, Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates, in: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 161 – 174; Michael Ruck, Administrative Eliten in Demokratie und Diktatur. Beamtenkarrieren in Baden und Württemberg von den zwanziger Jahren bis in die Nachkriegszeit, in: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie (1993), S. 37 – 69.
- 176 Vgl. Erklärung des damaligen Präsidenten der Finanzverwaltung Carl Werdermann vom 18. August 1948, FZH, Fasz. 265.
- 177 Erklärung von Erna G. vom 14. Dezember 1945, FZH, Fasz. 265.
- 178 Rothenberger an Landgerichtspräsident vom 7. Mai 1937, FZH, Fasz. 265.
- 179 NSLB-Gauverwaltung Hamburg, i. V. Oberschulrat Albert Mansfeld, an die Vertrauensleute in den Schulen vom 10. Juni 1937, FZH, Fasz. 966 – 2.
- 180 Zitiert nach Schmidt, Aktiv für das Gymnasium (1999), S. 215; zu Alice Politz ebd., S. 213-216.
- 181 Vertrauliche Grundsätze für die künftige Personalpolitik in der Niederschrift über die Verwaltungsberatung vom 16. März 1938 sowie 7. Amtsleitersitzung vom 19. Mai 1938, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 36/1, sowie Sozialbehörde I, VG 23.01.
- 182 StA Hbg, Innere Verwaltung, A II 24.

- 183 »Tätigkeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern in der NSDAP, ihren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden, in dem NSFK, im Reichsluftschutzbund usw.«, Runderlaß des RuPrMdl vom 5. Januar 1938, MBliV 1938, S. 33 f.
- 184 Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten vom 28. Februar 1939, RGBl 1939 I, S. 371 – 376.
- 185 Vgl. dazu Die Reichsdienststrafordnung vom 26. Januar 1937 mit der amtlichen Begründung, den Durchführungs- und Ergänzungsvorschriften erläutert von Arthur Brand, Berlin 1937, und den Grundsatzartikel in: Deutsche Justiz 100 (1938) »Die Parteigerichtsbarkeit und der Beamte« von Landgerichtsrat Kalle, S. 1555 – 1558; sowie Peter Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Verwaltung, München 1969, S. 55 – 60; Donald M. McKale, Der öffentliche Dienst und die Parteigerichtsbarkeit der NSDAP, in: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Hrsg. von Dieter Rebentisch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 237 – 254; Hubert Roser, Nationalsozialistische Beamte auf der Anklagebank? NS-Parteigerichtsbarkeit und öffentliche Verwaltung in Südwestdeutschland 1933 – 1945, in: Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie (1993), S. 125 – 149.
- 186 »Austritt von Beamten aus der NSDAP.«, Runderlaß des RuPrMdl vom 27. Februar 1936, MBliV 1936, Sp. 275 – 278.
- 187 Staatsamt / v.d. Fecht an Himmler vom 10. Februar 1937, StA Hbg, Staatsamt, 23.
- 188 Vgl. Nichtveröffentlichter Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 4. Mai 1939, FZH, Fasz. 265.
- 189 Reichsminister der Justiz an die Präsidenten der Reichsgerichte etc. vom 18. Mai 1936 betr.: Wahlpflichtversäumnis von Beamten am 29. März 1936, vom 23. Mai 1936 und vom 11. Dezember 1936; Verfügung des Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 15. Dezember 1936, FZH, Fasz. 265.
- 190 Vgl. Kinderzahl der Reichsjustizbeamten vom 16. September 1939, FZH, Fasz. 265.
- 191 Hamburger Tageblatt Nr. 150 vom 6. Juni 1937.
- 192 Vgl. Vertrauliches Schreiben des Deutschen Gemeindetags an die Landes- und Provinzdienststellen vom 19. Januar 1938, StA Hbg, Innere Verwaltung, A VII 26; sowie Niederschrift über die 9. Amtsleitersitzung am 9. Juni 1938, StA Hbg, Sozialbehörde I, VG 23.01.
- 193 Kultur- und Schulbehörde an Max M. durch die Schulleitung vom 10. März 1938, FZH, Fasz. 3776.
- 194 Schreiben des Gaupersonalamtsleiters Karl Fromm an das Hamburgische Staatsamt vom 10. April 1935, FZH, Fasz. 967.
- 195 Schreiben des Oberregierungsrates Gustav S. vom 12. April 1935 und Stellungnahme des Präsidenten des Landesfinanzamtes Hamburg, Paul Witting, vom 13. April 1935, FZH, Fasz. 967.
- 196 Ortsgruppenleiter Dretzky an den Kreisleiter des Kreises 5, Brandt, vom 14. November 1938, FZH, Fasz. 966 – 2.
- 197 Bericht des Kreishauptstellenleiters des Amtes für Erzieher K. Bröer über den Lehrer Hermann V. vom 22. November 1938, FZH, Fasz. 966 – 2.
- 198 Harburger Anzeigen und Nachrichten Nr. 250 vom 27. Juli 1938.

- 199 Vgl. u. a. für die Hamburger Polizei Fangmann/Reifner/Steinborn, »Parteisol-
daten« (1987), S. 86 – 88; für Hamburgs Justizjuristen Stein-Stegemann, In
der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates« (1992), S. 173-186; für die
Lehrer Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft
(1970), S. 361 – 367; Reiner Lehberger, »Lehrersein unterm Hakenkreuz«. Ei-
ne Annäherung über eine biographische Skizze, in: Hamburg in der NS-Zeit
(1995), S. 261; Schmidt, Aktiv für das Gymnasium (1999), S. 348 f.
- 200 Schreiben des Oberregierungsrates Grotmack an den Rechtsanwalt Steinkopff
vom 3. Januar 1948, FZH, Fasz. 265.
- 201 Siehe Tabelle 4. – Vgl. dazu Hilary Ann Balshaw, The British Occupation in Ger-
many, 1945 – 1949, with Special Reference to Hamburg, Dissertation Oxford
1972, S. 93 ff.; Werum, Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten (1988);
Tormin, Der schwierige Weg zur Demokratie (1995), S. 62 ff.; sowie allgemein
Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besat-
zungszonen 1945 – 1949. Hrsg. von Clemens Vollnhals in Zusammenarbeit mit
Thomas Schlemmer, München 1991.
- 202 In seiner Übersicht über das NS-Engagement der höheren Beamten in den
Ländern Baden, Württemberg und Hohenzollern 1933 – 1945 hat Ruck eine
NSDAP-Mitgliedschaftsquote von über 80 % errechnet. Vgl. Ruck, Korps-
geist und Staatsbewußtsein (1996), S. 304.
- 203 Errechnet nach Aufstellung des Landesjugendamtes vom 13. September 1945,
StA Hbg, Verbindungsstelle zur Militärregierung, IV 7.
- 204 Liste des am 31. August 1945 beschäftigten Personals, StA Hbg, Verbindungs-
stelle zur Militärregierung; IV 5, Teil 1 u. 2.
- 205 Fangmann/Reifner/Steinborn, »Parteisolnoten« (1987), S. 87. – Zu anderen
Verhältniszahlen gelangt Browning, der die Mannschaftsgrade jenes Hambur-
ger Reserve-Polizeibataillons 101, das durch seine Mordaktionen in Polen be-
kannt geworden ist, untersucht hat. Danach gehörten 1942 25 % der einfa-
chen Polizisten der NSDAP an, was nur wenig über dem Durchschnitt für die
männliche Reichsbevölkerung lag. Vgl. Christopher Browning, Ganz normale
Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen,
Reinbek 1996, S. 69.
- 206 Vgl. Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates«
(1992), S. 177 f.
- 207 Vgl. Rainer Hering, Der »unpolitische« Professor? Parteimitgliedschaften
Hamburger Hochschullehrer in der Weimarer Republik und im »Dritten
Reich«; Geoffrey G. Giles, Professor und Partei: Der Hamburger Lehrkörper
und der Nationalsozialismus, in: Die Hamburger Universität 1933 – 1945
(1991), Teil I, S. 85 – 111 und S. 113 – 124; sowie Medizinische Wissenschaft
im »Dritten Reich« (1989), S. 164.
- 208 Handbuch der Hansestadt Hamburg. Hrsg. vom Hauptverwaltungsamt, 1939.
- 209 Zitiert nach Werum, Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten (1987), S. 21.
- 210 Vgl. Broszat, Der Staat Hitlers (1971), S. 253; Falter, Die »Märzgefallenen«
von 1933 (1998), S. 604 – 607.
- 211 Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates« (1992),
S.185. – Die Fachorganisation der NSDAP Bund Nationalsozialistischer Deut-
scher Juristen wurde 1936 in Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund um-
benannt.

- 212 Vgl. Begrüßungsansprache des Landesleiters Wilhelm Schulz auf der Kundgebung des NSLB, Gau Hamburg, zu Ehren des Reichsleiters Hans Schemm am 20. Oktober 1933 in Hamburg, *Hamburger Lehrerzeitung* 12 (1933), S. 561 f. – Der Hamburger Philologenverband, Vertretung der akademisch gebildeten Lehrer, hatte sich bereits am 11. April 1933 dem NSLB angeschlossen und zugleich den »Arierparagraphen« eingeführt. Am 27. April folgte die »Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens« mit dem Beschluß, dem NSLB korporativ beizutreten. Vgl. Milberg, *Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft* (1970), S. 367 f.
- 213 32 % der NSLB-Mitglieder waren danach zugleich Mitglied der NSDAP. Vgl. »Der Nationalsozialistische Lehrerbund in Zahlen«, in: *Nationalsozialistische Erziehung* 6 (1937) Nr. 18 / Mai 1937, abgedruckt in: Schnorrbach (Hrsg.), *Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz* (1983), S. 133 f.
- 214 Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates« (1992), S.185 f.
- 215 Vgl. *Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt* 1933, S. 197; Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. (1983), Bd. 1, S. 562 f.; RGBl 1934 I, S. 220 – 223.
- 216 Noch im Dezember 1941 wandte sich die Hamburger NSLB-Leitung in einem Rundschreiben an die »Berufskameradinnen und kameraden«, um diese energisch zu einem Bezug der Verbandszeitung »Der Deutsche Erzieher« als einer »selbstverständlichen Pflicht« aufzufordern, da Hamburg in dieser Hinsicht prozentual »fast an letzter Stelle unter den übrigen Reichsgauen« stehe. FZH, Fasz. 966 – 2.
- 217 Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Reichsbehörden, Reichsstatthalter und Landesregierungen vom 27. Dezember 1934, StA Hbg, Baudeputation, B 17. – Zum RDB allgemein vgl. Caplan, *Government without Administration* (1988), S. 190 – 196, Mühl-Benninghaus, *Beamtentum in der NS-Diktatur* (1996), S. 114 – 124.
- 218 Vgl. *Almanach der Deutschen Beamten*. Hrsg. vom Reichsbund der Deutschen Beamten, Berlin 1935, S. 61 f.; sowie Uwe Schmidt, *Rechte, Pflichten, Allgemeinwohl*. *Hamburger Organisationen der Beamten und Staatsangestellten bis 1933*, Bonn 1997, S. 410 – 432.
- 219 Für den NSLB vgl. Milberg, *Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft* (1970), S. 365 – 367; die Ausführungen an Hand eines einzelnen Lehrerschicksals durch Lehberger, »Lehrersein unterm Hakenkreuz« (1995), S. 267 u. 275 f.; Hans-Peter de Lorent, »Laßt hinter Euch die Welt des Intellekts«. *Der Nationalsozialistische Lehrerbund*, in: »Die Fahne hoch« (1986), S. 121 – 124.
- 220 Vgl. Schnorrbach (Hrsg.), *Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz*, (1983), S. 31; Häfker, *Kreisleiter des Kreises Hamburg 3*, an Generalstaatsanwalt Drescher, Hamburg, vom 2. Juni 1943, FZH, Fasz. 265.
- 221 Zum Begriff Mittäterschaft vgl. Alf Lüdtke, *Funktionseliten. Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus*, in: *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien*. Hrsg. von Alf Lüdtke, Göttingen 1991, S. 569 – 572.
- 222 RGBl 1942 I, S. 247.
- 223 Hans H. an den Entnazifizierungsausschuß der Verwaltung der Hansestadt Hamburg vom 23. Januar 1946, StA Hbg, Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, AD 6124.

Anmerkungen

- 224 Zitiert nach Stein-Stegemann, In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates« (1992), S. 164.
- 225 Carl S. an den Bürgermeister von Hamburg vom 4. Januar 1946, StA Hbg, Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, AD 12834.
- 226 Zitiert nach de Lorent, Rädchen im Getriebe (1986), S. 194.
- 227 Beschluß des Berufungsausschusses 14 vom 30. Juli 1947, StA Hbg, Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, M 8684.
- 228 Niederschrift über die Leitersitzung am 9. August 1933, StA Hbg, Sozialbehörde I, VG 24.33.
- 229 Wilhelm Purucker, Die Kriminalpolizei im neuen Staate, Hamburger Anzeiger Nr. 175 vom 29./30. Juli 1933; Harald Christensen, Die Kriminalität und Verbrechensbekämpfung in Hamburg, Hamburger Fremdenblatt Nr. 314 vom 13. November 1934. – Vgl. insgesamt Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher (1996), S. 193–213.
- 230 FHZ, Fasz. 12 / S. – Zur Tätigkeit Struves in der Gesundheitsverwaltung und zu der nach dem Krieg gegen ihn eröffneten gerichtlichen Verhandlung vgl. Dietrich Kuhlbrodt, »Verlegt nach ... und getötet«. Die Anstaltstörungen in Hamburg, in: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hrsg. Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth, Hamburg 1984, S. 156–161; sowie insgesamt Wege in den Tod. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von Klaus Böhme und Uwe Lohalm, Hamburg 1993.
- 231 Paul S., Anlage zum Fragebogen vom 17. Juli 1945, StA Hbg, Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, AD 4359.
- 232 Vgl. Hans Dieter Schäfer, Das gesplante Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945, München / Wien 1981, bes. S. 114 – 162.
- 233 Alfred Weber, Kulturgeschichte als Kulturosoziologie, 2. erw. Aufl., Frankfurt 1950, S. 449.
- 234 Zusammengestellt und berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1932 / 33 – 1937/38 (bis 1.1.1938 einschließlich); Zusammenstellung der am 1.4.1939 und am 12.1.1943 im Dienste der Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg befindlichen, nicht zur Wehrmacht einberufenen oder sonst abgeordneten Kräfte; Personalübersicht der Ämter, Verwaltungen und der Ortsämter nach dem Stande vom 1. Mai 1944, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung II, 480.
- 235 Zusammengestellt und berechnet nach: Staatliche Pressestelle, Personalveränderungen in der hamburgischen Verwaltung, und Verzeichnis der auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ausgeschiedenen Beamten, StA Hbg, Staatliche Pressestelle I – IV, 7655, und Senatskanzlei-Verwaltungsabteilung, B 14.
- 236 Zusammengestellt und berechnet nach: Durchführung des Berufsbeamtengesetzes im Geschäftsbereich des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Hamburg aufgestellt am 18. Juli 1938, StA Hbg, Senatskanzlei-Personalabteilung I, 1933 Ja 13.
- 237 Zusammengestellt und berechnet nach den Übersichten und Listen der seit dem Tage der Übergabe verhafteten, entlassenen und suspendierten Beamten, Angestellten und Arbeiter bis zum 1. Juli 1947, StA Hbg, Verbindungsstelle zur Militärregierung, IV 7.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Archivalische Quellen

Staatsarchiv Hamburg (StA Hbg)

Baudeputation

Finanzdeputation IV

Innere Verwaltung

Polizeibehörde I

Senatskanzlei-Personalabteilung I, II

Senatskanzlei-Personalakten

Senatskanzlei-Präsidialabteilung

Senatskanzlei-Verwaltungsabteilung

Sozialbehörde I, II

Staatliche Pressestelle I-IV

Staatsamt

Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung

Staatsverwaltung

Verbindungsstelle zur Militärregierung

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Gruppe 11 Nachlässe

Gruppe 12 Personalunterlagen

Gruppe 265 Beamtentum

Gruppe 343 Polizeiwesen

Gruppe 377 Schulwesen

Gruppe 912 NSDAP

Gruppe 966 NS-Berufsverbände

Gruppe 967 NS-Organisationen

II. Gedruckte Quellen, Periodika

Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler. Teil I 1933/34, 2 Bde., Boppard am Rhein 1983.

Almanach der Deutschen Beamten. Hrsg. vom Reichsbund der Deutschen Beamten, Berlin 1935.

Das deutsche Beamtengesetz mit Durchführungsvorschriften und Beispielen für die Praxis. Erläutert von Hanns Seel, 2., erg. u. erw. Aufl., Berlin 1939.

Hamburger Anzeiger.

Hamburger Fremdenblatt.

Hamburger Lehrerzeitung.

Hamburger Nachrichten.

Hamburger Tageblatt.

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, seit 1. 4. 1938 Hamburgisches Verordnungsblatt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Handbuch der Hansestadt Hamburg 1939. Hrsg. vom Hauptverwaltungsamt.
Jahrbuch für die Behörden und Beamten in der Hansestadt Hamburg.
Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung, seit 1936 Ministerial-Blatt
des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern (MBliV).
Nachrichtenblatt für die Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg. Hrsg. von
der Allgemeinen Verwaltung.
Partei-Statistik. Stand 1. Januar 1935. Hrsg. Der Organisationsleiter der NSDAP,
Bd. I u. II, München o. J.
Reichsarbeitsblatt.
Reichsgesetzblatt (RGBl).
Die Reichsdienststrafordnung vom 26. Januar 1937 mit der amtlichen Begründung,
den Durchführungs- und Ergänzungsvorschriften erläutert von Arthur
Brand, Berlin 1937.
Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg. Hrsg. vom Statisti-
schen Landesamt Hamburg.
Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg, Ham-
burg o. J.
Verwaltungsbericht der Stadt Altona für das Rechnungsjahr 1936. Hrsg. im Auftrag
des Oberbürgermeisters vom Archiv der Stadt Altona, Altona 1938.
Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Hamburg am 16. Juni 1933. Nachtrag
zum Statistischen Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg
1933/34. Hrsg. vom Statistischen Landesamt, Hamburg 1935.

III. Darstellungen

- Anschütz, Gerhard*: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919,
14. Aufl., Berlin 1933.
Bajohr, Frank: Hamburgs »Führer«. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger
NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900 – 1969), in: Hamburg in der NS-
Zeit (1995), S. 59 – 91.
Ders.: Nationalsozialismus und Korruption, in: Mittelweg 36, 7 (1998), Heft 1, S.
57 – 77.
Balshaw, Hilary Ann: The British Occupation in Germany, 1945 – 1949, with Spe-
cial Reference to Hamburg, Dissertation Oxford 1972.
Bästlein, Klaus: Vom hanseatischen Richtertum zum nationalsozialistischen Justiz-
verbrechen. Zur Person und Tätigkeit Curt Rothenbergers 1896 – 1959, in:
»Für Führer, Volk und Vaterland ...« (1992), S. 74 – 145.
Bohnsack, Hans-Joachim: Hamburg unter britischer Besatzung (1945 – 1950). Ein-
drücke und Erfahrungen aus der Arbeit in der Hamburger Finanzbehörde,
Hamburg 1995.
Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren
Verfassung, 2. Aufl., München 1971.
Browning, Christopher: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101
und die »Endlösung« in Polen, Reinbek 1996.
Bussche, Hendrik van den / Pfäfflin, Friedemann / Mai, Christoph: Die Medizinische
Fakultät und das Universitätskrankenhaus Eppendorf, in: Hochschulalltag

- im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945 (1991), Teil III, S. 1257 – 1384.
- Büttner, Ursula:** Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985.
- Caplan, Jane:** Government without Administration. State and Civil Service in Weimar and Nazi Germany, Oxford 1988.
- Dimpker, Hinrich:** Die »Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«. Nationalsozialistische Personalpolitik in Lübeck, Kiel 1981.
- Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933.** Hrsg. und kommentiert von Henning Timpke, Frankfurt a. M. 1964.
- Düwell, Kurt:** Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates, in: Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. Hrsg. von Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler, München 1996, S. 161 – 174.
- Ebeling, Helmut:** Schwarze Chronik einer Weltstadt. Hamburger Kriminalgeschichte 1919 bis 1945, Hamburg 1980.
- Entnazifizierung.** Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949. Hrsg. von Clemens Vollnhals in Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer, München 1991.
- »Die Fahne hoch«.** Schulpolitik und Schulalltag in Hamburg unterm Hakenkreuz. Hrsg. Reiner Lehberger und Hans-Peter de Lorent, Hamburg 1986.
- Falter, Jürgen W.:** Die »Märzgefallenen« von 1933. Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 595 – 616.
- Fangmann, Helmut / Reifner, Udo / Steinborn, Norbert:** »Parteisoldaten«. Die Hamburger Polizei im »3. Reich«, Hamburg 1987.
- Fiege, Hartwig:** Fritz Köhne. Ein großer Hamburger Schulmann 1879 – 1956, Hamburg 1986.
- »Für Führer, Volk und Vaterland ...«.** Hamburger Justiz im Nationalsozialismus. Hrsg. Justizbehörde Hamburg, Hamburg 1992.
- Garbe, Detlef:** Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im »Dritten Reich«, München 1993.
- Giles, Geoffrey G.:** Professor und Partei: Der Hamburger Lehrkörper und der Nationalsozialismus, in: Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945 (1991), Teil I, S. 113 – 124.
- Grotkopp, Jörg:** Beamten und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1918, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft, Frankfurt a. M. u. a. 1992.
- Hamburg in der NS-Zeit.** Ergebnisse neuerer Forschungen. Hrsg. Frank Bajohr und Joachim Szodrzynski, Hamburg 1995.
- Hannover 1933.** Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Beiträge zur Ausstellung von Anke Dietzler u. a., Hannover 1981.
- Hattenhauer, Hans:** Geschichte des Beamtentums, Köln u. a. 1980.
- Hering, Rainer:** Der »unpolitische« Professor? Parteimitgliedschaften Hamburger Hochschullehrer in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«; in: Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933 – 1945 (1991), Teil I, S. 85 – 111.
- Hochschulalltag im »Dritten Reich«.** Die Hamburger Universität 1933 – 1945. Hrsg.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- von Eckart Krause, Ludwig Huber, Holger Fischer, 3 Teile, Berlin / Hamburg 1991.
- Huber, Ernst Rudolf: Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches, 2., stark erw. Aufl., Hamburg 1939.
- Johe, Werner: Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg, Hamburg 1967.
- Juristinnen in Deutschland. Eine Dokumentation (1900 – 1984). Hrsg. Deutscher Juristinnenbund, München 1984.
- Kopitzsch, Wolfgang: Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg in: Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im »Dritten Reich«. Hrsg. von Angelika Ebbinghaus und Karsten Linne, Hamburg 1997, S. 293 – 318.
- Ders.: Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg. Broschüre zur Ausstellung »Keine Bilder des Vergessens – Hamburger Polizeibataillone im Zweiten Weltkrieg« der Landespolizeischule in der Diele des Hamburger Rathauses vom 6. bis 27. Februar 1998. Hrsg. von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1998.
- Kuhlbrodt, Dietrich: »Verlegt nach ... und getötet«. Die Anstaltstötungen in Hamburg, in: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hrsg. Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl Heinz Roth, Hamburg 1984, S. 156 – 161.
- Lehberger, Reiner: »Lehrersein unterm Hakenkreuz«. Eine Annäherung über eine biographische Skizze, in: Hamburg in der NS-Zeit (1995), S. 259 – 280.
- Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945. Hrsg. von Hermann Schnorbach, Königstein / Ts. 1983.
- Lippmann, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964.
- Lohalm, Uwe: Fürsorge und Verfolgung. Öffentliche Wohlfahrtsverwaltung und nationalsozialistische Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942, Hamburg 1998.
- Ders.: Hamburgs nationalsozialistische Diktatur. Verfassung und Verwaltung 1933 bis 1945, Hamburg 1997.
- Ders.: Hamburgs Verwaltung und öffentlicher Dienst im Dritten Reich, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 82 (1996), S. 167 – 208.
- Ders.: Wohlfahrtspolitik und Modernisierung. Bürokratisierung, Professionalisierung und Funktionsausweitung der Hamburger Fürsorgebehörde im Nationalsozialismus, in: Norddeutschland im Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bajohr, Hamburg 1993, S. 387 – 413.
- Lorent, Hans-Peter de: »Laßt hinter Euch die Welt des Intellekts«. Der Nationalsozialistische Lehrerbund, in: »Die Fahne hoch« (1986), S. 119 – 124.
- Ders.: Rädchen im Getriebe. Über die Schwierigkeiten der Hamburger Lehrerschaft, die Geschichte der Schule unterm Hakenkreuz aufzuarbeiten, in: »Die Fahne hoch« (1986), S. 187 – 202.
- Lüdtkke, Alf: Funktionseliten. Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus, in: Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien. Hrsg. von Alf Lüdtkke, Göttingen 1991, S. 559 – 590.
- McKale, Donald M.: Der öffentliche Dienst und die Parteigerichtsbarkeit der NSDAP, in: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum po-

- litisch-administrativen System. Hrsg. von Dieter Rebentisch und Karl Teppe, Göttingen 1986, S. 237 – 254.
- Marßolek, Inge / Ott, René:* Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung. Unter Mitarbeit von Peter Brandt u. a., Bremen 1986.
- Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«.* Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät. Hrsg. Hendrik van den Bussche, Berlin / Hamburg 1989.
- Melzer, Ralf:* Konflikt und Anpassung. Freimaurerei in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Wien 1999.
- Meyer, Gertrud:* Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente, Frankfurt a. M. 1971.
- Milberg, Hildegard:* Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890 – 1935, Hamburg 1970.
- Mommsen, Hans:* Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.
- Mühl-Benninghaus, Sigrun:* Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze, Düsseldorf 1996.
- Müller, Wolfram:* Nationalsozialistische Schulpolitik und die Höhere Schule in Hamburg 1933 – 1939, Staatsexamensarbeit Universität Hamburg 1986.
- Die Nazikorruption in Hamburg.* 1. Bericht des von der Bürgerschaft am 8. März 1946 niedergesetzten Ausschusses zur Prüfung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Untersuchung nationalsozialistischer Korruptionsfälle. Informationsblätter der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Nr. 2, Hamburg 1946.
- Neuberger, Helmut:* Freimaurerei und Nationalsozialismus. Die Verfolgung der deutschen Freimaurerei durch völkische Bewegung und Nationalsozialismus 1918 – 1945, 2 Bde., Hamburg 1980.
- Pieper, Frank:* Die Krankenversicherung 1933 – 1939 unter besonderer Berücksichtigung der AOK Hamburg. Kontinuität und Wandel einer sozialpolitischen Institution im nationalsozialistischen Deutschland, Magisterarbeit Universität Hamburg 1998.
- Die politische Treuepflicht.* Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums. Hrsg. von Edmund Brandt. Mit einer Einleitung: Beamtentum und demokratischer Verfassungsstaat von Hans Mommsen, Karlsruhe / Heidelberg 1976.
- Püttner, Günter:* Der öffentliche Dienst, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 4. Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 1082 – 1098.
- Rebentisch, Dieter:* Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939 – 1945, Stuttgart 1989.
- Ders.:* Nationalsozialismus und öffentliche Verwaltung, in: Frankfurt am Main, Lindenstraße. Gestapozentrale und Widerstand. Hrsg. Institut für Stadtgeschichte, bearb. von Lutz Becht, Frankfurt / New York 1996, S. 53-68.
- Ders.:* Die »politische Beurteilung« als Herrschaftsinstrument der NSDAP, in: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Hrsg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981, S. 107 – 125.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie.* Baden und Württemberg 1930 – 1952. Hrsg. von Cornelia Rauh-Kühne und Michael Ruck, München 1993.
- Rein, Gustav Adolf:* Die Universität Hamburg als politische Universität, (Hamburg im Dritten Reich, Heft 2), Hamburg 1935.
- Roser, Hubert:* Nationalsozialistische Beamte auf der Anklagebank? NS-Parteigerichtsbarkeit und öffentliche Verwaltung in Südwestdeutschland 1933 – 1945, in: *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie* (1993), S. 125 – 149.
- Ders.:* NS-Personalpolitik und regionale Verwaltung im Konflikt. Kommunen und Landkreise in Baden und Württemberg 1933 – 1939, Diss. Universität Mannheim 1996.
- Ruck, Michael:* Administrative Eliten in Demokratie und Diktatur. Beamtenkarrieren in Baden und Württemberg von den zwanziger Jahren bis in die Nachkriegszeit, in: *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie* (1993), S. 37 – 69.
- Ders.:* Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert I und II, in: *Neue Politische Literatur* 42 (1997), S. 200 – 256, und 43 (1998), S. 67 – 112.
- Ders.:* Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik, in: *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft.* Hrsg. von Wilfried Loth und Bernd-A. Rusinek, Frankfurt a. M. / New York 1998, S. 117 – 142.
- Ders.:* Korpsgeist und Staatsbewußtsein. Beamte im deutschen Südwesten, München 1996.
- Saul, Klaus:* Lehrerbildung in Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerbildung, in: *Hochschulalltag im »Dritten Reich«.* Die Hamburger Universität 1933 – 1945 (1991), Teil I, S. 367 – 408.
- Schäfer, Hans Dieter:* Das gesplante Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933 – 1945, München / Wien 1981.
- Schmidt, Uwe:* Aktiv für das Gymnasium. Hamburgs Gymnasien und die Berufsvertretung ihrer Lehrerinnen und Lehrer von 1870 bis heute, Hamburg 1999.
- Ders.:* Rechte, Pflichten, Allgemeinwohl. Hamburger Organisationen der Beamten und Staatsangestellten bis 1933, Bonn 1997.
- Schreibtischtäter?* Einblicke in die Stadtverwaltung Hannover 1933 bis 1945. Begleitheft zur Ausstellung. Bearb. von Wolf-Dieter Mechler und Hans Dieter Schmid, Hannover 2000.
- Schütze, Erwin:* Beamtenpolitik im Dritten Reich, in: Dr. Wilhelm Frick und sein Ministerium. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern Dr. Wilhelm Frick am 12. März 1937 hrsg. von Hans Pfundtner, München 1937, S. 47 – 65.
- Schwarzwälder, Herbert:* Bremen in der NS-Zeit (1933 – 1945), (Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 4), Hamburg 1985.
- Die Sozialdemokratie in der verfassungsgebenden Bürgerschaft.* Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft von März 1919 bis Februar 1921. Hrsg. im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs, Hamburg 1921.

- Stein-Stegemann, Hans-Konrad*: In der »Rechtsabteilung« des »Unrechts-Staates«. Richter und Staatsanwälte in Hamburg 1933 – 1945, in: »Für Führer, Volk und Vaterland ...«. (1992), S. 146 – 215.
- Stephenson, Jill*: Women in Nazi Society, London 1975.
- Thiele, Peter*: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Verwaltung, München 1969.
- Tormin, Walter*: Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1994.
- Ders.*: Der schwierige Weg zur Demokratie. Politischer Neuaufbau in Hamburg 1945/46, Hamburg 1995.
- Wagner, Patrick*: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996.
- Weber, Alfred*: Kulturgeschichte als Kulturosoziologie, 2. erw. Aufl., Frankfurt 1950.
- Weber, Max*: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5., rev. Aufl., Tübingen 1976.
- Wege in den Tod*. Hamburgs Anstalt Langenhorn und die Euthanasie in der Zeit des Nationalsozialismus. Hrsg. von Klaus Böhme und Uwe Lohalm, Hamburg 1993.
- Werum, Karin*: Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten in Hamburg (1945 – 1950), Magisterarbeit Universität Hamburg 1988.
- Wildt, Michael*: Der Hamburger Gestapo-Chef Bruno Streckenbach. Eine nationalsozialistische Karriere, in: Hamburg in der NS-Zeit (1995), S. 93 – 123.
- Wunder, Bernd*: Zur Geschichte der deutschen Beamtenschaft. Literaturbericht 1945 – 1985, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 256 – 277.

Band 1

Frank Bajohr (Hrsg.)

**Norddeutschland
im Nationalsozialismus**

456 S., Broschur, 48,- DM
ISBN 3-87916-008-2

Band 3

Michael Wildt

**Am Beginn
der »Konsumgesellschaft«**

Mangelerfahrung, Lebenshaltung,
Wohlstandshoffnung
in Westdeutschland
in den fünfziger Jahren
396 S., Broschur, 48,- DM
ISBN 3-87916-022-8

Band 5

Frank Bajohr /
Joachim Szodrzynski (Hrsg.)

Hamburg in der NS-Zeit

Ergebnisse neuerer Forschungen
312 S., Broschur, 48,- DM
ISBN 3-87916-030-9

Band 2

Klaus Böhme / Uwe Lohalm (Hrsg.)

Wege in den Tod

Hamburgs Anstalt Langenhorn
und die Euthanasie in der Zeit
des Nationalsozialismus
512 S., Broschur, 48,- DM
ISBN 3-87916-406-1

Band 4

Walter Tormin

**Die Geschichte der SPD
in Hamburg 1945 bis 1950**

392 S., Broschur, 48,- DM
ISBN 3-87916-028-7

Band 6

Werner Johe

Hitler in Hamburg

Dokumente zu einem
besonderen Verhältnis
252 S., Broschur, 48,- DM
ISBN 3-87916-038-4